Mittelstand in Gefahr: Die »Heuschrecken« kommen S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 10 – 7. März 2015

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Berlin: Asylbewerber in der Zentralen Aufnahmeeinrichtung (ZAA) der Stadt   Bild: pa

Mit gezinkten Karten

Rot und Grün wollen mit Einwanderungsgesetz den Zustrom noch ausweiten

Wie eine gute Idee für falsche Zwecke missbraucht wird: Das „kanadische Modell“ soll nur als Etikett herhalten.

Selbst SPD-Bürgermeistern platzt mittlerweile reihenweise der Kragen: Die immer höhere Zahl von Asylbewerbern, die ihren Gemeinden per Dekret von oben zur Unterbringung zugeteilt werden, sprengt die Belastungsgrenzen von Bürgern und Einrichtungen. Vielerorts beginnt es zu brodeln. Zumal jeder ahnt: Der nächste Höhepunkt des Zustroms steht erst noch bevor, wenn sich wegen des ruhigeren Sommerwetters die Fahrt übers Mittelmeer weniger riskant gestaltet als jetzt.

Die Vorstöße von SPD, Grünen und Teilen der Union für ein Einwanderungsgesetz nehmen sich da aus wie ein Zeichen von Einsicht, dass es mit der ungezügelten Zuwanderung nicht weitergehen kann. Schließlich war es zuerst eine Forderung der AfD, ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild zu schaffen.

Dort werden Antragsteller nach einem System bewertet, das ihnen Punkte etwa für ihre Berufsqualifikation, Sprachkenntnisse, finanzielle Lage, ihr Alter (sprich: ihre Jugend) und anderes zuteilt. Wofür es wie viele Punkte gibt, kann je nach dem Bedarf des Landes von Zeit zu Zeit neu festgelegt werden.

Dieser Vorteil, die Flexibilität der Punktezuweisung, birgt indes auch die Gefahr: Wenn die Politik es will, kann sie dieses System auch missbrauchen und die Anforderungen soweit herunterfahren, dass die uferlose Zuwanderung weitergeht.

Wer den Protagonisten von Rot und Grün genauer lauscht, bekommt denn auch genau das zu hören: Nicht um eine Begrenzung des Zustroms geht es ihnen, sondern um dessen nochmalige Ausweitung – nur künftig eben mit dem Etikett einer „geregelten Zuwanderung“. Es ist ein Spiel mit gezinkten Karten.

Hauptleidtragende sind einst treue Wähler linker Parteien

Rot und Grün wissen, dass sie bei Bürgern mit ausländischen Wurzeln besonders gut abschneiden. Daher ist ihnen auch an einer möglichst raschen, bedingungsarmen Einbürgerung von Ausländern gelegen. Faktisch erleben wir eine an parteipolitischen Interessen orientierte Klientelpolitik zulasten der eigenen Landsleute, wobei insbesondere ehemals treue Wähler linker Parteien die Hauptleidtragenden sind: Geringqualifizierte, die sich einem zunehmend ruinösen Konkurrenzkampf mit Zuwanderern ausgesetzt sehen und Bewohner sogenannter Brennpunktviertel, in denen sich ethnische und religiöse Konfliktpotenziale ballen.

Angesichts von faktisch rund fünf Millionen Erwerbslosen wirkt die Klage über einen grassierenden Arbeitskräftemangel ohnehin merkwürdig. Kann und soll es sich ein Land leisten, Millionen seiner Bürger einfach abzuhaken, im Sozialstaat verkümmern zu lassen und sich lieber „neue“ Menschen aus dem Ausland zu holen, statt zuerst die Millionen Unglücklichen daheim in ein würdiges Arbeitsleben zurückzuholen? Die Antwort sollte sich von selbst verstehen.

Hans Heckel

Jan Heitmann:

Wehrhafter Staat

Die Bilder erinnerten an die Hochzeit des RAF-Terrorismus: Bewaffnete Polizisten auf den Straßen, Sperrungen und Kontrollen. Das nervte zwar, aber vor vier Jahrzehnten nahm kaum jemand daran Anstoß. Ganz im Gegenteil, der Anblick vermittelte einem das Gefühl von Sicherheit und die Polizisten wurden als Beschützer gesehen – vor einer Terrorbande, die eine Blutspur durch Deutschland gezogen hatte. Die aufgerüstete Polizei war das Symbol des wehrhaften Staates, den alle wollten. Wie anders ist es heute. Nachdem die Bremer Behörden aufgrund konkreter Anhaltspunkte Terroralarm auslösten und ein Großaufgebot an Polizei ausrükken ließen, schlagen die Wogen der Empörung hoch. Künstlich aufgebrachte Bürger und Medien gefallen sich darin, eine „unangemessen hohe Polizeipräsenz“, „zu schwere Geschütze“ und die „martialische Erscheinung der Beamten“ anzuprangern. Ja, es wird geradezu ein Bedrohungsszenario aufgebaut – nicht mit islamistischen Terroristen als der ausgemachten Bedrohung, sondern der Polizei.

Jeder will, dass der Staat ihn schützt, das aber bitte unauffällig. Weil es noch keine Blutspur islamistischen Terrors in unserem Land gibt? Wir wissen nicht, was wirklich hinter dem Bremer Polizeieinsatz steckt, denn die Behörden tun gut daran, aus taktischen Gründen nur wenig von ihrem Wissen preiszugeben. Eines aber ist in jedem Fall real: Die Bedrohung durch den islamistischen Terror.

Sicherheit kostet. Sie kostet Geld und die Bereitschaft, unvermeidliche Unannehmlichkeiten hinzunehmen. Wir müssen uns entscheiden, was wir lieber auf unseren Straßen sehen wollen: bewaffnete Polizisten oder islamistische Kopfabschneider.

Heimat gestrichen

Sudetendeutsche Landsmannschaft ändert ihre Satzung

Die Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) hat am vergangenen Wochenende im Sudetendeutschen Haus in München weitreichende Änderungen ihrer Satzung beschlossen, welche die Aufgabe seit 70 Jahren reklamierter Rechte bedeuten. Danach verzichtet der Vertriebenenverband zukünftig auf den „Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung, und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe“, wie es bisher in der Satzung hieß. Gestrichen wurde auch der Verbandszweck, „das Recht auf Rückgabe beziehungsweise gleichwertigen Ersatz oder Entschädigung des konfiszierten Eigentums der Sudetendeutschen zu wahren“.

Statt dessen will die SL zukünftig „an einer gerechten Völker- und Staatenordnung“ mitwirken und sich dafür einsetzen, dass „die EU-Grundrechtecharta in allen ihren Teilen für alle EU-Mitgliedstaaten uneingeschränkt verbindlich gemacht wird“. Außerdem tritt sie für die weltweite Ächtung von „Völkermord, Vertreibungen, ethnischen Säuberungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, menschen- und völkerrechtswidrige Enteignungen und Diskriminierungen“ ein.

Verzicht auch auf Entschädigung

In einer Grundsatzerklärung bekennt sich die Landsmannschaft unter der Kapitelüberschrift „Was uns verbindet“ – nach eigenen Worten „deutlich wie nie zuvor“ – zur „Mitverantwortung für die Verfolgung und Ermordung von Sudetendeutschen und Tschechen, die dem nationalsozialistischen Regime missliebig waren, sowie für den Holocaust an den Juden in Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien“.

Der Bundesvorsitzende der SL, Bernd Posselt, erklärte, mit diesen Änderungen werde die Landsmannschaft „zukunftsfest“ gemacht.

J.H.

»Helden sterben nicht«

Tod des Oppositionspolitikers Boris Nemzow wirft viele Fragen auf

Waren es Rechtsextreme, Islamisten, eine Eifersuchtstat, eine Folge der Politik des Kremls oder ein Auftragsmord Wladimir Putins, um einen unliebsamen Gegner zu beseitigen? Der Tod des am Abend des 27. Februars auf offener Straße erschossenen Oppositionspolitikers Boris Nemzow wirft viele Fragen auf und hat zu wilden Spekulationen geführt.

Weil Nemzow die russische Ukrainepolitik scharf kritisiert hat, wurde er öffentlich diffamiert als „Verräter“, als Teil einer „fünften Kolonne“, welche die Faschisten in der Ukraine unterstütze oder als „vom Ausland gekaufter Agent“. Es heißt, die russische Gesellschaft spalte sich immer mehr in Putin-Anhänger und -gegner, in „Unsere“ und „Fremde“, wobei zu den Fremden all diejenigen gehören, die Putins Kurs nicht folgen wollen. Einer von ihnen war Boris Nemzow. Immer wieder

Russische Gesellschaft ist gespalten

kreidete er Wladimir Putin persönlich das Ausmaß von Korruption und Misswirtschaft in Russland an, machte dessen Politik für die derzeitige Krise im Land und die verschlechterten Beziehungen zum Westen verantwortlich. Die einzige Chance für Russland sah er in der „Entputinisierung“ des Landes. Und so forderte er auf Demonstrationen ein „Russland ohne Putin“.

Dass ihm diese Einstellung zum Verhängnis werden könnte, war Nemzow bewusst. „Er könnte mich dafür töten“, soll er öfter gesagt haben. Ob Nemzow sterben musste, weil er am Vorabend einer geplanten Demonstration Enthüllungen über die russische Beteiligung am Krieg in der Ostukraine ankündigte, werden die Ermittlungen zeigen – falls der Fall jemals aufgeklärt werden wird. Für seine Anhänger ist Nemzow heute schon zum Märtyrer geworden. „Helden sterben nicht“ war auf Plakaten beim Trauerzug zu lesen.

Manuela Rosenthal-Kappi

(siehe Kommentar Seite 8 und Seite 24)

MELDUNGEN

Keine polnischen Waffen für Kiew

Warschau – Wie der polnische Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak mitteilte, will Polen der Ukraine keine schweren Waffen für den Krieg im Donbass überlassen. Polen unterstütze den vereinbarten Waffenstillstand und betrachte eine Aufrüstung der Ukraine als kontraproduktiv. Angesichts der polnischen Ambitionen in dem Nachbarland, verbunden mit einer militärischen Zusammenarbeit und dem scharfen anti-russischen Kurs Warschaus ist diese Zurückhaltung bemerkenswert und wirft ein deutliches Licht auf die Ziele des westlichen Drucks gegenüber Berlin, sich für die Aufrüstung seiner östlichen Bündnispartner vermehrt zu engagieren – nämlich Deutschland in Moskau zu desavouieren. *TWW*

Bilderstürmerei in Wiener Kirche

Wien – Das für die Wiener Stiftskirche zuständige Militärordinariat ist vor dem grünen Nationalratsabgeordneten Harald Walser eingeknickt und hat die Gedenktafel für Alexander Löhr aus dem Eingangsbereich entfernt. Löhr war in den 30er Jahren Kommandant der österreichischen Luftstreitkräfte und stieg in der Wehrmacht zum Generaloberst auf. 1947 wurde er in Jugoslawien mit dem fadenscheinigen Argument, er habe 1941 die Bombardierung Belgrads befohlen, vor Gericht gestellt und hingerichtet. Walser hatte die sofortige Entfernung der Tafel „für den Kriegsverbrecher“ verlangt, die 1955 vom Österreichischen und Wiener Aero Club gestiftet worden war, um an den „wegen seiner Bescheidenheit und Menschlichkeit beliebt gewesenen Heerführer altösterreichischer Prägung“ zu erinnern. Das Militärordinariat will nun an einer Neugestaltung des Eingangsbereiches der Kirche arbeiten, „die den Anforderungen einer zeitgemäßen Gedenkkultur entspricht“. Denn Walser geht davon aus, dass hier, wo noch viele andere Tafeln hängen, „weiterer Kriegsverbrecher gedacht wird“. *J.H.*

»Schwarze Null« schon 2014

Berlin – Das Bundesfinanzministerium hat den Bericht zum Jahresabschluss 2014 vorgelegt. Demnach hat der Bund im vergangenen Jahr 295,5 Milliarden Euro ausgegeben. Das ist eine Milliarde Euro weniger als zur Verfügung stand. Die Steuereinnahmen betrugen insgesamt 270,8 Milliarden Euro zu denen noch sogenannte Verwaltungs- und Münzeinnahmen in Höhe von 24,7 Milliarden Euro kamen. Nach Angaben des Finanzministeriums war es, anders als ursprünglich schon für das vergangene Jahr erwartet, somit „erstmals seit 45 Jahren nicht erforderlich, zur Finanzierung der Ausgaben des Bundes neue Schulden aufzunehmen“. Die Nettokreditaufnahme sollte eigentlich im vergangenen Jahr noch 6,5 Milliarden Euro betragen. Die eingeplanten Kredite wurden jedoch nicht benötigt, weil die Energiekonzerne im Dezember Brennelementesteuer in Höhe von 2,2 Milliarden Euro an den Bund zurückzahlen mussten. Zudem waren im vergangenen Jahr die Zinsausgaben um 1,7 Milliarden Euro geringer als erwartet. Demgegenüber waren die Steuereinnahmen um 2,6 Milliarden höher ausgefallen, als im Haushalt eingeplant. *U.M.*

Tummelplatz der Söldner

Ukraine: USA fördern mit Entsendung von Fallschirmjägern die Internationalisierung des Konflikts

Die Vorwürfe, Russland habe Militär in der Ukraine stehen, nehmen kein Ende, ungeachtet des misslichen Umstandes, dass bislang für diese Behauptung kein Beweis vorgelegt worden ist. Nicht einmal die Erklärung des ukrainischen Generalstabes, es gebe kein russisches Militär im Donez-Becken, ändert etwas an der Gleichförmigkeit der Klage. Ausgerechnet die USA, die sich am lautesten empören, leisten jetzt einen wesentlichen Beitrag zur Internationalisierung des Konflikts.

Noch während des Gezerres um die Frage, ob der Westen, allen voran die USA, Waffen für die ukrainische Armee liefern soll, trifft Washington eine Entscheidung, die noch darüber hinausgeht und außerordentlich folgenreich sein könnte. Das Pentagon entsendet das 173. Airborne Brigade Combat Team, eine 600 Mann starke Fallschirmjäger-Einheit in die Ukraine. Das gab der Oberkommandierende der US-Landstreitkräfte in Europa, General Frederick Ben Hodges, bekannt. Wie in solchen Fällen üblich, wird vorgeschützt, Aufgabe des Verbandes sei es ausschließlich, die Soldaten im Gastland, in diesem Falle also das ukrainische Militär, zu schulen. Vor allem solle es lernen, sich „vor Artillerie und Raketenangriffen“ zu schützen. Was ausgerechnet Fallschirmjäger damit zu tun haben könnten, ist unerfindlich. Denkbar wäre allenfalls, dass die Ukrainer an besonderen, nämlich amerikanischen Waffen ausgebildet werden sollen, die es aber angeblich noch gar nicht gibt.

Diese neue Maßnahme reiht sich nahtlos ein in die laufende Verstärkung von US-Streitkräften in Osteuropa. Was speziell die Ukraine angeht, so haben die Niederlagen der Regierungstruppen zu bedrohlichen innenpolitischen Spannungen geführt. Präsident Petro Poroschenko sieht sich schweren Angriffen aus den eigenen Reihen, vor allem von der extremen Rechten, ausgesetzt, die bis hin zu dem Vorwurf reichen, er sei ein Landesverräter. Vor allem der „Rechte Sektor“ setzt dem Präsidenten mächtig zu. Es ist dies genau jener „Rechte Sektor“, der die Nationalgarde stellt, welcher jetzt schon US-Militärs als Ausbilder zur Seite stehen. Will sich Poroschenko auf seinem Stuhl halten, dann benötigt er vor allem eines: einen überzeugenden militärischen Erfolg. Das ist aber nach der Einnahme von Debelzewo durch die Separatisten leichter gesagt als getan. So muss er hinnehmen, dass ihm, sollten die militärischen Misserfolge anhalten, ganz offen mit einem Putsch gedroht wird.

Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk sieht das mit einem gewissen Vergnügen. Was Poroschenko an Macht verliert, fließt ihm zu. Darin zeigt sich die Fragilität eines Regimes, das von außen zusammengesetzt worden ist. Sowohl Jazenjuk als auch Poroschenko sind durch die Politik und den Einfluss des US-Außenministeriums in ihre Funktionen lanciert worden. Allerdings zeigte sich dann, dass man in Washington zwar Entscheidungen darüber treffen kann, wer anderswo regieren soll, über ukrainische Interna oder gar persönliche Beziehungen aber doch zu wenig wusste.

Da die USA in der Ukraine nicht eine weitere geopolitische Niederlage einstecken wollen, drängen sie jetzt auf schnelle Hilfe für Kiew. General Hodges erklärte, die 173. Airborne werde ihren Sitz in Lemberg nehmen, ergänzend war vom US-Nachrichtensender „Fox News“ zu hören, dass die ukrainischen Soldaten ab März im Schulungszentrum Yaraviv trainiert werden sollen.

Es ist das erste Mal, dass die USA die Entsendung von Militär in die Ukraine ankündigen, aber die Fallschirmjäger sind nicht die ersten US-Bürger, die dort kämpfen. Seit Monaten gehen dort die Söldner von Blackwater, respektive „Academi“, ihrem Handwerk nach. Die ist zwar formal eine private Truppe, doch sollte man berücksichtigen, dass der weitaus größte Kunde von Blackwater die US-Regierung ist. Diese bedient sich der Söldner, wenn es sich um militärische Einsätze handelt, die sie sich nicht unmittelbar anrechnen lassen will und die vor der Öffentlichkeit geheim gehalten werden sollen – Kriegführung verdeckt sozusagen.



Sind schon lange in der Ukraine aktiv: Mitarbeiter der US-amerikanischen Söldnerfirma Blackwater Bild: action press

Auch aus anderen Ländern als den USA kommen Söldner in die Ukraine. So hat das russische Außenministerium eine einschlägige Meldung veröffentlicht: „Es gibt Informationen darüber, dass eine Reihe kroatischer Bürger sich im Rahmen des odiösen [widerwärtigen, d. Red.] Bataillons ‚Asow‘ befindet, das von rechtsextremen Kräften gebildet wird. Die Teilnahme ausländischer Söldner, unter anderem aus Kroatien, am innerukrainischen Konflikt ist unzulässig und dient lediglich dazu, ihn anzuheizen.“ Die kroatische Außenministerin Vesna Pusic hatte zuvor bestätigt, dass kroatische Freiwillige an den Kämpfen in der Ukraine auf Regierungsseite teilnehmen. Russland rief „Zagreb und die Regierungen anderer Länder, deren Bürger von den Streitkräften der Ukraine angeworben werden, dazu auf, diese Praxis zu unterbinden.“

Insgesamt schätzen die Russen die Zahl der Söldner aus verschiedenen Balkanstaaten auf 200. Und wieder scheint Blackwater die Hände im Spiel zu haben. Unbestätigten Meldungen zufolge hilft Blackwater beim Rekrutieren der Söldner. Polen steht im Verdacht, den Nachschub zu sichern. Diese Freiwilligenbataillone aus dem Balkan bestehen vorwiegend aus Männern, die in den Kriegen in Kroatien und dem Kosovo reichlich Kampferfahrung gesammelt haben.

Ein großes Geheimnis ist das Treiben der Söldner in dem Konflikt nie gewesen. Im Internet kursieren Videos, in denen Soldaten zu sehen und vor allem zu hören sind, die englisch, französisch oder auch italienisch sprechen. Und das Abkommen von Minsk sieht den Abzug aller ausländischen bewaffneten Formationen vor und erfüllt damit wenigstens einen dokumentarischen Zweck. *Florian Stumfall*

Sprungbrett des Terrors nach Europa

Libyen zerfällt und entwickelt sich zum neuen Zentrum des Dschihad

Während in Syrien und dem Irak eine internationale Koalition Luftschläge gegen den Terror des „Islamischen Staates“ durchführt, können die Dschihadisten in Libyen, das von den Küsten der EU in Lampedusa und Kreta nur 300 Kilometer entfernt ist, ungehindert einen immer mehr um sich greifenden Staatszerfall nutzen, um ihr Terrorregime auszubreiten. Das jüngste Beispiel ist die Enthauptung von 21 ägyptischen Christen am Strand der Cyrenaika. Das vom Blut rot gefärbte Meer auf dem Video, das diese schrecklichen Enthauptungen propagandistisch aufbereitet in die Welt trägt, sollte bewusst eine klare Botschaft senden: Am anderen Ende dieses rot gefärbten Meeres liegt Europa und mit Rom auch das Zentrum des Christentums. Die dem Tode geweihten Kopten wurden mit einem Konvoi nagelneuer Pritschenwagen zur Hinrichtungsstätte gefahren, auch dies ein klares Signal der Stärke der Dschihadisten an den Westen, von wo die Wagen stammen.

Vier Jahre nach dem Beginn des Aufstandes gegen Ghaddafi, der ein halbes Jahr später mithilfe der Nato-Bomber in dessen Sturz mündete, breiten sich dank weiter ungehindert fließender Ölmilliarden in vielen libyschen Städten wahre mittelalterliche Terrorherrschaften aus. Von Derna im Osten, dem Sitz des selbsternannten Kalifen, Ali Al-Qarqaa, über Sirte, die Hochburg des einstigen Ghaddafi Clans, der wie die verzweifelten letzten Gruppen Saddam Husseins im Irak, mittlerweile auch zu den Islamisten übergelaufen ist, bis Sabratha im Westen herrschen bereits die zum IS zugehörenden Terrorbanden. In Bengasi, der zweitgrößten Stadt des Landes und Hauptstadt der Cyrenaika, herrscht ein Ableger von al-Kaida, Ansar Scharia, der sich mit der ersteren Gruppe einen Grausamkeitswettkampf um die Gunst der westlichen Dschihadisten liefert. Nur in der Hauptstadt Tripolis ist der Kampf um die Vorherrschaft der vielen Milizen noch nicht entschieden.

In Libyen haben die Dschihadisten auch erstmals einen Zugang zum Mittelmeer, was sie in Syrien noch nicht haben, weil dort die Aleviten von Präsident Baschar al-Assad den Durchmarsch der Islamisten zum Mittelmeer seit vier Jahren mit eiserner Faust blockieren. Seit dem Staatszerfall in Libyen sind dessen 1900 Kilometer lange Küsten auch zum zentralen Sprungbrett der illegalen Einwanderung nach Europa geworden. Von Marokko und von Tunesien, wo bislang diese Zentren lagen, kommen kaum noch

Flüchtlingsströme unter Kontrolle der Dschihadisten

Flüchtlinge. Immer mehr kontrolliert der IS jetzt auch die Seewege der Flüchtlingsschiffe. Er kann auch kontrollieren, wer auf diese Boote steigt. Viele befürchten, dass, wenn auf jedes Schiff nur ein bis zwei Dschihadisten unter die Schar der wirklichen Flüchtlinge eingeschleust werden, dies genügt, um in kürzester Zeit ein Heer von Dschihadisten über Italien nach ganz Europa zu schleusen, die bereitstehen, die Befehle des „Blut-Kalifen“ in Mossul auszuführen. Sind drei Jahre lang die Dschihadistenströme von Nordafrika Richtung Syrien gezogen, so hat sich dieser Zug jetzt umgekehrt und kommt nach Nordafrika zurück.

Aber nicht nur Europa muss den neuen Herd des Dschihadisten-Terrors fürchten. Auch die Nachbarstaaten Libyens in Nord- und Westafrika, die schon seit Längerem wachsende Probleme mit eigenen Dschihadisten haben, werden durch den Vormarsch der Gesinnungsgenossen in Libyen bedroht. Es ist kein Zufall, dass mit dem Erstarken des IS auch Boko Haram seine Fühler über Nigeria hinaus in weitere westafrikanische Staaten ausgedehnt hat, in denen sie bislang noch nicht tätig waren. Dazu gehören Niger, Tschad und Kamerun. Vor allem auch die direkten Nachbarländer Libyens, Tunesien, Algerien und Ägypten, fürchten die Auswüchse des Terrors. In Tunesien könnte mit einem Übergreifen des Terrors das einzige winzige Hoffnungspflänzlein des „Arabischen Frühlings“ zerstört werden, und mit Ägypten, das selbst ein immenses eigenes Terrorproblem und mit dem Sinai schon einen Teil seines Staatsgebiets an Terroristen aus dem eigenen Land verloren hat, könnte der größte arabische Staat in den Strudel der dschihadistischen Gewalt geraten. Ägypten hat auch als einziges Land Luftangriffe gegen die beiden Terrororganisationen in Libyen geflogen, weil die ermordeten Christen ägyptische Staatsbürger waren.

Ägypten hat auch als erstes Land eine internationale Initiative bei den Vereinten Nationen veranlasst, um sich die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens gegen die Ausbreitung des Terrors in Libyen offenzuhalten. Der Westen, der immer noch an eine politische Lösung der Lage glaubt, hat noch nicht eingesehen, dass die libyschen Friedensverhandlungen unter der Schirmherrschaft der UN längst festgefahren sind. Die beiden an diesen Verhandlungen teilnehmenden Machtgruppen kontrollieren einen immer kleiner werdenden Teil des libyschen Staatsterritoriums. Die mit dem Westen zusammenarbeitende Regierung um General Chalifa Hafta kontrolliert bald nur noch einen Gebietszipfel um Libyens östlichste Stadt Tobruk und dies auch nur noch dank ägyptischer Hilfe. *Bodo Bost*

Kesseltreiben gegen Bouffier

Der »NSU-Mord« in Kassel wird zur Rufmordkampagne gegen den CDU-Ministerpräsidenten genutzt

Im Zusammenhang mit der sogenannten NSU-Mordserie ging es von Anfang an nicht nur um Aufklärung. Vielmehr geht es bis heute auch in hohem Maße um Deutungshoheit und politische Instrumentalisierung. Aktuell tobt in Hessen eine Schlammschlacht, bei der ohne Rücksicht auf die Fakten vor allem dem hessischen CDU-Ministerpräsidenten Volker Bouffier geschadet werden soll.

Bereits der frühere NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag wurde von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ einmal zutreffend als „Empörungsmaschine“ bezeichnet. Den Vorsitz hatte der später auch als Kinderporno-Konsument bekannt gewordene SPD-Abgeordnete Sebastian Edathy inne. Von den Sitzungen durften auch Journalisten keine Ton- oder Fernsehaufnahmen machen. Das nutzten Abgeordnete häufig aus, um, wohlgemerkt nach den Sitzungen, vor Fernsehkameras und Rundfunkmikrofonen abenteuerliche Versionen und Interpretationen darüber zu verkünden, was in der vorangegangen Sitzung gesprochen worden sei. Wer als Zuhörer an den Sitzungen teilgenommen hatte, bekam bei den späteren Äußerungen profilierungssüchtiger und höchst parteiischer Politiker häufig den Eindruck, auf einer anderen Veranstaltung gewesen zu sein.

Inzwischen sind zwar auch die umfangreichen Wortprotokolle der Sitzungen veröffentlicht. Doch diese hat kaum ein Bürger gelesen. Was von der Wirkung her zählt, sind die häufig verzerrten und fehlerhaften Darstellungen in den Medien, und das gilt in puncto NSU zunehmend auch für „Qualitätszeitungen“ und öffentlich-rechtliche Rundfunksender. Längst wird auch kampagnenartig bewusst desinformiert und diffamiert. Vor allem linke Journalisten, linke sogenannte Rechtsextremismus-Experten und linke Politiker werfen sich dabei die Bälle zu. Aktuell findet eine verschärfte Diffamierungskampagne gegen den hessische Ministerpräsidenten Bouffier statt. Fakten spielen dabei fast keine Rolle. Es geht nur darum, den CDU-Ministerpräsidenten politisch zu treffen und ihm möglichst zu schaden.

Überlegen argumentiert: Volker Bouffier vor dem NSU-Untersuchungsausschuss Bild: ddp images

Ein Beispiel besonderer Dreistigkeit lieferte schon 2012 etwa die SPD-Abgeordnete Eva Högl. Als am 28. September 2012 Bouffier im Berliner NSU-Ausschuss als Zeuge vernommen sollte, erklärte sie hinterrücks vor dessen Eintreffen im Berliner Paul-Löbe-Haus in alle Pressemikrofone hinein, sie kenne Bouffier zwar nicht persönlich, aber von den Akten her erscheine er ihr als „eiskalter Bürokrat“. Das lief dann als O-Ton in allen Sendern und wurde zumal in linken Blättern freudig zitiert. Auf der Sitzung selber blieb Högl weitgehend schweigsam, vermutlich weil sie dem überlegen argumentierenden und bestens präparierten Bouffier sachlich nicht ernsthaft am Zeug flikken konnte. Dasselbe galt für den borniert agierenden und juristisch inkompetenten Edathy. Über die umfangreichen und detaillierten Aussagen Bouffiers, die er in seiner siebenstündigen Zeugenaussage bereits vor dem Berliner Untersuchungsausschuss machte, wurde in den Medien nur lückenhaft und oft einseitig berichtet.

Bundesanwalt übt scharfe Kritik an NSU-Opfer-Anwälten

So blieb zum Beispiel meist unerwähnt, dass im Fall des 2006 in Kassel ermordeten Halit Yozgat, in dessen Internetcafé auch der Verfassungsschützer Andreas Temme anwesend war, der Staatsanwaltschaft auf ihren Wunsch hin seitens der Verfassungsschutzbehörde angeboten wurde, die von Temme geführten rechtsextremen V-Leute auch direkt zu vernehmen. Es ging der Behörde ausschließlich darum, nicht auch die Identität von V-Leuten aus dem islamistischen Bereich – die Temme ebenfalls führte – preiszugeben, und zwar wegen der auch schon 2006 bestehenden Gefahren angesichts gewaltbereiter Islamisten. Bouffier hatte eigens auch noch eine Stellungnahme des Bundesamtes für Verfassungsschutz eingeholt, das die Einschätzung der hessischen Behörden bestätigte, wonach die Preisgabe der Quellen aus dem Bereich Islamismus zu riskant sei.

Nur weil die Staatsanwaltschaft Kassel trotzdem sämtliche V-Leute Temmes direkt (unmittelbar) vernehmen wollte, entschied Bouffier auch auf Anraten der Rechtsabteilung seines Ministeriums, nur deren mittelbare, schriftliche Befragung ohne Preisgabe ihrer Identität zu ermöglichen. Bouffier hatte dies bereits in seiner siebenstündigen Zeugenaussage vor dem NSU-Untersuchungsausschuss 2012 detailliert erläutert. Trotzdem wird daraus bis heute die Legende gestrickt, Bouffier hätte Rechtsextremisten „gedeckt“ – so etwa Stefan Aust in einem Beitrag in der „Welt am Sonntag“ vom 1. März mit der Überschrift „Was wusste Bouffier von den NSU-Morden?“

Aust hatte zuvor selektiv aus einem Telefon-Abhörprotokoll der Polizei zitiert, das ihm NSU-Opferanwälte zugespielt hatten. In einem Telefonat zwischen Temme und einem früheren Geheimschutz-Beauftragten des hessischen Verfassungsschutzes fiel demnach der Satz: „Ich sag ja jedem – wenn er weiß, dass da irgendwas passiert – nicht vorbeifahren.“ Dieser Satz, so Aust, sei „kaum“ anders zu interpretieren, als dass Temme nach Auffassung seines Betreuers vom Landesamt für Verfassungsschutz gewusst habe, „dass da etwas passiert“ – soll heißen, etwa auch ein Mord.

Bundesanwalt Herbert Diemer, der im Münchner NSU-Prozess die Anklage führt, hat dagegen eine solche Deutung scharf zurückgewiesen. Den Opfer-Anwälten warf er eine Medieninszenierung vor. Sie würden einzelne Stellen aus Telefonprotokollen aus dem Zusammenhang reißen, verzerrt darstellen und „interessengeleitet interpretieren“. Am linken Kesseltreiben gegen Bouffier wird jedoch auch die Aussage des Bundesanwaltes kaum etwas ändern. Der Rechtsextremismus-Forscher Hajo Funke beliebte schon zu erklären: „Der Landtag ist gut beraten, wenn er dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier das Vertrauen entzieht und er zurücktritt.“ *Michael Leh*

MELDUNGEN

Regierung sichert Tarifautonomie

Berlin – Die Bundesregierung will die ausufernde Macht kleiner Spartengewerkschaften begrenzen. Dazu hat sie einen Gesetzentwurf für ein Tarifeinheitsgesetz vorgelegt. Ziel ist es, „die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie zu sichern“. Diese werde gefährdet, wenn in einem Unternehmen mehrere Gewerkschaften für eine Berufsgruppe Tarifabschlüsse durchsetzen wollen und es dabei zu „Kollisionen“ komme, die der Aufgabe der Ordnung des Arbeitslebens nicht mehr gerecht werden könnten, heißt es in der Begründung. Das Gesetz sieht vor, die Tarifeinheit in einem Betrieb im Falle von Konflikten nach dem Mehrheitsprinzip zu ordnen. Können sich Gewerkschaften mit sich überschneiden Tarifverträgen nicht einigen, soll künftig nur der Tarifvertrag der Gewerkschaft gelten, die im Betrieb die meisten Mitglieder hat. *U.M.*

Signal gegen CIA-Methoden

Berlin – In Folge des US-Senatsberichts über die umstrittenen Arrest- und Verhörmethoden des US-Geheimdienstes CIA erwägt die Bundesregierung, ein Rechtshilfegesuch hinsichtlich internationaler Haftbefehle gegen CIA-Mitarbeiter an die USA zu stellen. Die US-Geheimdienstler sollen 2003 an der Verschleppung des deutschen Staatsbürgers Khaled al-Masri aus Mazedonien nach Afghanistan beteiligt gewesen sein. Das Amtsgericht München hatte entsprechende Haftbefehle bereits 2007 erlassen. Ihre bisherige Zurückhaltung in dieser Sache rechtfertigt die Bundesregierung damit, dass die US-Regierung seinerzeit mit Verweis auf nationale Sicherheitsinteressen erklärt habe, nicht auf eventuelle Gesuche zu reagieren. Mit dem Rechtshilfegesuch solle jetzt ein Signal gesetzt werden, auch wenn keine Aussichten auf Erfüllung bestünden. *J.H.*

Vorauseilende Islamophilie

Berlins Ex-Innensenator übt sich als Sprachpolizist

Der frühere Berliner Innensenator Ehrhart Körting (SPD) hat in einem Vortrag bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) eine angebliche „Unwillkommenskultur“ gegenüber Muslimen beklagt. Diese werde „schon in der Sprache deutlich“. Als vermeintlichen Beleg dafür nannte er die Verwendung des Begriffes „Islamismus“. Seine konstruierte Begründung lautete: „Durch das Nebeneinander von bloßen, die Lehre des jeweiligen Glaubens betreffenden Begriffen wie Protestantismus, Katholizismus, Hinduismus, Buddhismus und dem nur die extremistische Ausprägung des islamischen Glaubens betreffenden Begriff des Islamismus wird der Islam als ganzer in die Nähe des Extremismus gerückt.“

In Wahrheit wird „Islamismus“ als gewissermaßen Arbeitsbegriff jedoch gerade deshalb verwendet, um die Weltreligion Islam nicht zu verunglimpfen und friedliche Muslime nicht mit Extremisten in einen Topf zu werfen. Sprachpolizist Körting macht auch keinen Vorschlag, welchen Begriff man anstelle von „Islamismus“ sinnvollerweise verwenden könnte, um religiös motivierte Extremisten zu bezeichnen. Sollen etwa die Verfassungsschutzbehörden nur noch von „Islam“ reden, wenn es zum Beispiel um Kopfabschneider und Selbstmordattentäter geht, die bei Begehung ihrer Taten noch „Allahu akbar“ rufen?

Der frühere FES-Akademiedirektor, Johannes Kandel (SPD), hatte schon 2013 sprachpolitische Versuche, den Begriff „Islamismus“ abschaffen zu wollen, als „billige Polemik“ bezeichnet. Auch sei es „geradezu absurd“, Zusammenhänge zwischen Islam und Islamismus leugnen zu wollen.

Auch zwielichtige Islamverbände werden hofiert

Körting erklärte in seinem Vortrag, der Islam sei in Deutschland, verglichen mit katholischer und evangelischer Kirche sowie Judentum, finanziell „unterversorgt“. Man müsse über „eine Form der Kirchensteuer“ für Muslime nachdenken. „Ich habe keine Patentlösung“, sagte er, „ob das über neu zu gründende Körperschaften des öffentlichen Rechts gelöst werden kann oder über eine Kirchenersatzsteuer für Muslime, die in eine Stiftung geht, aus der heraus Moscheen unterstützt werden.“ Zudem sprach er sich für „freiwillige Staatsleistungen“ an muslimische Gemeinden aus, um eine bessere Integration sowie De-Radikalisierung zu erreichen.

Offen bleibt, ob damit nicht noch mit Steuermitteln auch Bökke zu Gärtnern gemacht würden. Bezeichnenderweise sah sich Kandel auch anlässlich der „Berliner Islamwoche“ 2014 zu einem Protestbrief an den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit veranlasst. „Es ist mir unerfindlich“, schrieb Kandel, „warum die Berliner SPD ihre hilfreiche Hand darbietet, höchst zwielichtige islamische Veranstalter und muslimische Referenten nicht nur aufzuwerten, sondern sie geradezu mit staatlicher Kooperation noch adelt.“

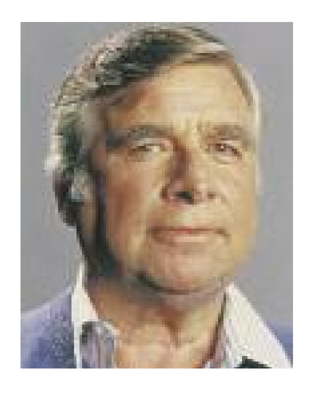
Kandel verwies etwa auf Ibrahim El-Zayat, ein „der „Muslimbruderschaft nahestehender Aktivist der „Islamischen Gemeinschaft“ (IGD), die der Verfassungsschutz beobachtet. Oder auf Mustafa Yoldas, einen dem „Scharia-Islam treu ergebenen Funktionär“ von Milli Görös. „Warum Sie, werter Genosse Wowereit, die Veranstaltung mit einem Grußwort beehren und Genosse Körting sich gar als Podiumsdiskutant einspannen lässt, ist mir unbegreiflich“, schrieb Kandel. *M.L.*

Zeitzeugen



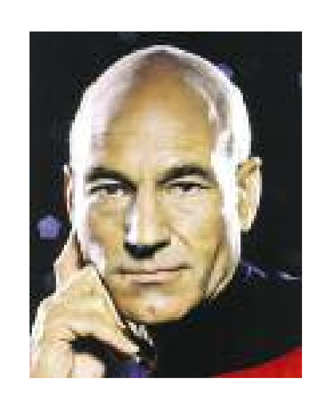
Leonard Nimoy – Kurz vor seinem 84. Geburtstag starb der Schauspieler am 27. Februar in Los Angeles. Seine Autobiografie betitelte er „Ich bin nicht Mister Spock“ und doch wird der Friseursohn aus Boston mit ukrainischen Wurzeln ewig mit dieser Figur in Erinnerung bleiben. Auch wenn in den letzten „Star-Trek“-Kinofilmen Zachary Quinto den jungen Spock mimte, wird es nur einen Mister Spock geben: Nimoy.

Walter Koenig – Ein deutsches Crewmitglied sucht man im internationalen „Enterprise“-Team vergeblich. Doch der Darsteller, der den russischen Navigator Chekov spielt, hat wenigstens einen sehr deutschen Namen. Seine Eltern waren Einwanderer aus Litauen und kürzten ihren Nachnamen von Königsberg in Koenig.



Gene Roddenberry – Noch während seiner Tätigkeit als Polizist in Los Angeles verfasste der geistige Vater vom „Raumschiff Enterprise“ erste Drehbücher. Seine Erfahrungen als Pilot eines B-17-Bombers im Zweiten Weltkrieg verlagerte er ab 1964 einfach in den Weltraum, wobei er bei der Abfassung der Serie von seiner humanistischen Überzeugung geleitet wurde. „Trekkies“ verehren ihn wie einen Heiligen. Als er 1991 starb, war er mit der erste, dessen von einer Rakete in die Erdumlaufbahn gebrachte Asche im Weltraum verteilt wurde.

Björn Borg – Der schwedische Tennisspieler, der in den 70er Jahren weltweit die Nummer 1 war, galt auf dem Platz als Eisklotz. Mit starrer Mimik, die keine Rückschlüsse auf seine Gefühle zuließen, brachte er die Gegner zur Verzweiflung – und inspirierte die „Enterprise“-Macher dazu, die gefühllose Cyborg-Armee der Borg nach ihm zu benennen.



Patrick Steward – Unter den Fans gilt er als eine der wichtigsten Figuren des Star-Treck-Universums. Der 1940 im englischen Mirfield geborene Steward spielt den Kirk-Nachfolger Jean-Luc Picard. Als Captain steuert er den Raumkreuzer mit Weisheit und Nervenstärke durch zahllose Gefahren. Das Mitglied der Royal Shakespeare Company konnte, so die Ansicht mancher Kritiker, mühelos die Kluft zwischen klassischem Theater und futuristischer Serie überbrücken.

Friedenszeichen aus dem All

Leonard Nimoy ist tot – Als Mr. Spock löste er Konflikte mit logischem Verstand

Der Tod des Spock-Darstellers Leonard Nimoy hat viele Anhänger von „Raumschiff Enterprise“ bestürzt. Die Science-Fiction-Serie hat vielen Fernsehzuschauern ein Zeichen der Zuversicht vermittelt.

In Zeiten des Kalten Krieges war „Raumschiff Enterprise“ so etwas wie eine wärmende Wohlfühldusche für all jene, die Furcht vorm nuklearen Desaster hatten. Friedliches Miteinander, Gewaltlosigkeit, Mitgefühl mit den Schwachen und pure Menschlichkeit waren die Werte, welche die Serie aus den Tiefen des Alls aussendete. Und keiner verkörperte diese Werte deutlicher als der Wissenschaftsoffizier an Deck, Mr. Spock. Als halb Vulkanier, halb Mensch, hatte er extraterrestrische Wurzeln, die von den USA aus gesehen ungefähr so weit entfernt waren wie die unbekannten Welten jenseits von Atlantik und Pazifik. Er war die Symbiose von West und Ost, von irrationalen Schwächen einer demokratischen Kultur und kühl berechenbarer Logik einer Diktatur der Arbeiterklasse.

Der Kampf der Kulturen, den viele Zivilisationskritiker in unseren Tagen vorhersagen, ist im Jahr 2266 beziehungsweise der Sternzeit 1513,1 von „Raumschiff Enterprise“ längst entschieden: Die Gegensätze sind überwunden, in ferner Zukunft herrscht ein friedliches multikulturelles Treiben. So ist die Besatzung der „Enterprise“ ein Spiegelbild der Weltgesellschaft. Der Schotte Scotty hält als Bastler den „Warp“-Antrieb am Laufen, „Pille“ McCoy, ein Ire, lässt als Arzt Tote auferstehen, der Russe Chekov und der Japaner Sulu manövrieren das US-Raumschiff sicher durch feindliches Gebiet. Dass mit einem Russen ein möglicher Kriegsgegner des Kalten Krieges und einem Japaner ein ehemaliger Weltkriegsfeind in der Mannschaft repräsentiert sind, zeigt, in welcher Friedens- und Versöhnungsmission die „Enterprise“ unterwegs war.

Multikulturelles Team unter Führung eines US-Kommandanten

Ähnlich Partei ergreift die Serie zu damaligen Rassismus- und Feminismusthemen. Mit der dunkelhäutigen Uhura übersetzt eine Afrikanerin Alien-Sprache in gepflegtes Englisch. Dass Frauen auf der Führungsebene ansonsten eher unterrepräsentiert sind, liegt auch daran, dass die Quotenregelung seinerzeit unbekannt war.

Kommandant und somit so etwas wie ein US-Präsident aber war mit James T. Kirk ein waschechter Amerikaner aus der weißen Führungsschicht. Unter US-Führung sollte also die Welt genesen. Dieser Führungsanspruch wurde in der Nachfolgestaffel „Star Trek – The Next Generation“ abgeschwächt, als mit Captain Picard ein mit britischem Akzent sprechender Franzose das Kommando übernahm. Er war dann so etwas wie der Nato-Chef, der das United Space Ship (USS) „Enterprise“ gegen feindlich gesinnte Völker steuerte. Die waffenstarrenden Klingonen sind in diesem Enterprise-Universum die aggressiven Russen, während die gefühllosen, ein Ei dem anderen gleichenden Borg mit ihrem kollektiven Massenauftritt ein Äquivalent für Maos Rote Armee Chinas sind.

Und doch ist Vernichtung nicht das Ziel wie in vielen anderen Science-Fiction-Schockern. Das humanistische Ideal, das die „Enterprise“ aussandte, machte die Serie zum Kult und zum Liebling auch der Deutschen. Denn diese sehnten sich nach Frieden, und die Serie bediente diesen Wunsch. Und es gibt sogar ein Symbol dafür: Das berühmte „V“, das Spock mit gespreiztem Mittel- und Ringfinger darstellt, steht nicht wie einst bei Churchill für „Victory“, also Sieg, sondern ist der „Vulkanier“-Gruß und bedeutet, man komme in Frieden. Mit dieser Mission waren Spock und die „Enterprise“ höchst erfolgreich unterwegs. *Harald Tews*



„Phaser“ auf Betäubung: Spock, Captain Kirk und „Beam mich hoch“-Scotty (v.l.) wittern Gefahr von fremden Kulturen Bild: ddp images

Mit kantscher Ethik durch den Weltraum

Wohl dem Außerirdischen, der es in den Weiten des Weltalls mit solchen Menschlingen zu tun bekommt. Die Besatzung der USS „Enterprise“ handelt sowohl unter Captain James T. Kirk als auch unter Nachfolger Jean-Luc Picard nach streng moralischem Kodex. Es gilt die Hauptdirektive. Sie untersagt, sich in die Angelegenheiten technisch unterlegener Zivilisationen einzumischen, und sie regelt die friedliche Kontaktaufnahme zu Lebensformen, die ungefähr über den gleichen technischen Entwicklungsstand verfügen.

Besonders in „Raumschiff Enterprise: Das nächste Jahrhundert“, also der Staffel, in der Picard das Sagen auf der Brücke des Sternenkreuzers hat, geht es auch darüber hinaus hochmoralisch zu. „Das Wertesystem, auf das Picard seine Entscheidungen gründet, lässt sich zurückverfolgen auf die Philosophie der Aufklärung und die kantsche Ethik“, analysierte eine Filmwissenschaftlerin der Ruhr Universität Bochum.

Erst diskutieren, dann »phasern«

Mit solch hochgeistigem Rüstzeug im Kopf lässt sich schwer als krawalliger Space-Cowboy durchs Weltall düsen. Müssen der Captain und seine Crew doch einmal den „Phaser“ einsetzen, ist er natürlich zunächst auf Betäubung gestellt. Erst in schier aussichtsloser Lage und nach längerer Diskussion – seltsamerweise herrscht dann immer Feuerpause – wird er scharf gemacht für tödliche Schüsse.

Darüber lässt sich spotten, aber solcherlei Vorgehensweisen heben das Raumschiff-Enterprise-Universum weit über andere Science-Fiction-Szenarien hinaus. Man denke nur an Star Wars. Luke Skywalker und Konsorten säbeln sich grundsätzlich mit dem Laserschwert durch ihre Feinde. Für Friedenspläne bleibt da sowenig Raum wie für einen Sternenkreuzer im Meteoritenhagel. *FH*

Unendliche Welten

Die Vermarktung von »Star Treck« ist ein Milliardengeschäft

Sie sind eine ganz besondere Spezies, die Trekkies. Sie leben überall auf der Erde, ihr ältestes Exemplar dürfte jenseits der 70 sein, das jüngste wohl noch im Vorschulalter. Der Begriff Trekkies findet sich sogar im altehrwürdigen „Oxford English Dictionary“, was fast schon einer amtlichen Anerkennung ihrer Existenz gleichkommt. Dass das vom ihm erdachte „Raumschiff Enterprise“ einmal eine weltumspannende Fan-Gemeinde haben würde, dürfte dem US-Autor Gene Roddenberry kaum in den Sinn gekommen sein, als er vor 50 Jahren das Drehbuch zur ersten „Star-Trek“-Geschichte schrieb.

Obwohl die Science-Fiction-Fernsehserie schnell populär wurde, blieb ihr der kommerzielle Erfolg versagt, weshalb sie 1969 nach drei Staffeln mit 79 Folgen eingestellt wurde. In Deutschland ließen sich die Fernsehzuschauer ab 1972 in das Jahr 2200 versetzen, in „unendliche Weiten“, um die Abenteuer des „Raumschiffes Enterprise“ zu verfolgen, „das mit seiner 400 Mann starken Besatzung fünf Jahre unterwegs ist, um fremde Galaxien zu erforschen, neues Leben und neue Zivilisationen“. Dabei dringt das Raumschiff „in Galaxien vor, die nie ein Mensch gesehen hat“ und wird mit unbekannten Phänomenen, Lebensformen und Bedrohungen konfrontiert. Auch hierzulande wurden Captain James T. Kirk und seine nicht nur internationale, sondern sogar interplanetar zusammengesetzte Mannschaft zu Kultfiguren. Allerdings durften die deutschen Fernsehzuschauer zunächst nicht alle Folgen sehen, da das ZDF einige Episoden als zu geschmacklos und gewalttätig ablehnte. Erst 1985 strahlte der Privatsender Sat 1 alle Folgen ungekürzt aus.

Beginn vor 50 Jahren mit einem Flop

Zu diesem Zeitpunkt war „Star Treck“ bereits zu einem der populärsten Werke der Science-Fiction-Unterhaltung geworden, mit dem sich viel Geld verdienen ließ. Der ursprünglichen Fernsehserie folgten bis 2005 mehrere Ableger, so dass es „Star Treck“ schließlich auf sechs Fernsehserien mit insgesamt 726 Folgen brachte: Fast 40 Jahre nach der deutschen Erstausstrahlung zeigte ZDFneo ab Februar 2011 alle 79 Episoden der Originalserie in ungekürzter und digital überarbeiteter Fassung sowie teilweise nachsynchronisiert. Auch auf der Leinwand feierte „Star Treck“ riesige Erfolge. So entstanden zwischen 1979 und 20013 zwölf Kinofilme, ein weiterer soll im kommenden Jahre Premiere haben.

Parallel zu den Erfolgen in Film und Fernsehen erfolgte eine breite Vermarktung von „Star Treck“. Die hauteng sitzende Sternenflottenuniform der „Enterprise“-Besatzung oder die spitzen Ohren von Mr. Spock waren lange der Renner bei jedem Faschingsfest. Es gibt fast alles von „Star Treck“: von Modellbausätzen, Plastikfiguren und Plüschtieren über Anstecker, Taschen und T-Shirts bis zu den legendären Kommunikationsgeräten und Strahlenwaffen der „Enterprise“. Außerdem gibt es Romane, Comics, Sachbücher, Videospiele und sogar eigene Fachzeitschriften.

Zurück zu den Trekkies. Die nehmen sich und ihre Beschäftigung sehr ernst. Sie sind weltweit in Clubs organisiert, treffen sich regelmäßig zum Fachsimpeln beim Stammtisch und kommen zu Rollenspielen sowie den sogenannten Conventions mit tausenden Teilnehmern zusammen. *J. Heitmann*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Der Star als Stiefkind

Das legendäre Studio Babelsberg glänzt mit »Oscars« – und ächzt unter kläglichen Fördermitteln



Magnet für Filmproduzenten aus aller Welt: Dreharbeiten für einen Actionfilm im Babelsberger Filmpark

Bild: action press

Eine echte Erfolgsbilanz: 14 „Oscars" haben seit dem Jahr 2003 Filme errungen, die in den legendären Babelsberger Studios bei Potsdam gedreht wurden. Trotzdem scheint die Zukunft von Deutschlands traditionsreichster Filmfabrik ständig auf der Kippe zu stehen.

Nach vier „Oscar"-Filmpreisen für den in Babelsberg und im niederschlesischen Görlitz gedrehten Streifen „The Grand Budapest Hotel" gibt es in Potsdam mal wieder allen Grund zur Freude. „Noch nie hat ein Film, der in Deutschland produziert wurde, so viele Oscars gewonnen", freut sich Studio-Babelsberg-Chef Christoph Fisser. Dass mit den drei Ausstattungs-Kategorien „Kostümdesign", „Produktionsdesign", „Bestes Make-up" Bereiche ausgezeichnet wurden, in denen Babelsberg seine handwerkliche Qualität einbringen konnte, ist zudem beste Gratiswerbung für die Studios.

Nicht so ganz zu dieser Erfolgsgeschichte passen will, dass erst vor wenigen Monaten die Weiterexistenz der Studio Babelsberg AG stark gefährdet schien. „Wir hoffen, dass wir nächstes Jahr überleben", unkte pessimistisch der Studio-Vorstandsvorsitzende Carl Woebcken erst im Dezember 2014. Grund der Sorge war, dass zwei größere Produktionen nicht zustandegekommen waren.

Dass derartige Rückschläge umgehend zu Existenzängsten führen, hat viel mit den schmalen Gewinnmargen bei der Filmproduktion zu tun – für ein Übriges sorgt der Konkurrenzdruck: Weltweit rangeln mehr als 70 Länder mit Förderprogrammen um internationale Filmprojekte. In Europa haben derzeit Großbritannien und Ungarn meist die Nase vorn, weil Produzenten dort die größten finanziellen Vorteile erhalten.

Entsprechend groß ist der Verhandlungsdruck, den vor allem Hollywood-Produzenten mit ihren großen Produktionen aufbauen können. Wie weit unter diesen Bedingungen die Bereitschaft zu gehen scheint, Filmproduzenten entgegenzukommen, machten unlängst Schlagzeilen wie „Hollywood zahlt 838,45 Euro für Glienicker Brücke" deutlich. Angesprochen war damit eine läppische Rechnung für die tagelange Sperrung der Brücke zwischen Berlin-Wannsee und Potsdam. Durch den Filmdreh eines Agenten-Krimis von Hollywood-Regisseur Steven Spielberg konnte das historische Bauwerk über Tage weder von Autofahrern noch von Fußgängern genutzt werden.

Abseits vom Medieninteresse beklagen Mitarbeiter der Babelsberger Studios indes schon länger, dass vor allem amerikanische Filmproduzenten die Preise knallhart nach unten gedrückt hätten. Aufgefangen werden kann das längst nur noch durch Arbeitsbedingungen, die kaum als erstrebenswert gelten können: So sind in Babelsberg nur noch etwa 100 Mitarbeiter fest angestellt. Bei Bedarf wächst die Mannschaft auf bis zu mehrere 100 Filmleute aller Sparten an. Werden mehrere große Projekte produziert, werden in Spitzenzeiten auch schon mal 2500 Mitarbeiter engagiert. Folge ist ein Heer von Fachkräften mit oftmals prekärer Einkommenssituation.

Allerdings ist die Branche darauf angewiesen, einen Stamm von qualifiziertem Personal heranzubilden und in Filmproduktionen auch „reifen" zu lassen. Müssen sich Kameramänner, Regisseure und Tontechniker einen Teil des Jahres aber wie der sprichwörtliche „Poet unterm Dach" mit Nebenjobs durchschlagen, droht der Weggang gerade der guten und daher gefragten Fachkräfte, die sich das nicht antun müssen.

> Das Geld versickert in den Etats von ARD und ZDF

An sich sollte eine gleichmäßige Auslastung weder in Babelsberg noch bei anderen deutschen Filmstudios ein Problem darstellen: Deutschland leistet sich mit ARD, ZDF und Deutschlandfunk das am üppigsten finanzierte öffentlich-rechtliche Rundfunksystem der Welt. Trotz reichlich sprudelnder Einnahmen von derzeit etwa 7,3 Milliarden Euro fließt aber viel zu wenig von den Gebühren in den freien Produktionsmarkt, also hin zu den Filmstudios. Erstaunlich viel Sendergeld versickert stattdessen in den Strukturen von ARD und ZDF, wird für Mitarbeiterpensionen oder kostspielige Übertragungsrechte von Sportereignissen ausgegeben.

Diese, aus Sicht der Studios unerfreulichen Zustände wurden durch ein umstrittenes Sparvorhaben von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sogar noch verschärft. Der Etat des Deutschen Filmförderfonds (DFFF) des Bundes wurde von 60 Millionen Euro 2014 auf 50 Millionen in diesem Jahr gekürzt – nicht nur aus Sicht der Filmbranche eine zweifelhafte Sparsamkeit.

Laut einer Studie der international tätigen Unternehmensberatung Roland Berger aus dem Jahr 2014 bringt die Filmförderung unterm Strich nämlich deutlich mehr Steuereinnahmen ein, als sie verschlingt. So führt nach den Berechnungen der Unternehmensberatung eine Million Euro Filmförderung zu mehr als 1,8 Millionen Euro Steuereinnahmen in der Kasse des Finanzministers. Die bundeseigene KfW-Bank geht sogar davon aus, dass aus jedem Euro, den die Filmstiftungen des Bundes und der Länder in deutsche Kinoproduktionen stecken, Investitionen von sechs Euro erwachsen.

Nicht zu unterschätzen sind zudem die indirekten Effekte. So profitiert etwa der Drehort Görlitz inzwischen ganz spürbar vom Tourismus, den Babelsberger Kinoerfolge wie „Der Vorleser" und „Inglorious Basterds" ausgelöst haben. Als Erfolg für die deutsche Filmbranche kann gelten, dass der Filmförderfonds 2016 auf Antrag Brandenburgs und Baden-Württembergs, zumindest wieder auf 60 Million Euro erhöht werden soll. *Norman Hanert*

Danke Deutschland

Von Vera Lengsfeld

Zu den Superlativen Berlins gehört ohne Frage das FEZ in der Wuhlheide. Dort, wo früher der Pionierpark „Ernst Thälmann" war, befindet sich heute Europas größtes Freizeit- und Erholungszentrum, mitten in einem Waldpark, der, nach teilweiser Zerstörung im Zweiten Weltkrieg, schrittweise in voller Größe wiederhergestellt werden soll.

Aus DDR-Zeiten ist vor allem das nach Plänen des Landschaftsarchitekten Reinhold Lingner gestaltete Pionierparkgelände mit einer Freilichtbühne in Form eines Amphitheaters, einem Stadion und einem künstlich angelegten Badeteich mit Strand und Liegewiese erhalten geblieben. Die Freilichtbühne wurde umfangreich restauriert und ist heute als Kindl-Bühne bekannt. Der Berliner Rundfunk hält hier alljährlich im Sommer sein inzwischen legendäres Rockfestival ab.

Unübersehbar ist der ehemalige Pionierpalast, gebaut nach Plänen des Architekten Günther Stan, ein eigenwilliger, skandinavisch anmutender Bau aus Kalksandstein und Lärchenholz. Was Anfang der 70er Jahre 180 Millionen DDR-Mark kostete, wäre nach einhelliger Meinung von Fachleuten heute unbezahlbar.

Am vergangenen Wochenende gab es im weiträumigen Foyer ein besonderes Ereignis. Der Verein „Danke Deutschland" der vietnamesischen Boatpeople, die in den 70er Jahren vor dem kommunistischen Regime des Ho Chi Minh flüchteten, feierte hier wie jedes Jahr das vietnamesische Neujahrsfest.

Diese Veranstaltung ist in vieler Hinsicht bemerkenswert. Sie überrascht und bezaubert nicht nur durch ihre prächtige Buntheit, etwa beim traditionellen Drachentanz, mit gold-roten und silber-blauen Drachen. Eine Augenweide sind auch die Vietnamesinnen in ihren traditionellen Festkleidern.

Vor allem aber sind die Organisatoren und Teilnehmer dieses Festes ein Beispiel für die gelungene Integration in die neue Heimat. Schon in der ersten Generation waren diese Flüchtlinge, die nur mit dem, was sie am Leibe trugen, in Hamburg ankamen, außerordentlich erfolgreich.

Die älteste Moderatorin, Frau Hao Abitz, brachte es sogar zur „Unternehmerin des Jahres". Ihre Tochter Frederike, die bereits ein besseres Deutsch spricht als viele „Bio-Deutsche", engagiert sich in einem multikulturellen Unternehmen „Musik überwindet alle Grenzen". Sie beweist auf der Bühne mit ihrem deutschen Partner, dass Dudelsack, Maultrommel und vietnamesische Instrumente durchaus harmonieren.

Die Enkelgeneration demonstriert dagegen, dass deutsch-vietnamesischer Rap durchaus eine Bereicherung der Jungendszene ist.

Vor allem aber berührt, welche Liebe und Dankbarkeit Deutschland entgegengebracht wird.

Im Gebrüll erstickt

Kreuzberg: Linksextremisten sprengen jede Bürgerversammlung

Bereits zum dritten Mal haben linke Aktivisten mit Krawall eine Bürgerversammlung zum Görlitzer Park scheitern lassen. Eigentlich geplant war am 19. Februar, dass Anwohner mit Politikern und Experten über Lösungen für den kriminalitätsgeplagten Park diskutieren sollten. In der Realität ließ eine lautstarke Minderheit aber dem Austausch von Meinungen keine Chance.

Als Bernd Krömer (CDU), Innenstaatssekretär und Mitglied der „Task Force Görli", zum Reden anhob, skandierte die Aktivistenszene lautstark „Krömer vertreiben, Flüchtlinge bleiben". Erst nach zehn Minuten konnte die Veranstaltung fortgesetzt werden. Den Versuch von Stefan Weis, Leiter der Polizeidirektion 5, zu sprechen, übertönten die Linken mit „Bullen raus"-Rufen. Seine Frage „Ist hier jemand, der meine Meinung hören will? Bitte mal Hand hoch.", blieb in der Bürgerversammlung ohne Reaktion, so dass der Polizeibeamte aufgab.

Niedergebrüllt und als „rassistischer Bürgermob" beschimpft wurden Anwohner, die Missstände wie den Drogenhandel durch Asylbewerber ansprachen. Selbst als die Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) nach gut anderthalb Stunden das Wort ergreifen wollte, schlug ihr rabiate Intoleranz entgegen. „Jetzt bin ich dran", versuchte Herrmann, sich Gehör zu verschaffen. Es sei die dritte Veranstaltung, bei der diejenigen niedergebrüllt würden, die etwas sagten, das die anderen nicht hören wollten. „Aber es geht nicht darum, wer lauter schreit", so Herrmann.

> Intoleranz der einen trifft auf grenzenlose Toleranz der anderen

Tatsächlich aber scheint es bei den Kreuzberger Bürgerversammlungen regelmäßig genau darum zu gehen. Die Intoleranz einer radikalen Gruppe trifft nämlich auf eine offenbar grenzenlose Toleranz, die bis zur Selbstverleugnung zu gehen scheint. Als die Moderatorin der Versammlung schließlich zur Abstimmung stellte, ob die Störer durch die Polizei hinaus begleitet werden sollten, fand sich keine Mehrheit dafür. Die Veranstaltung wurde abgebrochen und war damit gescheitert. Damit hat sich wiederholt, was sich schon im September bei einer Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung zutrug. Nachdem ein Besucher Beleidigungen in den Saal gerufen und sich anschließend geweigert hatte zu gehen, wurde die Sitzung der Volksvertreter abgebrochen. Wie bei der gesprengten Bürgerveranstaltung war keine Mehrheit zustande gekommen, um dem Störer Grenzen aufzuzeigen. *N.H.*

U-Bahn marode

Berlins Züge vielfach alt und verschlissen

Der Berliner U-Bahn-Wagenpark lebt zunehmend von der Substanz. Neue Waggons werden selten beschafft. Stattdessen werden immer mehr ersatzlos außer Dienst gestellt. Mitte der 90er Jahre verfügte die U-Bahn noch über 1650 Waggons, jetzt sind es noch 1238. Gleichzeitig erhöhte sich die Zahl der Fahrgäste von 888 Millionen im Jahre 2001 auf zuletzt 950 Millionen.

> Besserung ist erst in Jahren zu erhoffen

Die Bahnbenutzer merken das auf den besonders stark frequentierten Linien 6, 8 und 9. Dort werden auch in den Hauptverkehrszeiten gelegentlich nur noch vier statt acht Wagen pro Zug eingesetzt. Anfang des Jahres erhielten die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) zwei Prototypen neuer U-Bahn-Züge für die Kleinprofillinien 1 bis 4. Sie sollen aber frühestens 2017 in Serie gehen. Die Großprofillinien 5 bis 9 müssen hingegen länger auf neues Material warten. Dank EU-Vorschriften müssen derartige Beschaffungsprojekte europaweit ausgeschrieben werden, was sehr viel Zeit und bürokratischen Aufwand erfordert.

Die BVG hat sogar schon in Hamburg angefragt, um sich U-Bahn-Waggons auszuleihen. „Das wäre technisch mit etwas Aufwand möglich. Aber wir brauchen alle Züge selber", sagte der Sprecher der Hamburger U-Bahn-Gesellschaft „Hochbahn", Christoph Kreienbaum. Die 472 Kleinprofilwagen haben ein Durchschnittsalter von 28 Jahren erreicht. Die 766 Großprofilwagen sind im Schnitt seit 26 Jahren im Einsatz. Daher gibt es zunehmend verschleißbedingte Ausfallerscheinungen. 15 Prozent der Wagen sind durchschnittlich in der Werkstatt. *Hans Lody*

Immer weniger Zugverbindungen

Die Bahnverbindung von Hamburg und Dresden nach Breslau wurde bereits eingestellt. Nun soll auch die von Frankfurt an der Oder nach Posen gestrichen werden. Der Eurocity „Wawel" von Hamburg über Berlin nach Breslau fuhr im Dezember 2014 das letzte Mal. Zwischen Dresden und Breslau wird am 1. März 2015 der letzte Zug verkehren. Die Deutsche Bahn hatte nur 40 bis 60 Fahrgäste zwischen Hamburg und Breslau gezählt. Seit Polen die Subventionierung beider Strecken eingestellt hatte, sah sich die DB außerstande, den Betrieb allein zu finanzieren. Von Frankfurt an der Oder nach Posen fahren die Züge nur noch an zwei Wochentagen. Dietmar Woidke (SPD), Brandenburgs Ministerpräsident und Polen-Beauftragter der Bundesregierung, bedauert das, denn „regionale Züge sind wichtig für das Zusammenwachsen", so der Politiker. Er will die Verbindungen bei den nächsten deutsch-polnischen Konsultationen in diesem Frühjahr ansprechen. *H.L.*

MELDUNGEN

Polen holt Landsleute heim

Warschau – Die polnische Regierung siedelt im Rahmen eines staatlichen Heimholungsprogramms ethnische Polen und Polnischstämmige aus dem Donbass in die Republik Polen aus. Voraussetzung für eine Aufnahme in das Programm sind eine polnische Abstammung und ein bisher strafrechtlich untadeliger Lebenswandel. Die Prüfung dieser Tatbestände zog sich in allen Fällen über mehrere Monate hin und führte zu einer massiven innerpolnischen Kritik an der behördlichen Arbeit. Das Innenministerium hat mittlerweile Lager eingerichtet, in denen die Ankommenden für ein halbes Jahr bleiben und polnischen Sprachunterricht erhalten sollen. *TWW*

Kinder spurlos verschwunden

Stockholm – Während die Zahl minderjähriger Asylbewerber in Schweden von Jahr zu Jahr zunimmt, gelten immer mehr dieser Kinder als verschollen. Medienberichten zufolge sind seit dem Jahr 2010 fast 1500 alleinstehende Kinder aus Heimen und Pflegefamilien verschwunden. Allein seit Jahresbeginn sind 22 neue Fälle gemeldet worden. Wohin die Kinder verschwinden, ist offiziell unbekannt. Ausgegangen wird allerdings davon, dass Kriminelle sie verschleppen und für ihre Zwecke missbrauchen. Bei der Stockholmer Polizei gehen die Vermutungen dahin, dass die Kinder in die Kriminalität abgleiten oder in versteckten Bordellen sexuell missbraucht werden. Für das laufende Jahr prognostiziert Schwedens Einwanderungsbehörde, dass jeder zehnte neu ankommende Asylbewerber unter 18 Jahre alt sein wird. *N.H.*

Wie blind ist die US-Luftwaffe?

Trotz bester Voraussetzungen erzielen die USA im Kampf gegen die IS-Terroristen keine Erfolge

Taktisch und technisch haben die USA im Kampf gegen den IS alle Vorteile auf ihrer Seite. Nutzen tun sie diese jedoch nicht. Vielmehr gibt es sogar Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit der radikalislamischen Terrororganisation.



Viel Rauch, aber kaum Wirkung: Luftangriff der von den USA geführten Koalition auf Stellungen des IS — Bild: Getty Images

Die Floskel vom „Kampf gegen den Terror“ ist mittlerweile zur stehenden Redensart geworden. Genauer betrachtet steckt allerdings nicht so viel dahinter, wie man hoffen sollte. Der Kampf um Kobane beispielsweise brachte sonderbare Einzelheiten mit sich. Der Weg dorthin führt über offenes und übersichtliches Gelände. Dort entstanden Journalisten-Fotos, die eine Kolonne von Fahrzeugen der Terrororganisation IS zeigen, nagelneue, typengleiche Toyota-Pick-ups, die wie aus der Fabrik aussahen, keineswegs wie zufällige Kriegsbeute. Diese Kolonne also schaffte für den IS Verstärkung nach Kobane. Was die Pressefotografen festhielten, scheint der CIA allerdings entgangen zu sein, sonst wäre es der US-Luftwaffe ein Leichtes gewesen, den IS ebenso zielgerichtet zu bombardieren wie es ihr beispielsweise in Libyen bei zivilen Objekten gelungen war.

Auch die Tankwagen mit Erdöl, die durch die Wüste fahren und dem IS täglich Millionen Dollar einbringen, sollten der US-Air-Force an sich nicht verborgen bleiben. Nicht anders ist es im Umfeld des Sindshar-Gebirges, des Leidensortes der Jesiden. Dieser Höhenzug erhebt sich aus einer unbewachsenen Ebene, die daliegt wie ein Übungsfeld für Kampfbomber. Doch die US-Luftwaffe scheint von den dortigen Vorgängen nichts gewusst zu haben.

Dabei ist der IS für die USA kein Unbekannter. Ebenso wie die CIA einst in Afghanistan die al Kaida aufgebaut, trainiert und finanziert hat, so ist der IS ein Kind der CIA. IS, al Kaida; al Nusra und andere – die Übergänge zwischen den einzelnen Terrorgruppen sind ohnehin fließend. Aber ebenso wie die USA 450 Guantanamo-Häftlinge nach Libyen geschickt hatten, die dort als „Libyan Islamic Fighting Group“ den Krieg gegen Gaddafi anzettelten, bekam der IS Zulauf von ehemaligen Gefangenen aus den USA. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein öffentlich zugängliches Foto, das den US-Senator John McCain im trauten Gespräch mit IS-Chef Abu Bakr al-Baghdadi und dessen Leuten zeigt.

Nicht nur das. Der iranische General Mohammed Reza Naqdi hat erklärt, die USA unterstützten den IS ganz unmittelbar. Er führt als Beleg dafür die Tatsache an, dass US-Flugzeuge regelmäßig Waffen und Munition in Gegenden abwerfen, die unter der Kontrolle des IS stehen. Die US-Air-Force entgegnet, das sei zwar vorgekommen, aber natürlich nur versehentlich. Naqdi lässt das nicht gelten: „Die USA haben ausreichende Geheimdienstinformationen über die Verortung des IS in der Region und ihre Behauptungen, dass die Fallschirmabwürfe über IS-Gebiet ein mehrmaliges Versehen seien, sind so falsch wie unwahrscheinlich.“

IS operiert unter den Augen des US-Militärs

Auch aus dem Irak werden ähnliche Vorwürfe an die Adresse der USA laut. Majid al-Gharawi, Abgeordneter und Mitglied im Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung, hat öffentlich festgestellt, dass nach seinen Informationen US-Transportflugzeuge in der Provinz von Salahudin und in Nachbarregionen regelmäßig Hilfslieferungen abwerfen würden. Gharawi wörtlich: „Die USA und die internationale Koalition kämpfen nicht ernsthaft gegen den IS. Wenn sie wollten, hätten sie die technischen und militärischen Fähigkeiten, die IS-Kämpfer aufzuspüren und in einem Monat zu zerstören.“ Das Motiv der USA sieht der irakische Politiker darin, dass sie den Krieg deshalb in die Länge ziehen, „um Garantien der irakischen Regierung zu bekommen, dass sie wieder Militärbasen in Mossul und in der Anbar-Provinz einrichten können“.

Im Dezember 2014 wurde in Islamabad der IS-Kommandeur Yousaf al-Salafi festgenommen. Seine Einheit ist die als DAISH bezeichnete Sektion des IS in Pakistan. Während eines Verhörs gab er Einblick in die Zusammenhänge. Die britische Zeitung „Daily Express“ zitiert: „Während der Vernehmungen gab Yousaf al-Salafi zu, aus US-amerikanischen Quellen Geld für eine Organisation in Pakistan erhalten zu haben, die junge Männer für den Kampf in Syrien rekrutieren sollte.“ Für jeden Kämpfer habe er 600 Dollar bekommen. Auch in Libyen, Afghanistan und Indien werden Kämpfer für den IS in Syrien rekrutiert. Ein pakistanischer Informant ergänzt: „Obwohl die USA die Aktivitäten des IS öffentlich verurteilen, haben sie die Finanzierung dieser Organisation durch US-Geldgeber nicht gestoppt.“ Aber: „Sie mussten den Eindruck zerstreuen, dass sie den IS zur Durchsetzung eigener Interessen finanzieren.“

Florian Stumfall

Australien greift durch

Regierung verstärkt den Kampf gegen islamische Terroristen

Die australische Regierung hat nach der Veröffentlichung einer amtlichen Analyse der als Terroranschlag gewerteten Geiselnahme in Sidney vor zwei Monaten eine Verschärfung der Einwanderungsgesetze und ein härteres Durchgreifen gegen „selbstgezüchtete“ islamische Terroristen angekündigt. Im vergangenen Dezember waren in einem Café zwei Geiseln und der im Iran geborene Geiselnehmer getötet worden.

Zwar wurden in dem Bericht keine gravierenden Versäumnisse der Behörden festgestellt, obwohl sie den unter anderem wegen Beihilfe zum Mord angeklagten Täter nicht als Bedrohung erkannten. Dennoch musste Australiens Premierminister Tony Abbott zugeben, dass das System an sich versagt hatte, denn den Täter hätte man nie in Australien aufnehmen, nie auf Bewährung freilassen und ihm auch nie eine Waffe zugänglich machen dürfen. „Es ist klar, dass bei zu vielen Instanzen die Reaktionsschwelle zu hoch angesetzt war“, sagte Abbott. „Wir können es nicht zulassen, dass schlechte Menschen unsere Gutmütigkeit ausnutzen.“ Die angekündigten Maßnahmen beinhalten die Aberkennung oder Aussetzung der australischen Staatsbürgerschaft für diejenigen Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, die im Ausland an der Seite von terroristischen Gruppierungen kämpfen. Außerdem sind die Streichung von Sozialleistungen und konsularischen Diensten für in terroristische Handlungen verwickelte Australier sowie ein hartes Durchgreifen gegen „Hassprediger“ oder Gruppen, die zu religiösem oder Rassenhass aufrufen, vorgesehen. Auch Ausreisebeschränkungen werden in Erwägung gezogen.

Gefahr durch »selbstgezüchtete« Dschihadisten

Bereits im September des vergangenen Jahres wurde die Terrorwarnstufe im Lande erhöht, als der Sprecher des Islamischen Staates, Abu Mohammed al-Adnani, zu Anschlägen aufrief und dabei gezielt Australien erwähnte. Abbott warnte, dass die terroristische Bedrohung in Australien zugenommen habe, denn ein Drittel aller damit zusammenhängenden Verhaftungen sei in den letzten sechs Monaten erfolgt. Mindestens 110 Australier kämpfen im Irak und in Syrien an der Seite von Extremisten, und der australische Staatsschutz handhabt mehr als 400 dringende Fälle der Terrorismusbekämpfung – mehr als doppelt so viele wie noch ein Jahr zuvor. Wie real diese Bedrohung ist, zeigt sich an der Anfang dieses Monats erfolgten Verhaftung von zwei jungen arabischstämmigen Australiern, die in einem Video damit gedroht hatten, Menschen mit blonden Haaren in Nieren und Nacken zu stechen.

Mohammad Ali Baryalei, ehemaliger Türsteher im Rotlichtviertel von Sidney, der als Kind aus Afghanistan auf den Fünften Kontinent gekommen war, gilt als der ranghöchste Australier in der Terrorgruppe Islamischer Staat. Vor seiner Ausreise nach Syrien widmete er sich hauptsächlich der Rekrutierung von Kämpfern für die Terrororganisation. Seine Agitation scheint zu wirken: Die Polizei sucht nach den Insassen eines Wagens, der vergangene Woche mit einer vermeintlichen IS-Flagge durch Sydney fuhr. Im September 2014 hatten zwei Minderjährige, mit einer ebensolchen Fahne bewaffnet, Todesdrohungen gegen Schüler und Lehrer einer Maroniten-Schule ausgestoßen.

Markus Matthes

Stiller Nichtangriffspakt

Türkische Militäroperation im Herzland des IS ohne einen Schuss

Während der vier Monate dauernden Kämpfe um die Stadt Kobane in Nordsyriens stand die türkische Armee Gewehr bei Fuß und beobachte das Gemetzel aus sicherer Entfernung. Nachdem die IS-Terroristen aus der Stadt vertrieben worden waren, rückte am 21. Februar die türkische Armee mit 40 Panzern und 572 Soldaten durch Kobane vor. Die türkischen Einheiten überquerten die Frontlinie zwischen Kurden und IS-Kämpfern bis zu einer Euphrat-Insel, 38 Kilometer südlich von Kobane, wo in einem seit dem Untergang des osmanischen Reiches exterritorialen Gebiet in Syrien ein hoher osmanischer General, Suleiman Schah, in einem Mausoleum begraben lag, das von einer Abteilung von 38 türkischen Soldaten bewacht wurde. Die türkische Armee hatte bei der Nacht- und Nebel-Operation am 21. Februar den Auftrag, die Wachsoldaten zurückzuholen und das Mausoleum an einen anderen Ort in der Nähe der Grenze zu verlegen, was ihr auch ohne Probleme gelang.

Dass die Operation im Herzland des „Islamischen Staates“ ohne einen Schusswechsel erfolgreich zu Ende geführt werden konnte, hat viele Analysten dazu veranlasst, von einem Nichtangriffspakt zwischen der Türkei und dem IS zu sprechen. Ähnliche Spekulationen waren bereits im September letzten Jahres aufgekommen, als 49 türkische Konsulatsmitarbeiter aus der Stadt Mossul nach „wochenlanger harter Arbeit“, wie sich der türkische Ministerpräsident damals ausdrückte, vom IS freigelassen wurden, während US-amerikanische und andere westliche Geiseln ohne Pardon geköpft wurden.

Ankara ermöglicht Finanzierung und Logistik des IS

Beim Schmuggel von Öl, Antiquitäten und menschlichen Organen durch die Türkei sowie dem Handel mit der türkischen Mafia, mit denen sich der IS hauptsächlich finanziert, drücken die türkischen Behörden ein Auge zu. Nur so kann der IS trotz massiver Einbrüche infolge der Bombenschläge seine Kämpfer weiter bezahlen. Auch die Dschihadisten aus Westeuropa dürfen die Türkei ungehindert Richtung Syrien und Irak durchqueren. Sogar Komplizen der Pariser „Charlie Hebdo“-Attentäter konnten noch Tage nach der Tat die Türkei ungehindert Richtung Syrien verlassen. Verwundete IS-Kämpfer dürfen in der Türkei behandelt werden, kürzlich sogar ein Kämpfer, der noch eine Granate in dem türkischen Krankenhaus von Hakkari dabei hatte, das daraufhin evakuiert werden musste.

Im Gegenzug für diese sehr wichtige logistische Unterstützung des IS verzichtet dieser auf Attentate in der Türkei. Ankara hat bei diesem Nichtangriffspakt mit dem Terror wahrscheinlich kein schlechtes Gewissen, solange der Terror die Türkei verschont. Für die Türkei bilden immer noch die für einen eigenen Staat kämpfenden Kurden und der am Boden liegende syrische Staatschef Baschar al-Assad die Hauptgefahr für das eigene Territorium. Die IS-Terroristen dagegen vertreten einen extremistischen sunnitischen Islam, für den viele in der derzeitigen türkischen Regierung Sympathien haben. Der IS verfolgt eine ethnische und religiöse Säuberung seines Herrschaftsbereiches, wie sie 1915–1917 die jungtürkische osmanische Regierung auch gegen die Armenier und Aramäer auf türkischen Boden durchgeführt hat.

B.B.

Griff nach dem deutschen Mittelstand

»Heuschrecken« kaufen Unternehmen auf, die dann ihre Übernahme selbst bezahlen müssen

Für die als „Heuschrecken" verschrienen Beteiligungsgesellschaften kommt die anhaltende Niedrigzinspolitik der Zentralbanken einem Geschenk gleich. Billig wie nie können Unternehmen auf Pump aufgekauft werden. Für den deutschen Mittelstand könnte dies allerdings gefährlich werden.



Solider Mittelständler: Der Motorradzubehörhändler Detlev Louis ist seit Kurzem im Besitz des US-Milliardärs Warren Buffett Bild: pa

Nur einen kleinen Vorgeschmack auf Kommendes könnte die Übernahme des Hamburger Motorradzubehör-Händlers Detlev Louis durch den US-Investor Warren Buffett sein. Für eine Summe von 400 Millionen Euro geht Europas größter Händler für Motorradbekleidung und Motorradzubehör an Buffetts Beteiligungsgesellschaft Berkshire Hathaway. Geht es nach dem Willen des Multimilliardärs Buffet, dann ist der Kauf nur der Auftakt weiterer Unternehmensübernahmen in Deutschland: „Wir können für jedes Unternehmen – egal in welcher Größe – bar bezahlen."

In der Beteiligungsbranche genießt Buffet durchaus einen guten Ruf. Der 84-Jährige betreibt seine Engagements meist langfristig und „wertorientiert". In der sogenannten Privat-Equity-Branche ist Buffet damit eher eine Ausnahme. Durchaus gängig ist es, Firmen zu einem erheblichen Anteil auf Pump zu kaufen und anschließend den Unternehmen die Kreditkosten aufzubürden. Faktisch zahlen die aufgekauften Unternehmen dem Käufer ihren Kaufpreis selbst. Firmen wie Märklin, Grohe oder ATU, die zu Sanierungsfällen heruntergewirtschaftet wurden, sind bekannte Opfer von „Heuschrecken", die Firmen regelrecht „kahlgefressen" haben.

Im Jahr 2007/2008 mit der Finanzkrise selbst ins Schlingern geraten, sieht sich die Branche angesichts der Niedrigzinsphase nun wieder im Aufwind. Aufgrund der Niedrigzinsen können sich Investoren so günstig Geld leihen wie lange nicht mehr. Käufer aus Regionen mit starken Währungen profitieren zudem vom schwachen Euro, wenn sie in Europa auf Firmenjagd gehen. Wie eine Umfrage der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers (PwC) ergeben hat, blickt die überwältigende Mehrheit der Finanzinvestoren momentan äußerst optimistisch in die Zukunft. 91 Prozent der 200 befragten Fondsgesellschaften rechnen demzufolge für dieses Jahr mit einer weiteren Marktbelebung. Ähnlich wie der Starinvestor Warren Buffet haben viele Beteiligungsgesellschaften insbesondere den deutschen Mittelstand im Visier. Insgesamt halten 75 Prozent der durch PwC befragten internationalen Fondsgesellschaften Deutschland auf Sicht der nächsten fünf Jahre für den attraktivsten Markt für Privat-Equity-Investitionen in Westeuropa. Als Übernahmeziele gefragt sind bei den Firmenjägern vor allem deutsche Industrieunternehmen, Konsumgüterhersteller und Firmen aus dem Energiesektor.

Für den Wirtschaftsstandort Deutschland könnte dies einschneidende Folgen haben. So gut die Stimmung bei den Beteiligungsgesellschaften durch die Niedrigzinsphase auch ist, die Geldpolitik der Zentralbanken legt bereits den Keim für einen erneuten Absturz der Branche: Investoren nutzen die günstigen Bedingungen inzwischen immer mehr, um die Firmenübernahmen wieder in größerem Maß mit Krediten und weniger mit Eigenkapital zu finanzieren. Zudem stehen viele Firmenjäger unter Druck, weil ihnen von Geldgebern, die auf hohe Renditen im Private-Equity-Geschäft setzen, immer mehr Mittel zufließen. Vor allem Pensionsfonds und Versicherer überschütten die Beteiligungsgesellschaften bei ihrer Suche nach Auswegen aus der Niedrigzinsfalle mit Geld. Insgesamt soll die Branche auf bis zu 1,2 Billionen Dollar an verfügbaren Mitteln sitzen.

> Finanzinvestoren rechnen mit weiterer Belebung des Marktes

Das billige und viele Geld trifft auf der anderen Seite auf zunehmend unrealistisch werdende Unternehmenspreise: Bereits im Jahr 2014 wurden Befürchtungen laut, dass immer mehr Firmen zu einem Preis verkauft werden, der kaum noch in einem angemessenen Verhältnis zum operativen Ergebnis der Unternehmen steht.

Eine Trendwende bei dieser gefährlichen Entwicklung ist erst einmal nicht in Sicht. Mangels Zinsen auf klassische Sparformen weichen Anleger verstärkt auf Aktien aus und treiben so die Kurse von Unternehmensaktien in die Höhe. Auch strategische Investoren wie Industriekonzerne oder auch große Internetunternehmen sitzen teilweise auf gut gefüllten Kassen und sind bereit, für ein Übernahmeziel viel Geld zu bieten. Die Gelddruckerei der Notenbanken tut ein Übriges, um den Aktienmarkt aufzublähen und als Folge auch die Unternehmenspreise in die Höhe zu treiben. Insgesamt braut sich damit eine brisante Mischung zusammen. Gemessen an der Ertragskraft droht, dass viele Firmen zu teuer gekauft werden. Nach den Erfahrungen der Vergangenheit ist zu befürchten, dass so ein enormer Renditedruck aufgebaut wird, der auf längere Sicht nicht wirklich realisierbar ist. Die Folge könnte eine Flut von Insolvenzen und Sanierungsfällen bei den aufgekauften Unternehmen sein – nicht zuletzt im deutschen Mittelstand. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

»Scharia-Bank« als Ausweg

Moskau – Russland prüft die Rechtslage für die Eröffnung der ersten „Scharia-Bank", einem nach islamischen Regeln geführten Geldinstitut, im Land. Ziel sei es, Kapital aus Ländern wie den Vereinigten Arabischen Emiraten, Malaysia und Indonesien anzulocken, so Anatolij Aksakow, Präsident des russischen Regionalbankenverbandes. Mit dem „Scharia-Geld" sollen die Sanktionen des Westens umgangen werden. Damit könnten staatlich geförderte Projekte wie Bahnstrecken finanziert werden. Ende des Jahres soll der Rechtsrahmen für die Niederlassung der „Scharia-Bank" stehen. *MRK*

Frauenquote nicht beim Bund

Berlin – Ein Gesetzentwurf, den die Große Koalition im März im Bundestag verabschieden will, wird aller Voraussicht nach große Bundesunternehmen von der geplanten Frauenquote ausnehmen. Geplant ist, dass ab 2016 rund 100 börsennotierten Großunternehmen bei der Aufsichtsratswahl eine Frauenquote von mindestens 30 Prozent erfüllen müssen. Von der Pflicht zur Frauenquote nicht betroffen sein sollen jedoch Unternehmen im Besitz des Bundes und der öffentliche Dienst bis hin zu den Bundesministerien. *N.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung: **2.185.473.159.820 €**

Vorwoche: 2.048.483.572.233 €

Verschuldung pro Kopf: **25.363 €**

Vorwoche: 25.362 €

(Montag, 2. Monat 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Brüssel knickt vor Paris ein

Frankreich bekommt sein Defizit nicht in den Griff

Nachdem Frankreich ursprünglich schon in diesem Jahr sein Haushaltsdefizit begrenzen sollte, hat das Land von der EU-Kommission nochmals einen Aufschub erhalten. Erst im Jahr 2017 soll Frankreich nun den EU-Grenzwert von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts bei der Neuverschuldung einhalten, so die vor Kurzem in Brüssel bekannt gegebene Entscheidung. Erwartet wird von Paris zunächst einmal nur, bis April konkrete Sparvorschläge vorzulegen.

Frankreich selbst hatte einem Bericht des „Handelsblatts" zufolge sogar versucht, von Brüssel die Einwilligung zu erhalten, erst im Jahr 2018 die Defizitvorgabe des EU-Fiskalpaktes einhalten zu müssen. Als Begründung hatte die sozialistische Regierung in Paris darauf verwiesen, man wolle die Zeit bis zur nächsten Präsidentschaftswahl im Mai 2017 nicht mit Forderungen nach weiteren Reformen und Sparmaßnahmen im öffentlichen Haushalt vergiften. Tatsächlich dürfte auch in Brüssel die Angst groß sein, es in gut zwei Jahren mit einem Staatspräsidenten vom Front National (FN) zu tun zu bekommen. Dass die zugestandene Schonfrist von zwei Jahren tatsächlich einen immer wahrscheinlicher werdenden Machtwechsel in Paris noch aufhalten kann, ist zweifelhaft. Bereits für Ende März rechnen Beobachter bei den Departments-Wahlen mit der nächsten Niederlage der Sozialisten und einem weiteren Erfolg des FN.

Vollends unter die Räder kommen könnte der EU-Fiskalpakt, wenn sich die Haushaltslage Frankreichs weiter verschlechtert.

> Freibrief zum Schuldenmachen auch für Italien

Nach einem Defizit von 4,4 Prozent im vergangenen Jahr peilt die Regierung von Staatschef François Hollande für dieses Jahr eigentlich eine Neuverschuldung von 4,1 Prozent an. Inzwischen droht die Gefahr, dass das Defizit doch höher ausfallen wird. Nach PSA Peugeot Citroën und Alstom könnte der Atomkonzern Areva nämlich das dritte ehemalige Aushängeschild der französischen Industrie sein, das Staatshilfe benötigt. Wie die französische Zeitung „Le Figaro" berichtet, wird der französische Energie- und Atomkonzern Areva für das Jahr 2014 einen Nettoverlust in Höhe von rund vier Milliarden Euro ausweisen. Da der französische Staat zu 87 Prozent Eigner von Areva ist, drohen diese Kosten auf den französischen Steuerzahler zurückzufallen. „Le Figaro" zufolge, wird der Regierung in Paris keine andere Wahl bleiben, als das Unternehmen mit frischem Kapital zu versorgen.

Unübersehbar hat mit dem Einknicken der EU-Kommission gegenüber dem Defizitsünder Frankreich der EU-Fiskalpakt erneut Schaden genommen. Selbst EU-Kommissar Günther Oettinger warnt inzwischen, dass die Glaubwürdigkeit des Stabilitäts-paktes auf dem Prüfstand steht. Das gilt umso mehr, als zeitgleich mit dem nochmaligen Aufschub für Frankreich auch Italien von der EU-Kommission erneut einen Freibrief zum Schuldenmachen erhalten hat. Wie in Brüssel mitgeteilt wurde, werden gegen Italien keine disziplinarischen Schritte wegen der steigenden Fehlbeträge im Budget eingeleitet. Eine erstaunliche Entscheidung, denn seit 2008 ist der Schuldenberg des italienischen Staates jedes Jahr angewachsen. Während der Richtwert bei 60 Prozent der Wirtschaftsleistung liegt, beträgt die Verschuldung Italiens mittlerweile 133 Prozent. *N.H.*

Nach dem Franken die Krone

Auch die dänische Währung gerät unter Aufwertungsdruck

Den 15. Dezember 2014 wird sich Mario Draghi, Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) rot im Kalender angestrichen haben. Mehr als drei Jahre lang hielt die Schweizerische Nationalbank (SNB) den Franken mit Euro-Käufen künstlich billig. Der feste Wechselkurs zum Franken verlieh dem Euro Vertrauen. Damit ist es nun vorbei.

Kaum hatte sich die Aufregung gelegt, gab es die nächste Hiobsbotschaft: Die sich verstärkenden Tendenzen zur Aufwertung der Dänenkrone sind eine Neuigkeit von großer Tragweite. Zwar ist die wirtschaftliche Bedeutung Dänemarks geringer als die der Schweiz, aber Deutschlands nördlicher Nachbar hat bereits seit 1982 eine feste Bindung an die Deutsche Mark und nach Einführung des Euro auch an diesen gehabt. Dänemark nimmt bereits seit 1999 am Wechselkursmechanismus II teil und ist damit dem Euro viel enger verbunden als die Schweiz. So wäre der Ausstieg Dänemarks aus der Bindung an den Euro politisch weitaus bedeutsamer als die Aufgabe des festen Kurses des Euro zum Schweizer Franken.

> Seit 1982 gibt es eine feste Bindung der dänischen Krone an die Mark und seit dessen Einführung auch an den Euro

Zweimal haben die meisten Parteien außer der dänischen Volkspartei, Medien, Gewerkschaften und Unternehmensverbände in seltener Eintracht versucht, die unbeliebte Gemeinschaftswährung im Königreich einzuführen und waren jeweils an Volksabstimmungen gescheitert. Weitere Volksabstimmung sind aus Furcht vor den Souverän abgesagt worden. Trotzdem ist Dänemark durch die Kursanbindung an den Euro faktisch ein Euro-Land – solange der feste Wechselkurs verteidigt werden kann. Um den Zufluss von ausländischem Kapital zu bremsen, wird Dänemark 2015 keine Staatsanleihen ausgeben. Privaten Anlegern hingegen ist es nicht verwehrt ihr Kapital im Land anzulegen. Das soll mit der Erhebung von Negativzinsen klein gehalten werden.

Die Nordea, die größte Bank im nordischen Raum nach Marktkapitalisierung, gewährt erstmals Hypotheken-Kredite mit einem Negativzinssatz von 0,03 Prozent. Die Kreditnehmer müssen der Bank weniger zurückzahlen, als sie zuvor geliehen haben. Aber die Besitzer von Euro-Vorräten könnten zu der Auffassung geraten, dass negative Zinsen immer noch besser seien als wertlose Euros, wenn die Gemeinschaftswährung kollabieren sollte.

Zu guter Letzt müsste die Dänische Staatsbank Dänenkronen ver- und rund 75 Milliarden Euro ankaufen. Dies sind etwa 25 Prozent des dänischen Bruttoinlandprodukts. Unabhängige Ökonomen schätzen, dass Dänemark im vergangenen Jahr bereits 100 Milliarden Kronen (rund 16 Milliarden Dollar) zur Stützung des Euro-Krone-Kurses aufwenden musste. Das ist ein geringer Betrag, vergleicht man ihn mit den Summen, mit denen Mario Draghi umherwirft. Im Fall eines Währungszusammenbruchs wären die Nordländer ihren Staatsschatz los. Wie das Beispiel Schweiz zeigt, machen das die Politiker nur eine gewisse Zeit mit. *Theo Maass*

Frauen aufs Dach?

Von Frank Horns

Die Quote muss her und zwar schleunigst. Immer noch ist in unerträglich vielen Bereichen der Arbeitswelt von Gleichberechtigung wenig zu spüren.

Sicher, die junge, tapfere Manuela Schwesig, Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (kurz: für alles außer Männer), müht sich redlich. Ihr jüngster Gesetzentwurf legt fest, dass ab 2016 in Aufsichtsräten eine Frauenquote von 30 Prozent gelten soll. Kleinliche Geister – wahrscheinlich alles Männer – behaupten zwar, dies sei weder mit EU-Recht noch mit der deutschen Verfassung vereinbar. Aber solche Nichtigkeiten werden das noble Vorhaben hoffentlich nicht stoppen.

Dabei kann es ohnehin nur ein erster Schritt sein. Das zeigt der Blick weg von den wohlklimatisierten Büros der Chefetage hin zur Basis, zum Beispiel zu den Berufen, die schmutzig sind, körperlich anstrengend und gefährlich. Hoch oben in den Top Ten der risikoreichsten Jobs bewegen sich die Dachdecker. Handwerkliches Arbeiten in schwindelerregender Höhe ist gefahrenträchtig und führt immer wieder zu tödlichen Unfällen.

Also: Wie viele Frauen mühen sich darum, unsereinem ein festes Dach über dem Kopf zu verschaffen? Oder noch besser, da noch aktueller, wie viele streben diesen ehrenwerten Beruf gerade an? Die Handwerkskammer Niedersachsen nennt uns die Zahlen für ihr Bundesland: 1066 angehende Dachdecker sind zu vermelden. Davon sind – Feministinnen müssen jetzt ganz stark sein – 1051 männlich und 15 weiblich. Die gleiche Tabelle zeigt auch die Geschlechterverteilung in anderen risikoreichen Berufen. Zum Gerüstbauer werden 113 junge Menschen ausgebildet. Ganze zwei davon sind weiblich. Von den angehenden 251 Straßenbauern ist es eine!

Fazit Nummer Eins: Wo es in der Arbeitswelt ordentlich zur Sache geht, wo Leib und Leben riskiert werden, sind Männer am Werk. Fazit Nummer Zwei: Es ist bedauerlich, dass man(n) so ein kleinliches Aufrechnen überhaupt anstellen muss. Es ist eine Argumentation gegen jemanden, dem man eigentlich mit Freundlichkeit, Respekt und Bewunderung begegnen möchte. Dennoch sind Männer – dem feministisch-genderistischen Treiben sei Dank – heutzutage in fast allen gesellschaftlichen Bereichen im Nachteil. In der Schule werden Jungen für gleiche Leistungen nachweislich schlechter benotet als Mädchen. Vor Gericht werden Männer für gleiche Vergehen härter verurteilt. Als Väter sind sie ein Elternteil zweiter Klasse und sie sterben durchschnittlich fünf Jahre früher. Das ist – Studien haben es bewiesen – keine biologische Notwendigkeit. Es liegt unter anderem daran, dass Männer vom Gesundheitssystem zum Beispiel bei der Krebsvorsorge benachteiligt werden. Ebenfalls verantwortlich ist ihre höhere Selbstmordquote. Sie liegt dreimal so hoch wie bei Frauen. Nicht zuletzt sind tödliche Arbeitsunfälle schuld. In neun von zehn Fällen sind Männer betroffen. Aber keine Angst liebe Frauen: Es wird sicherlich keinen Mann geben, der ernsthaft eine Frauenquote für gefährliche Berufe fordert.

> Wo Leib und Leben riskiert werden, sind Männer am Werk

Nicht Putins Handschrift

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Kaum war das Attentat auf den Oppositionspolitiker Boris Nemzow bekannt geworden, hatten sich die hiesigen Medien reflexartig darauf festgelegt, dass kein anderer als Wladimir Putin für den hinterhältigen Auftragsmord verantwortlich zu machen sei. Erstaunlich schnell fühlten sich die Meinungswächter denn auch dazu berufen, den „Putinverstehern hier im Westen" den erhobenen Zeigefinger zu zeigen, da ja nun bewiesen sei, wie abgrundtief böse dieser Diktator ist. Erst in einer zweiten Phase der Reflexion leuchtete ihnen offenbar ein, dass die Hintergründe für die verabscheuungswürdige Tat vielfältiger sein könnten.

Es wundert nicht, dass US-Präsident Barack Obama und auch Bundeskanzlerin Angela Merkel sofort in die Kritik gegenüber Putin einfielen und eine umgehende und vollständige Aufklärung des Mordes forderten.

Erstaunlich nur, dass sie nicht mit ebensolcher Vehemenz die Aufklärung der seit Beginn der Majdan-Bewegung verübten Morde – wie die durch Scharfschützen, die von Dächern aus auf die Menschenmenge schossen – vom ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko fordern. Hinweisen darauf, dass es sich bei den Heckenschützen um bezahlte Einheiten des Rechten Sektors handelte oder gar um „Blackwater-Söldner" aus den USA, wurde nicht nachgegangen.

Es mutet eher unwahrscheinlich an, dass ein Ex-Geheimdienstler wie Putin sich eine Leiche quasi direkt vor die eigene Haustür legen lässt, noch dazu, wenn der Mord an einem prominenten Oppositionspolitiker ihm mehr schadet als nützt.

> Gefährliche Kritiker des Kremlherrn sitzen hinter Gittern

Hätte Putin Nemzow beseitigen wollen, hätte er schon lange Gelegenheit dazu gehabt. So sehen es selbst Unterstützer Nemzows. Zudem war Nemzow seit Putins erster Amtszeit dessen schärfster Kritiker, der keine Gelegenheit ausließ, den Kremlchef zu provozieren. Nach 2000 gründete er mit der „Union Rechter Kräfte" eine Oppositionspartei und als der Erfolg ausblieb, mehrere Folgeparteien und Bewegungen, und gemeinsam mit dem ehemaligen Schachweltmeister Garij Gasparow und Ex-Ministerpräsident Michail Kassjanow kämpfte er gegen Putin. Er organisierte zahlreiche Demonstrationen, 2012 erschien eine auf Putin gemünzte Broschüre mit dem Titel „Das Leben eines Galeerensklaven", jetzt kündigte Nemzow Enthüllungen zum Ukrainekrieg an.

Sicher hätte Putin genug Gründe, um sich des Störers zu entledigen. Seine Handschrift wäre aber eine andere gewesen. Oppositionelle, die tatsächlich eine Gefahr für Putin werden könnten, wurden in der Vergangenheit in Scheinprozessen irgendwelcher Verbrechen überführt und verhaftet. So erging es Ex-Jukos-Chef Michail Chodorkowskij oder jüngst dem Blogger und Anwalt Alexej Nawalnyj, der laut Meinungsumfragen Putin hätte gefährlicher werden können als Nemzow es jemals war.



Vereint im Kampf gegen den gemeinsamen Feind Putin: Boris Nemzow und Michail Kassjanow (Ex-Ministerpräsident in Putins erster Amtszeit als Präsident) demonstrieren für die Freilassung der bei den Anti-Putin-Protesten auf dem Bolotnaja-Platz in Moskau verhafteten Präsidentenkritiker

Bild: Getty

Moment mal!

Als die Russen kamen – Gegen das Vergessen!

Von Klaus Rainer Röhl



In diesen Tagen erscheint ein Buch von Miriam Gebhardt mit dem Titel „Als die Soldaten kamen" über die systematischen, von den Vorgesetzten zunächst sogar ermunterten massenhaften Vergewaltigungen deutscher Frauen und junger Mädchen (teils noch Kindern) während des letzten Kriegsjahres 1945. Es erweckt in allen Deutschen, die damals lebten und Zeugen der Verbrechen wurden, neue schreckliche Erinnerungen an die Russen. Für die nachwachsende Generation eine bleibende Lehre, wozu Menschen fähig sind in einem Krieg. Ein Krieg, der sich auch jetzt in der Ostukraine – nur zwei Flugstunden von uns entfernt – mit allen seinen Gräueln täglich weiter ausbreitet und selbst unter Einsatz sämtlicher diplomatischer Mittel, wie es scheint, nicht endgültig beendet werden kann.

Meine eigenen Großeltern, die vor 70 Jahren nicht mit vor den Russen geflüchtet waren, wurden Opfer solcher Übergriffe, die alltäglich und nicht im Rausch des Sieges geschahen, sondern für mehr als ein halbes Jahr Alltag in Deutschland waren. Die Stadt Danzig, aus der meine Mutter und viele ihrer Einwohner schon mit den letzten Zügen oder mit Schiffen geflohen waren, war gleichwohl randvoll mit Flüchtlingen aus Ostpreußen und Verwundeten. Die Gesamtzahl der Deutschen, die sich im März in Danzig aufhielten, dürfte fast eine Million betragen haben.

Am Morgen des 27. März drangen russische Truppen in die Stadt ein. Die Verteidigung war nur an einigen Stellen sehr heftig, so dass die alte Hansestadt im Wesentlichen noch gut erhalten war, als die ersten Russen einsickerten.

Viele, besonders alte Leute waren noch in der Stadt geblieben, besonders nachdem sie von dem Untergang der „Wilhelm Gustloff" gehört hatten. Manche hatten noch ihren Danziger Pass aufgehoben und gaben sich der Illusion hin, dass der Status ihrer Stadt als vom Völkerbund geschützter Freistaat respektiert würde.

Auch meine Großeltern konnten sich von ihren Häusern in der Altstadt und ihrem Korbmachergeschäft nicht trennen und hatten sich nicht bewegen lassen, mit einem der letzten Züge mitzufahren. Vor allem mein 60-jähriger Großvater hatte sich geweigert, in den Westen zu fliehen. „Ich hab ja nuscht ausjefrässen", sagte er auf Danzigerisch, „war nicht in der Partei und nichts. Mir altem Mann werden sie ja nichts tun". Aber er war Luftschutzwart gewesen, in einem dieser schmalen Altstadthäuser in der Innenstadt, in dem sonst niemand wohnte und es keinen anderen gab, der Luftschutzwart hätte sein können. So kam er ins Lager. Dort ist er später wegen Entkräftung zusammengebrochen und wurde von den Russen mit einem Spaten erschlagen. Ein Mithäftling hat es meiner Großmutter erzählt. Sie bekam einen kleinen Zettel von der Kommandantur, sehr viel später, als die Polen schon die Verwaltung von Danzig übernommen hatten. Diagnose: Tuberkulose. Sie selbst, 62 Jahre alt, wurde vergewaltigt, immer wieder. Wie so viele der Frauen und Mädchen der Stadt.

Klara Seidler hat solche Verbrechen in ihrem in der zwischen 1953 und 1962 erschienenen „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa" des Bundesvertriebenenministeriums wiedergegebenen Bericht über den ersten Tag der russischen Besetzung in Danzig eindringlich geschildert:

„Hier im Keller waren ca. 2000 Frauen und Kinder und alte Leute untergebracht. Ein trübes Licht brannte, die Luft war trotz der Entlüftung zum Ersticken. Die dauernden Einschläge brachten uns dem Wahnsinn nahe, aber immer wieder wurde die größte Gefahr abgewendet. ... Wir hofften, die Russen würden es gnädig mit uns machen; aber weit gefehlt! Schon gleich ging es los. Herr Bart stand in der Tür, der erste Russe riss ihm gleich die Uhr aus der Weste. Ein Wagen, mit Teppichen ausgelegt, fuhr bis glatt vor die Tür, vier russische Offiziere stiegen aus und verlangten von uns zu trinken, aber nur Wasser; Kaffee oder Tee lehnten sie ab aus Angst vor Vergiften. Sie waren höflich und freundlich und teilten auch Zigaretten aus. Herr Bart saß dauernd am Klavier und spielte mit bebenden Händen alles Russische, was ihm einfiel, aber das war vor Angst sehr wenig. Wir nähten Knöpfe an, stopften Risse an der Uniform, während die Offiziere ruhten. Das war unser Schutz, die Soldaten, die plündern wollten, verschwanden beim Anblick der Offiziere."

Und weiter berichtet Klara Seidler: „Bei Dunkelheit fuhren die Offiziere fort, und nun waren wir geliefert. In Rotten von fünf bis zehn Mann kamen jetzt die Soldaten plündern und schänden. Nun ging es nur ‚Uri, Uri' und ‚Frau, komm' . Wir saßen bei einer Kerze zusammen. Ich hatte Binge Bart, ein strammes Mädel von dreizehn Jahren, auf dem Schoß, hatte ihr die Haare in steife Zöpfe geflochten und ihr angesagt, recht kindisch zu tun. Das schützte mich etwas. Frau F., eine große Blondine, musste dem Ruf unter Püffen folgen und musste sich von sechs Soldaten missbrauchen lassen. Wir krochen mit sechs Personen in die zwei Betten und zitterten und bebten. Aber erst, als neuer Beschuss auf die Altstadt eintrat, hatten wir ein paar Stunden Ruhe. Wir liefen nun mit brennenden Sohlen und suchten Unterkunft. Nirgends ein Fleckchen für uns. Überall Vernichtung und Feuer. Stundenlang irrten wir umher in dem Grauen. Schließlich fanden wir in der Hökergasse neben einem großen Abwehrgeschütz noch zwei Häuser, wo wir uns verkrochen. Aber unser Elend wurde noch größer. Die zweite Garnitur Russen war jetzt losgelassen, keine Frau wurde verschont. Vor den Augen der Männer, die mit der Maschinenpistole in Schach gehalten wurden, wurden die Frauen vergewaltigt. Wir versteckten uns, sie fanden uns doch. Ein vielleicht 18 bis 19-Jähriger hatte es auf mich abgesehen. Mit einer Flasche Wein bewaffnet, zwang er mich in eine Telefonzelle. Ich sagte: ‚Alte Großmama ganz schrumplig.' Nun rief er immer: ‚Großmama muss ... .' Eine junge Frau mit drei kleinen Kindern wollte noch schnell im Keller nebenbei verschwinden, als die Horde sie überwältigte. Die Kinder riefen: ‚Mutti, Muttilein!' Da nahm der eine Russe die Kinder und schlug sie an die Mauer. Das Knirschen vergesse ich mein Leben lang nicht. Dann nahm der nächste die Frau vor. Sie kroch nachher in die Mottlau, denn gehen, aufrechthalten konnte sie sich nicht mehr ..."

Gegen das Vergessen! Das wird uns jeden Tag und jede Woche aufs Neue eingebläut, wenn es sich um die Verbrechen Hitlers handelt. Sollen wir die Kriegsverbrechen der Russen und ihrer Soldaten an deutschen Opfern, unseren eigenen Eltern, Großeltern und Verwandten, an ungezählten anderen deutschen Frauen und unschuldigen Mädchen vergessen? Ein sozusagen selektives Vergessen üben?

Die Kolumne: Zwei streitbare Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen, immer exklusiv in der *PAZ*. „Moment mal", fordert Journalisten-Legende Klaus Rainer Röhl. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Der Autor: Bekannt wurde Klaus Rainer Röhl als Herausgeber der linken Zeitschrift »Konkret«. Vom Parteigänger der Kommunisten wandelte er sich zum engagierten und vielbeachteten Kritiker der 68er und ihrer Nachwirkungen. Röhl wurde 1928 in Danzig geboren und lebt heute in Köln.

Da liegt Musike drin

Die Festspielsaison steht in den Startlöchern – Festspiele Mecklenburg-Vorpommern feiern 25. Jubiläum

In der Natur von Festspielen liegt es, sich immer wieder neu zu erfinden. Konkret heißt das, das Publikum mit immer wieder anderen, ungewöhnlichen, ausgefallenen Ideen, Spielstätten und Künstlern zu überraschen und dadurch sein Interesse aufrecht zu erhalten. Mit dem Musikfest Rügen geben die sommerlichen Festspiele Mecklenburg-Vorpommern ein frühlingshaftes Präludium vom 13. bis 22. März.

Dazu wagt man im Jubiläumsjahr der Festspiele Mecklenburg-Vorpommern (MV) einen weiten Blick auf das Konzertleben von morgen und übermorgen. Mit dem „Pavillon der Zukunft“ auf Gut Landsdorf wird auf einer dreitägigen Tour d'Horizon bereits das Jahr 2050 ins Auge gefasst und die Frage nach dessen Konzertleben gestellt (24. bis 26. Juli).

Demgegenüber lädt der „Pavillon 1808“ in Ulrichshusen rückblickend zum Gipfeltreffen von Napoleon, Beethoven, Goethe, Caspar David Friedrich, Humboldt und Kleist ein. Ist das Jahr 1808 doch so reich an Ereignissen und Gehalt, dass sich in ihm eine ganze Epoche zusammendrängt (11. bis 13. September).

Warum gerade im ländlichen Norddeutschland kein Angebot zu ausgefallen sein kann – Mecklenburg-Vorpommern ist mit 69 Einwohnern pro Quadratkilometer Deutschlands am dünnsten besiedeltes Bundesland –, liegt daran, dass dem Publikum etwas geboten wird, was es anderswo nicht erleben kann. Alles in der bewährten Mischung aus hochkarätigen Künstlern, familiärer Atmosphäre, großer Nähe zu den Akteuren, einzigartigen Spielstätten und immer zahlreicheren und umfangreicheren Begleitprogrammen, deren Entwicklung sich Markus Fein, seit 2014 Intendant der Festspiele MV, besonders auf die Fahnen geschrieben hat.

Christian Kuhnert, Intendant des Schleswig Holstein Musik Festivals (SHMF), der starken „Mutter“ der Festspiele MV, ergänzt: „Die Neugierde des Publikums begeistert uns jedes Jahr aufs Neue. Es gibt keine Vorurteile, keine vorgebildete Meinung, sondern man lässt sich auf etwas ein und daraus entwickelt sich dann die Begeisterungsfähigkeit im Moment des Konzertes. Uns ist wichtig, dass wir eine musikalische Bürgerbewegung sind. Wir wollen so viele Menschen wie möglich mitnehmen, egal aus welchem kulturellen Hintergrund sie kommen, und für die Musik mit Schwerpunkt Klassik begeistern. Festivals tun sich da anscheinend im Moment leichter. Sie liegen offensichtlich im Trend.“

Eine Aussage, die sich auf den Abkömmling im Nachbarland eins zu eins übertragen lässt. Dafür sprechen die Zahlen: Mehr als 80 000 Menschen besuchten 2014 dessen rund 150 Veranstaltungen und bescherten den Festspielen MV damit ein Rekordjahr. Allein die 127 Veranstaltungen der Sommersaison zählten mehr als 73 000 Besucher. Damit konnten die Festspiele MV ihren dritten Platz – nach dem Schleswig-Holstein und Rheingau Musikfestival – im Wettstreit von Deutschlands größten Klassikfestivals mit Bravour behaupten.

Festivals kooperieren miteinander

Bereits kurz nach der Gründung des SHMF im Jahr 1986 liebäugelte dessen Mitgründer Matthias von Hülsen mit einem ähnlichen Festival im Nachbarland. Den Überlegungen folgten Taten: Fünf Jahre später rief von Hülsen die Festspiele MV ins Leben. Eine Konkurrenzsituation mit dem SHMF entstand nicht. „Im Gegenteil“, sagt Markus Fein, „mit dem SHMF befinden wir uns nicht nur im freundschaftlichen Austausch, sondern kooperieren auch miteinander: 2014 gastierte unser Preisträger in Residence Igor Levit beim SHMF, während bei uns die SHMF-Residence-Künstlerin Sol Gabetta auftrat. 2015 ist das SHMF mit Ulrich Tukur bei uns zu Gast, während wir dort unseren Preisträger, den Bratscher Nils Mönkemeyer, präsentieren.“

Das Gründungskonzert der Festspiele MV, die sich damals noch „Musikfest in Mecklenburg und Vorpommern“ nannten, weil es das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern noch nicht gab, fand am 13. Mai 1990 im Staatstheater Schwerin statt. Unter den Künstlern waren der damalige DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière an der Bratsche und der Pianist Justus Frantz. Am 7. Juli 1990 wurde dann im Greifswalder Dom die erste Saison mit 27 Konzerten eröffnet.



Kammerkonzert ohne Dach: Aufführung in der Ruine „Wüste Kirche“ bei Ulrichshusen Bild: Festspiele MV

Zu diesem Zeitpunkt war das Projekt noch ein „deutsch-deutsches“ Unternehmen. Das Startkapital wurde durch drei Großsponsoren aufgebracht, die je eine Million D-Mark beisteuerten. Außerdem gab es Unterstützung vom Ministerium für Kultur der DDR und vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. 2015 umfasst der Etat 4,4 Millionen Euro, 48 Prozent aus Karteneinnahmen, 44 Prozent Sponsorengelder und acht Prozent öffentliche Förderung.

Um die Qualität und insbesondere die Nachwuchsförderung langfristig zu sichern, wurde im Mai 2010 die Festspiele Mecklenburg-Vorpommern-Stiftung gegründet. Dank über 170 privaten Stiftern und einem einmaligen Zuschuss des Landes Mecklenburg-Vorpommern von einer Million Euro beläuft sich das Stiftungskapital derzeit auf 2,2 Millionen Euro.

Damit können die Festspiele MV relativ sorgenfrei nicht nur ins Jubiläumsjahr starten. Im Vorprogramm steht der vierte Festspielfrühling auf der Insel Rügen (13. bis 22. März). Zu 124 Veranstaltungen an 78 Spielstätten im ganzen Land lädt die Sommersaison ein (20. Juni bis 19. September) sowie zum Konzert-Reigen im Advent in Stolpe und Ulrichshusen (4. bis 20. Dezember).

Publikumsmagnet sind seit Jahren die Picknick-Konzerte auf dem Landgestüt Redefin. 2015 punkten sie zusätzlich mit Weltstars: Daniel Hope (27. Juni), Joshua Bell (18. Juli) und Anne-Sophie Mutter (5. September). Dennoch kein Ort für jedermann. Als der Dirigent Andris Nelsons 2012 erkrankte und am Einsatztag selbst noch ersetzt werden musste, gelang es Matthias von Hülsen zwar kurzfristig Michael Seal zu verpflichten. Doch dieser hatte eine Pferdehaarallergie. Mit Medikamenten konnte er sie glücklicherweise bezähmen.

Weitere Höhepunkte sind die Freiluftveranstaltung im Park des frisch renovierten Schlosses Bothmer in Klütz (29. August), die 18 Konzerte des französischen Streichquartetts Quatuor Ebène, vom Brahms Zyklus über Jazz bis zur Film- und Folkmusik, und die ganztägige Jubiläumsgala in Ulrichshusen, auf der erstmalig ein Festspielorchester aus Preisträgern und befreundeten Musikern unter Leitung von Christoph Eschenbach spielt (5. Juli).

Der Ort ist nicht zufällig gewählt. Dank des Besitzers Helmuth von Maltzahn entwickelte sich mit Ulrichshusen ein zentraler Spielort, der von Yehudi Menuhin am 6. August 1994 eingeweiht worden war. Zu den Säulen der Festspiele gehört auch die 1995 gegründete Reihe „Junge Elite“, woraus sich inzwischen eine einmalige Künstlerfamilie aus Preisträgern entwickelt hat, die den Festspielen die Treue halten. *Helga Schnehagen*

Der andere Kleist

»Frühlings«-Dichter und Offizier – Ewald Christian von Kleist

Kleist? Na, klar, den kennt doch jeder: Autor des „Zerbrochenen Krugs“, tragisches Ende am Berliner Wannsee, als er sich und seine Geliebte erschoss – alles bekannt. Doch noch ehe jemand von Heinrich von Kleist wusste, gab es im 18. Jahrhundert einen anderen Kleist, der als Dichter mit einem ähnlich tragischen Schicksal von sich reden machte: Ewald Christian von Kleist. Er war der Großonkel Heinrich von Kleists und wurde vor 300 Jahren auf Schloss Zeblin in Hinterpommern geboren. Als Geburtstag wird der 7. März 1715 vermutet.

Der Sohn eines verschuldeten Adeligen, der in Deutsch-Krone und Danzig zur Schule ging, in Königsberg studierte, ehe ihn die Geldnot als Offizier erst in die dänische, dann in die preußische Armee zwang, erregte als Dichter empfindsamer Oden, Fabeln und Sinngedichten die Aufmerksamkeit seiner Zeitgenossen. In Gotthold Ephraim Lessing fand er einen Freund und Fürsprecher auch für die Kunst des Hexameters. Das griechische Versmaß mit seinen sechs Daktylen (auf eine betonte folgen zwei unbetonte Silben, beim sechsten Daktylus fehlt die Endsilbe), das Klopstock mit seinem „Messias“ in die deutsche Literatur eingeführt hat, prägt auch Kleists Hauptwerk „Der Frühling“.

„Empfangt mich heilige Schatten! Ihr Wohnungen süsser Entzückung“, startet dieses Riesengedicht von über 400 Verszeilen, mit dem Kleist zum Urtyp der Epoche der Empfindsamkeit wurde. Hatte die Poesie früherer Dichtergenerationen zumeist beschreibenden

Vorbild für Lessings Major von Tellheim

Charakter, wie Lessing in seiner kunstkritischen Abhandlung „Laokoon“ darlegte, so spricht bei Kleist der „Frühling“ selbst. Die Rolle des Subjekts hat sich weg vom Dichter-Ich hin zum dichterischen Gegenstand verlagert.

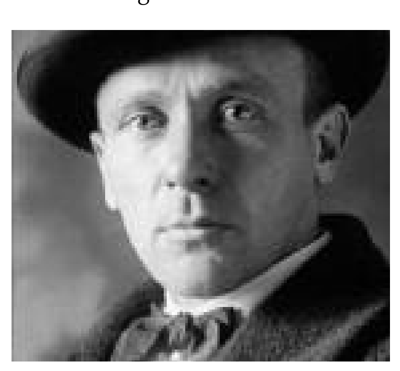
Mit seinem 1749 erstmals erschienenen und in mehreren Sprachen übersetzten „Frühling“ war Kleist in aller Munde. Leben konnte er von seinen wenigen dichterischen Ergüssen nicht. Wegen Geldmangels diente er weiter in der Armee, da er dort aber nicht befördert wurde, konnte er aus finanziellen Gründen auch nicht die Heirat mit seiner Verlobten Wilhelmine von der Goltz eingehen. Dieses Schicksal inspirierte wiederum Lessing zu seinem Lustspiel „Minna von Barnhelm“, in dem der männliche Held, Major von Tellheim, Kleistsche Züge trägt. Ähnlich wie Kleist kehrt der Major an der Hand verkrüppelt aus dem Siebenjährigen Krieg heim und ist zwischen ökonomischen Zwängen und Liebesglück hin- und hergerissen.

Anders als bei Lessing endet bei Kleist aber alles tragisch. Erst verliert er seine Verlobte durch eine Verwandtenintrige, dann schließlich früh sein Leben nach der Schlacht bei Kunersdorf. Am 24. August 1759 erliegt er seinen Verletzungen in Frankfurt an der Oder, also in jener Stadt, wo sein berühmterer Großneffe Heinrich 18 Jahre später zur Welt kommen wird. Nahe Frankfurts Dammvorstadt wurde Ewald von Kleist zu Ehren 1891 ein Aussichtsturm errichtet, der im Zweiten Weltkrieg allerdings zerstört wurde. Als modernes Bauwerk soll er aber bald wiedererstehen. *Harald Tews*

Groteske Typen

Bulgakow kritisierte indirekt Sowjet-Ära

Jeden Mittwochabend lädt das Bulgakow-Museum in Moskau mit wechselnden Veranstaltungen dazu ein, in das Werk des bekannten russischen Schriftstellers einzutauchen. Die aktuelle literarische Exkursion lockt mit dem Titel „Die Untermieter – Imaginäre Nachbarn Michail Bulgakows“.



Michail Bulgakow Bild: Archiv

Auch 75 Jahre nach seinem Tod am 10. März 1940 in Moskau, erfreut Bulgakow sich großer Beliebtheit. Der am 3. Mai 1891 in Kiew Geborene schrieb den Großteil seiner Werke in den 1920er Jahren. Nicht nur der rote Terror, den er in seiner Geburtstadt erlebte, fand Ausdruck in seinen Prosastücken, sondern er nahm auch die typischen Erscheinungen der kommunistischen Politik ins Visier: Spekulation, Wohnungsnot, heruntergekommene Aristokraten sowie die hilflosen kulturellen Anstrengungen der Sowjetmacht fanden in übertriebener, verfremdender Sicht, teils in grotesker Verzerrung Niederschlag in seinen zahlreichen Prosastücken, Skizzen, Satiren und Feuilletons.

Bulgakow gilt als einer der großen Satiriker der russischen Literatur. Zu seinen Meisterwerken zählt die Erzählung „Hundeherz“ (1925), in der er in Gogols grotesker Manier Gesellschaftskritik übt. Das Werk wurde erst 1987 in der Sowjetunion publiziert. Bulgakows bekanntestes Werk ist der Roman „Meister und Margarita“, eine satirisch-groteske Version des Faustmotivs, den er ab 1928 bis 1940 schrieb. Die Ereignisse des Romans spielen in der Wohnung, in der der Schriftsteller damals lebte. Sie war wie alle Kommunalwohnungen der Sowjetzeit, die lange Korridore, Gemeinschaftsküchen und kein Bad hatten. Nachdem „Meister und Margarita“ Weltrang erreicht hatte, wurde die Wohnung in der „Bolschaja sadowaja 10“, in der sich heute das Museum befindet, zum Pilgerort. *M. Rosenthal-Kappi*

Zum Tod von Fritz J. Raddatz

Die Feuilletons sind voll mit Nachrufen auf den Literaturkritiker Fritz Joachim Raddatz, der am 26. Februar in Zürich den Freitod gewählt hat. Doch sie blenden die dunklen Seiten seines Lebens aus, zumal in den Zeitungen, für die er geschrieben hat.

Raddatz, der 1931 geboren wurde und ursprünglich aus Westberlin stammte, wo er 1949 am Askanischen Gymnasium in Berlin-Tempelhof das Abitur abgelegt hatte, war schon als Schüler frech und aufsässig gewesen. Im Jahr darauf nahm er seinen Wohnsitz in Ostberlin, um an der Humboldt-Universität Germanistik zu studieren. Seinen Lebensstil als Dandy, der teure Anzüge und gutes Essen liebte, führte er auch im SED-Staat weiter, wo er rasch Karriere machte. Noch als Student und Jahre vor der Promotion über Johann Gottfried Herder wurde er Lektor im FDGB-Verlag „Volk und Welt“, wo er die Schriften Kurt Tucholskys herausgab. Gleichzeitig aber, die Grenzen waren noch offen, fuhr er ständig nach Westberlin, um sich Westzeitungen und antikommunistische Literatur zu besorgen.

Nach dem Tod des Vaters 1946 wurde ihm der SED-Pfarrer Hans-Joachim Mund als Vormund vermittelt, der sowohl bei der Evangelischen Kirche wie auch beim SED-Politbüro vollstes Vertrauen genoss. Er bekam 1950 die Aufgabe zugewiesen, als Gefängnispfarrer die neun Strafanstalten für politische Gefangene zu besuchen, wo er auch die Beichte abnehmen und unter vier Augen mit den Eingesperrten sprechen durfte. Sein Zögling Fritz durfte

Seine Schludrigkeit kostete ihn den Job

den Pflegevater begleiten und erfuhr „vom Würge-Elend der Eingekerkerten, der Not, dem Hunger, den Epidemien und dem Tod der politischen Gefangenen“. Solche Erfahrungen prägten ihn fürs Leben: Er flüchtete 1958 nach Westberlin, als die Häscher der „Staatssicherheit“ schon vor dem Verlag auf ihn warteten. Sein Ziehvater kam ein Jahr später. In seinem Erinnerungsbuch „Unruhestifter“ (2003) kann man das alles nachlesen.

Bevor er 1976 für neun Jahre als Redakteur zur Wochenzeitung „Die Zeit“ ging, habilitierte er sich bei Hans Mayer in Hannover mit einem umfangreichen Werk zur DDR-Literatur „Traditionen und Tendenzen“ (1971), das voller Fehler steckte wie dem, dass der Defa-Regisseur Konrad Wolf der Bruder der Schriftstellerin Christa Wolf wäre. In seiner Rezension des Christa-Wolf-Romans „Kindheitsmuster“ verlegte er Landsberg an der Warthe, den Geburtsort der Autorin, nach Schlesien, wo es auch ein Landsberg gibt, aber das falsche. Schludereien gehörten offensichtlich zu seinem Arbeitsstil. Marion Gräfin Dönhoff warf ihn 1985 aus der Redaktion, weil er eine Goethe-Satire nicht erkannt und geschrieben hatte, der Weimarer Altmeister hätte noch den Bau des Frankfurter Hauptbahnhofs erlebt.

Mit seiner Biografie über „Karl Marx“ (1975) hatte er es sich auch mit der DDR-Geschichtsschreibung verdorben. So hatte er genüsslich erwähnt, dass der heilige Karl mit seiner Haushälterin Lenchen Demuth ein Verhältnis und ein uneheliches Kind hatte. Das wurde ihm nicht verziehen, und Wolfgang Harich verriss das Buch.

Die beiden umfangreichen Tagebuchbände 1982/2012, die 2010 und 2014 erschienen, sind sein wahrer Nachlass und eine Fundgrube für die Literaturgeschichtsschreibung. *Jörg B. Bilke*

Diskriminiert über Stalins Tod hinaus

Erst mehr als zwei Jahrzehnte nach ihrer Deportation wurden die Russlanddeutschen politisch rehabilitiert

Bis zur Eroberung Ost- und Mitteldeutschlands durch die Rote Armee vor 70 Jahren waren von den Deutschen neben den Kriegsgefangenen vor allem die Russlanddeutschen zu Opfern von Josef Stalins Terror geworden. Ab 1941 wurden sie „repressiert“, so der seit 1991 in Russland verwendete Sprachgebrauch für die brutalen Zwangsumsiedelungen. Von allen Völkern und Volksgruppen waren die Russlanddeutschen dann die letzte Ethnie, der man die Rückkehr an ihre alten Siedlungsplätze gestattete.

Die Vorfahren der Russlanddeutschen hatten sich einst, dem Ruf Katharinas II. (1729–1796; Zarin ab 1762) folgend, in zwei großen Siedlerwellen an der Wolga, in der Ukraine, in Bessarabien, auf der Krim, am Schwarzen Meer, später in „Tochtersiedlungen“ im Kaukasus sowie im westsibirischen Altaj niedergelassen. Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatten sie alle einst von der Zarin eingeräumten und bis zum „Zar-Befreier“ Alexander II. (1818–1881; Zar ab 1855) stets erneuerten Glaubens-, Steuer- und Rechtsprivilegien eingebüßt. Nach der Kriegserklärung Adolf Hitlers verbannte sie Stalin unter dem Vorwurf der „Spionage- und Zersetzungsarbeit für das Deutsche Reich“ in den asiatisch-sibirischen Raum, wo sie in der „Arbeitsarmee“ ein unsägliches Dasein in militarisierter Zwangsarbeit zu fristen hatten. Obwohl die 1941 gegen sie erhobenen Beschuldigungen in 1955 und 1964 erlassenen Dekreten weitgehend für null und nichtig erklärt worden waren, kam es nicht wieder zur Wiederherstellung eines autonomen Gemeinwesens für die Russlanddeutschen. Sie harrten vielmehr dort aus, wo sie auch nach Nikita Chruschtschows Verdammung Stalins auf dem XX. Parteitag 1956 bleiben mussten und sich mehr recht als schlecht eingerichtet hatten; sodann verließen sie nach und nach die Nachfolgestaaten der Sowjetunion in Richtung Deutschland.

Am 30. August 1941 hatten alle in der „Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen“ (ASSRdW) sowie in den anderen Siedlungsgebieten der Russlanddeutschen gängigen Zeitungen auf den Titelseiten den Wortlaut eines Dokuments abgedruckt, das für alle Russlanddeutschen im europäischen Teil der Sowjetunion den Verlust der Heimat, für viele von ihnen auch des Lebens bedeuten sollte. Es handelte sich um einen zwei Tage zuvor von Stalin unterzeichneten Ukas, den „Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR“, der die „Umsiedlung“ der volksdeutschen Bevölkerung verfügte. Unter diesen Deutschen, hieß es in dem Ukas, gebe es Zehntausende Diversanten und Spione, die auf ein Zeichen aus dem Deutschen Reich hin Bombenexplosionen auslösen sollten. Die Sowjetdeutschen würden auch Feinden des Sowjetvolkes und der Sowjetmacht Unterschlupf gewähren. Aus diesen Gründen sei die Sowjetmacht gezwungen, Strafmaßnahmen anzuwenden und die gesamte deutsche Bevölkerung umzusiedeln.

Der Erlass war psychologisch sorgfältig vorbereitet, seine Ausführung generalstabsmäßig geplant. So hatte etwa der sowjetische Geheimdienst NKWD (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) zuvor grobe Provokationen inszeniert. Im August 1941 setzte man Fallschirmspringer in deutscher Uniform in den wolgadeutschen Dörfern ab. Wer sie aufnahm, wurde standrechtlich erschossen. Erste Zwangsumsiedlungen und Erschießungen gab es bereits wenige Tage nach Beginn des „Unternehmens Barbarossa“. Die massenhafte Zwangsumsiedlung der Wolgadeutschen begann am 2. September 1941 und war gut zwei Wochen später abgeschlossen. In die verlassenen Dörfer verfügte die Sowjetmacht russische, ukrainische, weißrussische und jüdische Familien, die aus den aufgrund des Hitler-Stalin-Pakts von 1939 der Sowjetunion anheimgefallenen Gebieten zwischen Baltikum und Schwarzmeer vor der vordringenden Wehrmacht gen Osten geflohen waren. Sie fanden bisweilen halbvolle Teller, gedeckte Tische und seit Tagen nicht mehr gefüttertes Vieh vor. Die ASSRdWD wurde per Dekret des Obersten Sowjet am 7. September 1941 aufgelöst und ist, manchen Anstrengungen zum Trotz, auch im nachsowjetischen Russland nicht wieder errichtet worden. Boris Jelzin ermunterte als Präsident zunächst nichtrussische Nationalitäten, sich „innerhalb Russlands so viel Souveränität zu nehmen wie möglich“, erteilte aber bei einem Besuch in Saratow – trotz eines vorherigen deutsch-russischen Protokolls der Wiedererrichtung bei finanzieller Alimentierung aus Berlin – einer Autonomie der Wolgadeutschen eine deutliche Absage.



Leben wie vor 100 Jahren: Menschen auf einer Dorfstraße im deutschen Rajon Asowo in Westsibirien im Jahr 1998 Bild: SZ

Nach der Deportation 1941 waren die deutschen Dörfer und Siedlungen mit russischen Namen versehen, die Denkmäler und Friedhöfe zerstört worden. Für Medien, Statistiken, Geschichtsbücher und Lexika waren jegliche Angaben über die deutsche Minderheit tabu. Die Deutschen, einst als diszipliniert, fleißig, gewissenhaft und tolerant gepriesen, wurden nun als Verräter, Spione, Helfershelfer Hitlers und Feinde des Sowjetvolkes verteufelt. Die „gemeinen Kränkungen“, die Beschimpfung der „Fritze“ oder „Faschisten“ waren für die meisten Russlanddeutschen so wenig erträglich wie die körperlichen Qualen in den Lagern. In den Verbannungsorten fanden sie sich bald schon in Gesellschaft mit anderen „Repressierten“. Im November 1943 ließ Stalin die Karatschajer deportieren, im Dezember die Kalmücken, im März 1944 die Tschetschenen und Inguschen, im April desselben Jahres die Balkaren und im Mai 1944 dann die Krimtataren. Millionen Menschen verschwanden im asiatischen Teil der Sowjetunion, ohne dass die sowjetische Öffentlichkeit etwas davon erfuhr. Erst im Juni 1946 veröffentlichte die damalige Regierungszeitung „Iswestija“ den Ukas über die Auflösung der nationalen Republiken der Tschetschenen, Inguschen und Krimtataren wegen „Kollaboration mit dem deutschen Feind“.

Das Lagerregime für die Deutschen und damit verbunden der Dienst in der „Arbeitsarmee“ wurde im Januar 1946 aufgehoben. In seiner „Geheimrede“ 1956 rehabilitierte Chruschtschow alle zwangsumgesiedelten Völker, bis auf zwei: die Deutschen und die Krimtataren. Politisch rehabilitiert wurden die Deutschen am 29. August 1964, mehr als zwei Jahrzehnte nach der Zwangsumsiedlung. Seitdem hatten sie sich um die Wiederherstellung ihrer autonomen Republik bemüht. 1973 erhielten sie zwar das Recht, sich im Gebiet der früheren Wolgarepublik anzusiedeln. Doch in großer Zahl zurückkehren konnten sie nicht: In ihren Häusern wohnten andere. Wer sich dennoch an der Wolga niederließ, erlebte Kränkungen, Schikane und Feindschaft. Einige Deutsche zogen in das Königsberger Gebiet. Doch auch dort fühlten sie sich nicht zu Hause und suchten alsbald den Weg gen Bundesrepublik.

Längst ist der Kampf um die Wolgarepublik aufgegeben. Auch deutsche Investitionen in Höhe von damals fast einer Milliarde Mark für den Bau von Siedlungen in Westsibirien, wo zwei „autonome deutsche Rayons“ (Bezirke) entstanden, in denen Deutsche aus den Gebieten Karaganda, Barnaul, Omsk, dem Ural sowie aus Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan „kompakt“ leben sollten, konnten die Aussiedlung nicht unterbinden. Für die meisten Bewohner waren die auf grünen Wiesen errichteten Dörfer nur eine Zwischenstation auf ihrem Zug gen Westen. Wer eben konnte beziehungsweise kann, übersiedelt beziehungsweise übersiedelte in die Bundesrepublik.

Mehr als 2,3 Millionen Russlanddeutsche leben bereits als Aussiedler in der Heimat ihrer Vorfahren. Die jetzt noch kommen, sind solche, die sich längst den deutschen Eingliederungsschein im Verwaltungsverfahren beschafft hatten, aber – weil es ihnen an ihren bisherigen Wohnstätten „relativ gut“ ging – geblieben waren, es nun aber offenkundig vorziehen, aufgrund der sich verdüsternden ökonomischen Lage und verschlechternden Ost-West-Beziehungen sich doch „ins sichere Deutschland“ aufzumachen. Wo sie mancherorts nicht willkommen sind – und nicht selten „Russen“ geheißen werden, was sie schmerzt.

Reiner Liesing

Der NDL-Dampfer endete als Lazarettschiff

Die Versenkung der »Robert Möhring« im Hafen von Saßnitz durch die RAF kostete 353 Verwundete und Flüchtlinge das Leben

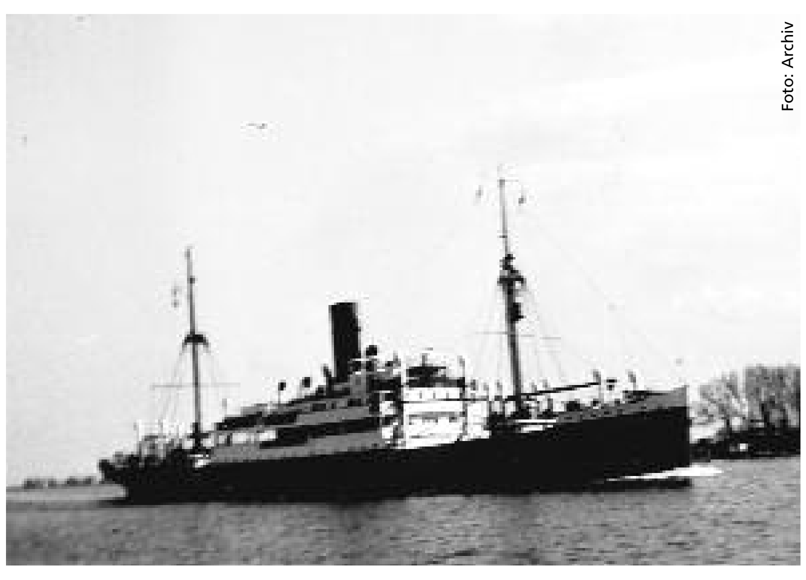
Mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939 waren die weißen Schiffe des „Seedienstes Ostpreußen“ aus der regulären Fahrt genommen und als Minenleger eingesetzt worden. Der Seedienstgedanke aber sollte weiterleben und so wurde neben dem Frachter „Brake“ auch die „Orotova“ für den Einsatz auf der Linie umgebaut.

Die „Orotova“, ein Schwesterschiff der „Rio Panuco“, der „Rio Bravo“ und der „Arucas“, war im Mai 1927 bei der Germaniawerft in Kiel vom Stapel gelaufen. Noch im selben Monat startete das vom Norddeutschen Lloyd (NDL) in Auftrag gegebene 97,39 Meter lange, 14,25 Meter breite, mit 3337 Bruttoregistertonnen vermessene und 12,5 Knoten schnelle Passagierschiff von Bremen aus zu seiner Jungfernfahrt zu den Kanarischen Inseln, auf denen auch die etwa 30 Kilometer westsüdwestlich von Santa Cruz de Tenerife und nordöstlich von Arona liegende Stadt La Orotava zu finden ist. Nach dem Umbau konnte das ursprünglich für 50 Erste-Klasse-Passagiere konzipierte Schiff 500 Deckpassagiere transportieren. Es wurde nun überwiegend zwischen Swinemünde und Pillau eingesetzt. Nach weiteren Umbauarbeiten erfolgte am 11. Mai 1940 die Umbenennung in „Robert Möhring“.

Im Mai 1942 verkehrte die „Robert Möhring“ mit der „Brake“ je einmal wöchentlich auf der Strekke Danzig–Neufahrwasser–Pillau–Memel–Libau–Riga. Bald fuhren die Transporter weiter bis Helsinki, Kotka und Reval. Sie eigneten sich mit den nachträglich eingebauten Kammern besonders gut für diese Aufgabe, galt es doch zunehmend, Urlauber und Heeresgut zu transportieren. Mehr als einmal wurden die Schiffe von Flugzeugen und U-Booten angegriffen.

Im August 1944 wurden beide Dampfer der Kriegsmarine unterstellt. Ende Januar 1945 brachte die „Robert Möhring“ 532 Verwundete nach Swinemünde. Ein paar Tage später war der Verwundetentransporter wieder nach Libau unterwegs.

Am 26. Februar lief der Dampfer Pillau an. Kaum hatte die Besatzung das Fallreep freigegeben, als auch schon der Sturm auf das Schiff einsetzte. Jeder wollte mit,



Der letzte Liegeplatz brachte kein Glück: Die „Robert Möhring“ Foto: Archiv

koste es, was es wolle. Mit 737 Leicht- und Schwerverwundeten, dazu kamen Flüchtlinge, die sich an Deck im Schutz der Aufbauten niedergelassen hatten, verließ die „Robert Möhring“ den Hafen.

Swinemünde war überlastet und kam als Anlaufplatz nicht mehr in Betracht. So war bereits Mitte Februar 1945 Saßnitz zum Ausweichhafen für Flüchtlingsschiffe bestimmt worden. Doch auch dort sah die Lage schlecht aus. Auf der Reede lagen große vormalige Passagierdampfer und warteten darauf, ihre Passagiere abzugeben.

Die „Robert Möhring“ erhielt einen Platz im Hafen, im Fährbett 1, ein Glücksfall, so sah es zunächst aus. Auf dem Bahnhofsgelände standen über 20 Lazarettzüge, alle waren belegt, keiner fuhr ab, die Strecke war blockiert. So konnten die Verwundeten nur langsam ausgeladen werden. Immer noch lagen 300 in ihren Kojen, als am 6. März die Gruppe Nr. 5 des Royal Air Force Bomber Command mit 191 „Lancaster“-Bombern und sieben Mehrzweckflugzeugen vom Typ „Mosquito“ die Stadt und den Hafen von Saßnitz sowie die auf der Reede liegenden Schiffe angriffen. Dabei warfen die Maschinen 173 Tonnen Bomben, darunter 4,8 Tonnen Brandbomben und Luftminen auf die Reede. Zwei Bomben trafen den Zerstörer „Z 28“. Er brach daraufhin auseinander und sank schnell. Von der Besatzung fielen 150 Mann. Der zum Flakschiff umgebaute Dampfer „Sofia“ und mehrere kleinere Fahrzeuge wurden getroffen und sanken ebenfalls. Die Schiffe „Potsdam“, „Pitea“ und „Pretoria“ hatten zum Zeitpunkt des Angriffs keine Flüchtlinge mehr an Bord, waren bereits seit den Abendstunden seeklar und konnten daher bei Angriffsbeginn das Seegebiet noch verlassen.

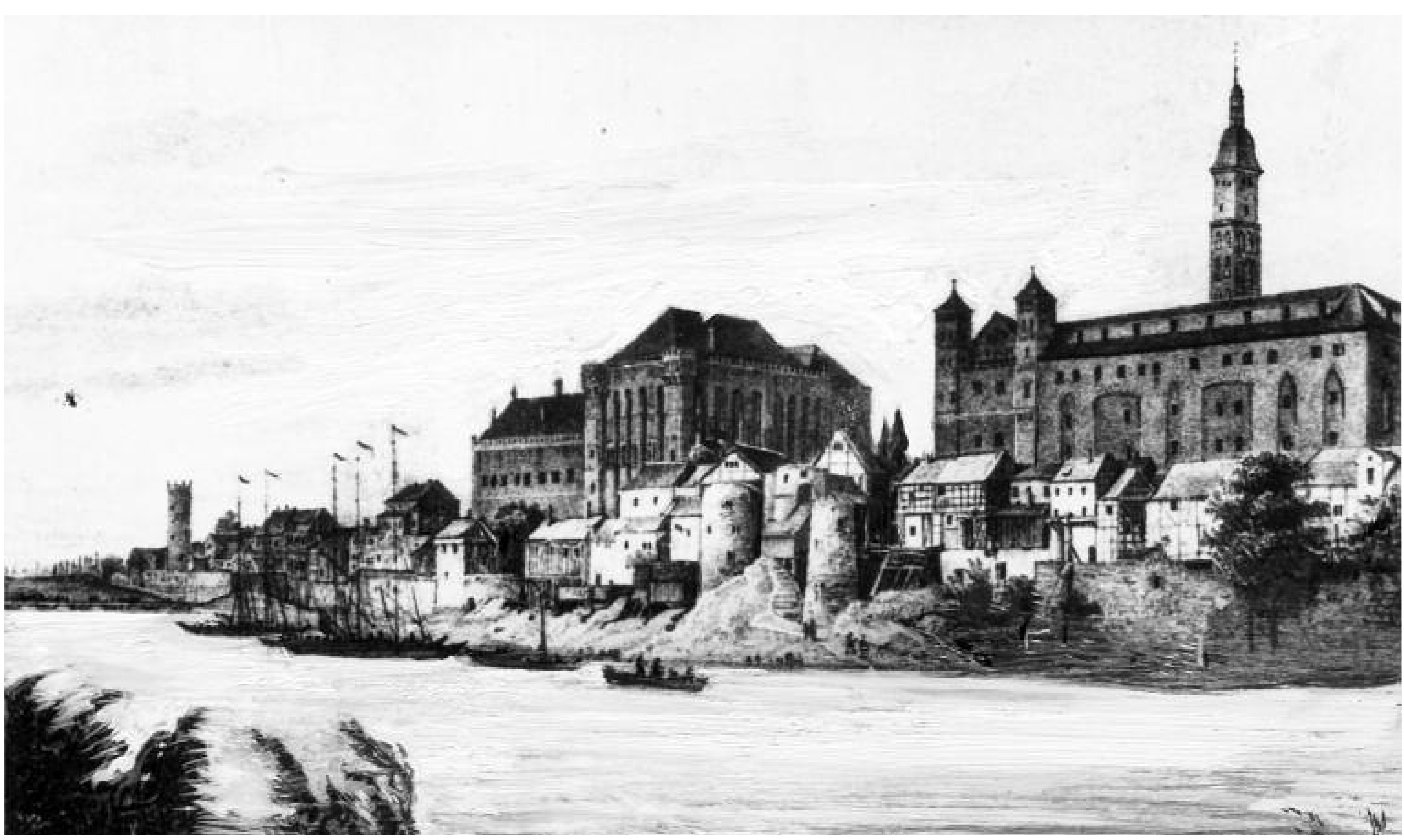
Getroffen wurde aber die am Kai liegende „Robert Möhring“. Sie wurde durch zwei Bomben getroffen, fing an zu brennen und sank schließlich. Von den hunderten Verwundeten und Flüchtlingen, die zum Zeitpunkt des Angriffs an Bord waren, konnten sich 353 Menschen nicht mehr von dem brennenden Schiff retten oder geborgen werden. Noch den ganzen nächsten Tag lang brannte das Wrack, bis es schließlich unterging. Der Plan, es mit Hilfe des großen Kriegsmarine-Eisbrechers „Castor“ aus dem Hafen zu schleppen, um Kaifläche freizubekommen, scheiterte. Bevor die „Castor“ in Saßnitz eintraf, lief sie vor Warnemünde auf eine Mine und ging verloren. Das Wrack der „Robert Möhring“, Ex-„Orotova“ wurde nach dem Kriege gehoben und verschrottet.

E.B.

Endkampf auf historischem Boden

Vor 70 Jahren erlagen die deutschen Verteidiger des Brückenkopfes Marienburg an der Nogat der feindlichen Übermacht

Die Marienburg, einst die stolzeste Burg des Deutschen Reiches, war gegen Ende des Zweiten Weltkrieges hart umkämpft und wurde dabei durch das Artilleriefeuer der Angreifer schwer zerstört.



Größter Backsteinbau Europas und im Zweiten Weltkrieg Schauplatz erbitterter Kämpfe: Die Marienburg um 1838 Bild: Archiv

Nachdem die Ritterorden ihre ursprüngliche Bedeutung fast überall verloren hatten, waren es die deutschen Ritter allein, die, ungeduldig so unwürdige Fesseln sprengend, sich unerwartet neue Bahnen hieben und mit Kreuz und Schwert mitten in den nordöstlichen Wildnissen ein neues Deutschland eroberten, ohne dessen christliche Vormauer der ganze Norden Europas eine andere, jetzt kaum mehr berechenbare, geistige Gestaltung genommen hätte. Und dieses Ordens-Haupthaus, die Marienburg, war jahrzehntelang der Mittelpunkt jenes welthistorischen Ereignisses, romantisiert Joseph Freiherr von Eichendorff, der durch einen literarischen Fingerzeig auf die Wiederherrichtung dieser mittelalterlichen Wehranlage im vorigen Jahrhundert hinwies. Bot das 19. Jahrhundert Gelegenheit zur Restaurierung der Marienburg, wurde die Burganlage im 20. Jahrhundert wieder in den Strudel der abendländischen Auseinandersetzung gerissen.

Am 26. Januar 1945 versuchten sowjetische Streitkräfte, mit Panzern in das Stadtzentrum von Marienburg vorzustoßen, um den deutschen Brückenkopf zu überrollen und sich der intakten Nogatbrücken zu bemächtigen. Auch in den folgenden Tagen wurden diese Vorstöße der Belagerer durch den massiven Einsatz von Panzerfäusten auf Seiten der deutschen Verteidiger vereitelt. Aufgrund der die Straßen versperrenden Panzerwracks blieben weitere motorisierte Angriffe aus, doch wurde die Innenstadt vom weit überlegenen Feind durchsickert. Während sich ein Großteil der deutschen Verteidiger am 27. Januar über die Nogat zurückzog, formierte sich unter Major Karl Mickley die „Kampfgruppe Marienburg“ aus Teilen des Ersatz- und Ausbildungsbataillons 494, des Ersatz- und Ausbildungsbataillons „Feldherrnhalle“ sowie Marineangehörigen und versprengten Heeressoldaten. Die weiteren sechs Wochen würden diese Männer zu einem geschlossenen Kampfverband verschweißen.

Bei allen Widerstandsversuchen wie Ausfällen und gewaltsamer Erkundung schloss sich der Belagerungsring in der zur Festung erklärten Stadt Marienburg immer enger um die Burganlage. Während der Feind über starke Artilleriekräfte und verstärkt herangezogene Scharfschützen verfügte, hatten die Verteidiger nur leichte Infanteriewaffen und Panzerfäuste entgegenzusetzen. In seinem Buch „Marienburg 1945. Kampf um Stadt und Burg“ zeichnet der seinerzeitige Burgkommandant, Oberleutnant Gustav Fieguth, ein authentisches Bild des Geschehens. Er schildert den propagandistischen Symbolwert des Brükkenkopfs. Neben den häufigen Erwähnungen der Lage um die Festung in Verlautbarungen der Wehrmacht und Partei geriet die Schlossanlage als Ort der Erstaufführung des „Durchhaltefilms“ „Kolberg“ in das Interesse der Öffentlichkeit. Natürlich waren sich die Verteidiger selbst dessen bewusst, dass sie sich früher oder später nicht dem sowjetischen Zugriff entziehen können. Fieguth widersetzt sich der Behauptung, dass es falsch gewesen sei, das Baudenkmal in die Kampfhandlungen miteinzubeziehen: Hätte man bereits am 27. Januar 1945 den Brückenkopf aufgegeben, wären die Sowjets frühzeitig in die Danziger Niederung vorgestoßen und hätten den über die Frische Nehrung flüchtenden Ostpreußen den Weg zum rettenden Hafen Danzig abgeschnitten. Zudem sei bekannt gewesen, dass der Feind andernorts Kunstdenkmäler, die unzerstört in dessen Hand gefallen seien, ebenso mutwillig vernichtet habe.

In der Geschichtsschreibung glaubten Polen wie Sowjets, den Einsatz der Artillerie durch die vermeintliche Anwesenheit verbissen kämpfender Einheiten der Waffen-SS beschönigen zu können. Die Kulturverachtung der Zerstörung der Marienstatue an der Schlosskapelle durch einen Sowjetpanzer wollte man zudem mit der angeblichen Explosion deutscher Munitionsvorräte verschleiern. Ungeachtet der leider oft ideologisch untermauerten zeitgeschichtlichen Erörterungen haben die Verteidiger der Marienburg durch ihr hohes Maß an soldatischer Pflichterfüllung, das sie bis zum 9. März 1945 ausharren ließ, Achtung verdient. *E.B.*

»Eine Art Nebensonne zu Bismarck«

Vor 200 Jahren kam Hermann Wagener zur Welt, erster Chefredakteur der »Kreuzzeitung« und zeitweiliger Intimus des Eisernen Kanzlers

Friedrich Wilhelm Hermann Wagener war von 1848 bis 1854 der erste Chefredakteur der bis 1939 bestehenden „Neuen Preußischen Zeitung“, besser bekannt als „Kreuzzeitung“ nach dem Eisernen Kreuz im Titel. Der Vertreter des sozialpolitischen Flügels des preußischen Konservatismus stand lange Zeit an der Seite Otto von Bismarcks, zuletzt als Erster Rat im Preußischen Staatsministerium, bis er aufgrund eines Börsen- und Gründungsschwindels aus dem Amt scheiden musste.

Am 8. März 1815 kam der Brandenburger in Segeletz nahe Neuruppin zur Welt. Er schlug zunächst die juristische Laufbahn ein. Nach einem Studium der Rechtswissenschaften in Berlin war er unter anderem Referendar am Oberlandesgericht in Frankfurt an der Oder und Assessor bei einem Meliorationsprojekt in Westpreußen. Dabei ergaben sich vielfältige Kontakte mit streng konservativ gesinnten Persönlichkeiten wie dem Oberlandesgerichts-Vizepräsidenten Ernst Ludwig von Gerlach (1795–1877) und dem pommerschen Oberpräsidenten Ernst Freiherr Senfft von Pilsach (1795–1882). Erster sorgte schließlich dafür, dass Wagener 1847 zum Oberlandesgerichts- und Konsistorialassessor in Magdeburg avancieren konnte. Dort bekam er sogleich die heikle Disziplinar-Untersuchung gegen den oppositionellen Theologen Lebrecht Uhlich (1799–1872) übertragen, die mit einer Amtsenthebung wegen „grober Verletzung der Kirchenordnung“ endete. Dadurch wiederum fiel Wagener beim neuen, liberalen Kultusminister Graf Maximilian von Schwerin-Putzar (1804–1872) in Ungnade. Der versetzte ihn im März 1848 an das Land- und Stadtgericht Salzwedel.

Dort blieb der Jurist jedoch nur wenige Wochen, weil er dann vom Kreis um von Gerlach den Auftrag erhielt, die „Neue Preußische Zeitung“ ins Leben zu rufen, die als Sprachrohr der christlich-konservativen Anhänger der Monarchie dienen sollte. Wagener wurde auch der erste Chefdakteur des Blattes und konnte nachfolgend eine ganze Reihe bekannter Persönlichkeiten für eine Zusammenarbeit gewinnen, darunter nicht zuletzt Otto von Bismarck (1815–1898). Außerdem zog es ihn nun in die Politik. So gründete er am 3. Juli 1848 den Verein für König und Vaterland, hinter dem in ganz wesentlichem Maße die Redaktion der „Neuen Preußischen Zeitung“ – bald nur noch „Kreuzzeitung“ genannt – stand. So wurde er zu „einer Art Nebensonne zu Bismarck“, wie Theodor Fontane (1819–1898), der ebenfalls eine Zeit lang unter Wagener gearbeitet hatte, später durchaus anerkennend notierte.

> Ein Börsen- und Gründungsschwindel wurde dem Sozialkonservativen zum Verhängnis

Trotzdem aber gab er seinen Chefredakteursposten 1854 auf, um als Anwalt tätig zu werden. Allerdings endete dieses Intermezzo bereits 1856. Da wurde er Abgeordneter der Konservativen Partei. Erst zog er ins Preußische Abgeordnetenhaus ein, später dann in den Norddeutschen beziehungsweise Deutschen Reichstag. Sein Wahlkreis lag in Hinterpommern, wo ihm nun das Gut Dummerwitz gehörte, dessen Kauf er vermittels der Abfindung finanzieren konnte, die er vonseiten der „Kreuzzeitung“ erhalten hatte. Doch damit nicht genug der politischen Aktivitäten. Am 20. September 1861 hob Wagener außerdem noch den Preußischen Volksverein aus der Taufe, den er gemeinsam mit Moritz Karl Henning von Blanckenburg (1815–1888) leitete, der damals zu den engsten Freunden Bismarcks zählte. Deshalb stand der Verein dann auch fest hinter dem neuen preußischen Ministerpräsidenten, als dieser wenig später im Verfassungskonflikt unter Beschuss geriet.

Als Konsequenz berief Bismarck den erzkonservativen Wagener am 29. März 1866 ins Staatsministerium – und zwar gegen den Willen von König Wilhelm I. (1797–1888), dessen Denken nun wieder stärker in liberalen Bahnen kreiste. Wagener sollte dem Ministerpräsidenten bei der Klärung sozialer Fragen assistieren. Dafür hatte er sich nicht zuletzt dadurch prädestiniert, dass er ein 23-bändiges „Staats- und Gesellschaftslexikon“ herausgab. In seiner Eigenschaft als Vortragender Rat beziehungsweise Geheimer Oberregierungsrat versuchte Wagener, Bismarck davon zu überzeugen, seine innenpolitischen Gegner vermittels der Sozialdemokratie zu bekämpfen. Des Weiteren unterstützte er den Ministerpräsidenten und späteren Reichskanzler durch die Ausarbeitung des ersten Entwurfs für eine Arbeiterversicherung. Im Ergebnis all dessen entstand ein Vertrauensverhältnis zwischen Wagener und Bismarck, was letzteren 1872 zu folgenden Zeilen veranlasste: „Sie sind der einzige in meiner Umgebung, mit dem ich rückhaltlos offen mich ausspreche, und wenn ich das nicht mehr kann, so ersticke ich an meiner Galle.“

> »Sie sind der einzige in meiner Umgebung, mit dem ich rückhaltlos offen mich ausspreche«

Aufgrund dieser harmonischen Zusammenarbeit stieg Wagener Anfang 1873 zum Ersten Rat im Staatsministerium auf, womit er theoretisch die Berechtigung besaß, bei Kaiser Wilhelm I. persönlich Vortrag zu halten. Hierzu kam es allerdings nicht mehr, weil am 7. Februar 1873 plötzlich alarmierende Einzelheiten über schwere finanzielle Verfehlungen Wageners an die Öffentlichkeit drangen. Verantwortlich hierfür zeichnete der nationalliberale Abgeordnete Eduard Lasker (1829–1884), der vor dem preußischen Landtag nachwies, dass Wagener an einem höchst dubiosen Aktiengeschäft, nämlich der Gründung der Pommerschen Centralbahn, beteiligt gewesen war, in dessen Verlauf es Scheinkäufe von Wertpapieren gegeben hatte, die dem Zweck dienten, den Aktienkurs in betrügerischer Weise nach oben zu treiben. Daraufhin musste Wagener seinen Hut nehmen. Bismarcks Nachfolger als Ministerpräsident vom 1. Januar bis 9. November 1873, der Graf Albrecht von Roon (1803–1879), entließ ihn im Oktober 1873 ohne Zuerkennung eines Pensionsanspruches, was den Geschassten umso mehr traf, als er in späteren Zivilprozessen noch zu ruinösen Schadenersatzzahlungen von insgesamt 1,8 Millionen Reichsmark verurteilt wurde.

Es spricht für Bismarcks Charakter, dass er versuchte, Wagener wieder finanziell auf die Beine zu helfen. Aber der dankte dies seinem Gönner ausnehmend schlecht, indem er verbreitete, er verfüge über Informationen, deren Bekanntwerden dem Kanzler schweren Schaden zufügen könne – deshalb müsse Bismarck ihn ja wohl unterstützen. Daraufhin gingen nun die meisten bisherigen Weggefährten auf Distanz zu Wagener. So erhielt er nicht einmal mehr eine Einladung zum 25. Jubiläum der „Kreuzzeitung“.

Die restlichen Jahre seines Lebens widmete sich der politisch und menschlich Gescheiterte Projekten wie der Gründung einer Sozialkonservativen Partei. Dabei blieb er jedoch trotz allen Bemühens erfolglos. Hermann Wagener starb am 22. April 1889 in Friedenau bei Berlin.

Wolfgang Kaufmann

Hier kommt der Freidenker ins Spiel

Zum Leserbrief: Mit Demonstrationsverboten erlischt das Licht unserer Kultur (Nr. 8)

Im Zusammenhang mit dem im Leserbrief erwähnten berühmten „Fasson“-Zitat Friedrichs des Großen verweise ich auf die von Georg Borchardt und Erich Murawski herausgegebenen Randbemerkungen des Königs (Podzun/Pallas Verlag, o.J.). Es ging darum, ob katholische Schulen eingerichtet werden sollten, wogegen die Protestanten damals Einspruch erhoben. Die Randbemerkung des Königs lautete folgendermaßen: „Die Religionen müssen alle tolerieret werden und muss der Fiskal nur das Auge darauf haben, dass keine der anderen Abbruch tue, denn hier muss ein jeder nach seiner Façon selig werden.“

Was der König, der bekanntlich Freidenker war, von Religionen hielt, mag dahingestellt sein. Jedenfalls wollte er keine Bevorzugung einer einzelnen und im weiteren Sinne Ruhe im Lande, nachdem 100 Jahre vorher der Dreißigjährige Krieg getobt hatte, der als eine Ursache eben Glaubensstreitigkeiten hatte. Das Zitat stammt aus dem Jahr 1740.

Auch das andere bekannte Zitat aus dem Jahr 1740 vom Moscheenbau (der ja gar nicht zur Debatte stand) geht auf die Intoleranz zurück, indem es streitig war, ob ein Katholik in Frankfurt/Oder das Bürgerrecht erwerben dürfe: „Alle Religionen sind gleich und gut, wenn nur die Leute, die sie bekennen, ehrliche Leute sind, und wenn Türken und Heiden kämen und wollten das Land bevölkern, so wollen wir ihnen Moscheen und Kirchen bauen“.

Allerdings stellt der König hier auf die Persönlichkeit ab und weniger auf die Religionen. Hier kommt also wieder der Freidenker ins Spiel. **Carl Günter Koch, Bingen am Rhein**

Wer im Ukraine-Krieg alles mitmischt

Zu: Erste Flüchtlinge aus der Ukraine (Nr. 7)

Zu der Meldung über ukrainische Flüchtlinge im Kreis Allenstein sei bemerkt, dass es sich hierbei um eine geheime Operation ukrainischer und polnischer Stellen gehandelt hat, die vor Beginn der ukrainischen Großoffensive Personen polnischer Abstammung aus den von Separatisten gehaltenen Gebieten evakuiert haben. Hierbei kam dem polnischen Konsulat in Charkow eine Schlüsselrolle zu, bei der die Flüchtlinge mit polnischen Pässen ausgestattet und später weitergeleitet wurden. Ebenso ist Israel davon betroffen gewesen, Personen jüdischen Glaubens über Kontaktstellen zur Auswanderung zu bewegen.

Allzu deutlich wird, dass der genaue Zeitpunkt des Großangriffs somit bekannt und der wiederholte Bruch der Waffenruhe von vorherein gegeben war. Auch dass der Westen stärker als bisher bekannt in die rein innerstaatliche Auseinandersetzung mit Truppen und Kriegsgerät involviert ist. So sollen sich im „Kessel“ Einheiten der US-Gruppe „Delta“, sowie von polnischer Seite die Gruppe „Grom“ als auch die Nato-Geheimtruppe „Gladio“ befinden. Gefallene polnische Soldaten werden zudem laufend mit Militärmaschinen in ihre Heimat ausgeflogen.

Bemerkenswert ist, dass keine verlässliche Berichterstattung über das Leid und der Not der in der Ostukraine lebenden und traumatisierten Menschen erfolgt. Die Flüchtlingszahl der nach Russland geflohenen Personen wird auf zirka eine Million geschätzt. Es wäre einmal an der Zeit, der Tragödie mit entsprechenden Hilfsmaßnahmen zu begegnen. **Peter Westphal, Goslar**

Eine Kulturpflege

Zu: „Das hat sie nicht verdient“ (Nr. 5)

Gegen Dummheit kämpfen selbst die Götter vergeblich. Meine Anregung, diesem Affront um das Bad Nenndorfer Agnes-Miegel-Denkmal zu begegnen, ist: Kontakt mit dem Bürgermeister von Königsberg aufnehmen, das Denkmal auf einen Lkw laden und in Miegels Heimatstadt auf einem würdigen Platz aufstellen.

Eigentlich ganz simpel! Meine Überlegung beruht darauf, dass die Königsberger Stadtgemeinschaft gute Kontakte zu entsprechenden Institutionen in Königsberg hat. Und die Transportkosten können über eine freiwillige Umlage zusammenkommen. Ich spende gerne 100 Euro für diese Unternehmung. Es ist mir klar und ich hoffe, dass es Gesprächsbedarf gibt. Die Heimat haben wir verloren, aber die ostpreußische Kultur sollten wir pflegen, und Agnes Miegel ist ein großer Teil dieser Kultur. **Kurtjoachim Pulter, Fürstenau**



Stets gut organisiert: Nach außen hin inszenieren sich Antifa-Demonstranten als Chaoten. Doch ihre Gegendemonstration zu Pegida-Aufmärschen sind straff durchgeplant Bild: ddp-images

Rettung auf der »Pretoria«

Zum Leserbrief: Gekämpft wie eine Löwin (Nr. 6)

Angeregt durch den Bericht eines Lesers über die Flucht mit der „Pretoria“ im Januar 1945 über die Ostsee ist mir folgendes wieder eingefallen: Die „Pretoria“ wurde als Passagierdampfer für die Hamburg-Süd Linie bei Blohm + Voss gebaut. Während des Krieges war sie bis 1945 Wohnschiff der Marine in Pillau. Im Januar '45 sind meine Mutter (44 Jahre) und ich (22 Jahre) aus Lötzen kommend von der „Pretoria“ nach Stettin gebracht worden. Die Überfahrt war gut organisiert. Unsere Koffer wurden mit Nummern versehen und gesondert aufbewahrt. Das Schiff nahm vorwiegend Frauen mit Kindern auf. Viele bekamen Kabinen. Die Marinesoldaten schliefen in den Gängen oder Betriebsräumen.

Einmal am Tag gab es einen warmen Eintopf und für Kleinkinder Milch. Ein Maat mit einem auffallenden Schnauzbart las jeden Tag Anordnungen vor oder suchte Mütter von Kindern, die sich verlaufen hatten. Wir sind am Tag auf dem Schiff spazieren gegangen und hörten auch von einem kleinen Brand an Bord und dass die Särge von Hindenburg und seiner Frau mitgeführt wurden. Durch die Gespräche mit den Seekadetten ergab sich eine Benutzung einer Badewanne.

Wir selbst lagen mit vielen Frauen dicht an dicht auf dem Fussboden eines großen Speisesaals. Als spät abends das Licht heruntergeschaltet wurde, ging meine Mutter an den Flügel, der angeschraubt im Raum stand, und spielte Abendlieder. Das Schiff fuhr sehr langsam bis zur Hafenterrasse nach Stettin. Dort brachte man uns in eine Kaserne.

Am nächsten Tag hatte meine Mutter eine Fahrgelegenheit im offenen Wagen nach Prenzlau gefunden. Von dort wurden wir in der Kutsche zum Gut meines Onkels gebracht, wo wir einige Verwandte aus dem Odergebiet wiederfanden. **Ilsegret Böhm, Hamburg**

Wer finanziert die Antifa?

Zu: Kurs auf den Bürgerkrieg (Nr. 7)

Die Legida-Demo in Leipzig soll abgesagt worden sein, weil nicht genug Polizeikräfte vor Ort waren, um Gewaltexzesse zu verhindern? Dass ich nicht lache! Die Demo wurde abgesagt, weil es den Gegendemonstranten der Antifa an diesem Tag zu kalt war und sie den Protest deshalb knickten. Keine Antifa-Gegendemo, keine Legida-Demo. So einfach ist das.

Das klingt unglaubwürdig? Ja, klar: Es ist alles nur Satire, mit der eine linke Tageszeitung kürzlich Aufmerksamkeit erregte, um ihre geringe Auflage zu erhöhen. Das Gerücht wurde lanciert durch ein angebliches Mitgliederschreiben der Antifa, das ein paar Spaßvögel an der Universität Jena verteilten. Darin wurde jedem Antifa-Teilnehmer neben freier Busfahrt zu den Le- und Pegida-Demos noch ein Stundenlohn von 25 Euro sowie Freibier versprochen. Bei einem Zehnstundentag verdient da jeder 250 Euro. Nicht übel. Bei 48 Bussen à 50 Insassen kommen da 600 000 Euro zusammen, die Bier-Kosten noch nicht mit eingerechnet. Wer bezahlt also die Antifa? Natürlich die CDU, weil sie die Pegida Wahlstimmen koste. Doch Vorsicht: Satire! **Matthias Schöne, Hannover**

Ein Absurdistan geschaffen

Zu: Kurs auf den Bürgerkrieg (Nr. 7)

Das hat die Stadt Leipzig nicht verdient. Ihre politisch verantwortlichen Vertreter verwehrten einem Teil der Bürger willkürlich mit vorgeschobenen Gründen ihr gesetzlich verankertes Demonstrationsrecht. Die linken Gegendemonstrationen mit ihren Truppen fürs Grobe, die ungehindert ihre kriminellen Neigungen ausleben können, wurden jedoch erlaubt. Dadurch haben sie sich mit ihnen gemein gemacht. Sie haben ein Absurdistan geschaffen, das nicht nur für die Stadt Leipzig, sondern auch für ganz Deutschland eine nachhaltige Abwertung bedeutet.

Alles weist darauf hin, dass unserem teilweise ausgehöhlten Grundgesetz auch noch der Restbestand an Substanz entzogen werden soll, um Multikulti- und Globalisierungspläne gegen den Willen der Mehrheitsgesellschaft voranzutreiben. Nicht nur die entrechteten Leipziger, sondern alle Bürger, die ihre Meinungsfreiheit noch uneingeschränkt wahrnehmen wollen, sollten jetzt, trotz widriger Umstände, öffentlichkeitswirksam und kontinuierlich Widerstand leisten. Ich wäre dabei. **Gisela Recki, Troisdorf**

Beispiel für Weltfrieden

Zu: Grüne gegen Opfer-Gedenken (Nr. 7)

Die Grünen – was soll ich von ihnen halten? Ihre geistige Heimat wird durch die „Heinrich Böll“-Stiftung programmiert. Wer Karriere machen will, wird dort „klargespült“. Dann ist der grüne Geist voll auf die „Atlantikbrücke“ und ähnliche Netzwerke für die Realisierung der US-Weltherrschaftsgelüste justiert. Die Filter für die Erreichung dieses Zustandes blenden alle Kriegsverbrechen und Gräueltaten der USA-Machthaber aus. Der Feind ist Russland und sind die Patrioten in den europäischen Ländern.

Die Grünen wollen strategisch die Wählerklientel der FDP beerben, und ihre Stiftung scheint nicht weniger ehrgeizig zu sein, das reaktionäre Potenzial der Friedrich-Naumann-Stiftung (zum Beispiel Vorbereitung und Rechtfertigung der Militärputsche in Honduras und Thailand) noch in den Schatten zu stellen. Da kann man nur hoffen, dass die Grünen bald auch die Wahlergebnisse der FDP beerben. Damit hätte sich dann auch mittelfristig die Finanzierung der Böll-Stiftung aus Steuergeldern erledigt. Wäre dies nicht ein Beitrag zum Weltfrieden? **Matthias Bergmann, Radebeul**

Schluss mit dieser skandalösen Siedlungspolitik!

Zu: Immigration nach Punkten (Nr. 7)

Einwanderung ist gut, richtig und wichtig. Doch was bedeutet eigentlich Einwanderung? Nehmen wir einmal an, jemand will nach Kanada oder Australien auswandern. Dann sollte man zuerst die Sprache erlernen. Des Weiteren benötigt der Einwanderer für die erste Zeit genügend Kapital, um die ersten Monate zu überstehen. Fakten einer Einwanderung sind also: Der Einwanderer versorgt sich selbst, bringt Kapital mit, bemüht sich um Integration und passt sich der Kultur sowie den Gesetzen des Gastlandes an.

Im Prinzip reguliert sich Einwanderung von selbst. Gibt es Arbeit und freie Wohnungen, kann sie stattfinden. Gibt es keine Arbeit oder Wohnraum, kommt selbige zum Erliegen. Wenn ein Einwanderer im Land schlecht arbeitet oder seine Arbeit verliert und sich nicht mehr selber versorgen kann, muss er zurück in sein Herkunftsland. Leute, die in Deutschland angesiedelt werden, haben sich im Voraus um keine Wohnung bemüht. Sie haben sich weder mit der deutschen Sprache noch mit der Schrift befasst. Sie haben kein Interesse, einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten. Sie interessieren sich in keiner Weise für die deutsche Kultur, Gesetze oder Geschichte. Und sie versorgen sich nicht selbst – das ist der große Unterschied.

Was derzeit in Deutschland passiert, ist staatliche Siedlungspolitik. Weil es der Staat ist, der die Versorgung von Ausländern übernimmt, die andernfalls keine Woche hier bleiben könnten. Es gibt viele Länder in der Welt, welche sehr offen sind. Kein normales Land würde Steuergelder dafür verwenden, um x-beliebige Menschen anzusiedeln, die sich nicht selbst versorgen können.

Man fragt sich, warum die Regierung diese Siedlungspolitik auf diese Weise durchführt? Vor dieser Politik muss man sich fürchten, denn wenn sie in dem Ausmaß weitergeführt wird, dann ist in spätestens zehn bis 15 Jahren Deutschland in der Hand von Asylanten und Flüchtlingen.

Das Problem ist nicht, dass Ausländer herkommen, sondern dass die Regierung dafür sorgt, dass sie bleiben können.

Politik auf Kosten der Alten und Kranken

Aktuell befinden sich 650 000 Ausländer in diesem Land, die alle eine Unterkunft haben und die von unserem Geld finanziert werden – während es 300 000 Obdachlose gibt und Millionen Menschen Probleme haben, ihren Lebensunterhalt trotz Arbeit in Würde zu bestreiten. Wir haben zehntausende abgelehnte Asylbewerber, die wir abschieben können. Warum tun wir es nicht? Kriegsflüchtlinge aus Syrien müssen Asyl erhalten, aber diese sollten sich verpflichten, nach Beendigung der Kriegshandlungen zurück in ihr Heimatland zu gehen, um dort beim Wiederaufbau zu helfen.

Die Bevölkerung sollte sich daran gewöhnen, dass die hier angesiedelten Leute auch dauerhaft bleiben. Es werden sogar noch viel mehr werden, weil CDU/SPD/Grüne den Familiennachzug dieser Leute fördern. Um diesen Irrsinn noch zu steigern, schmeißt man Einheimische aus der Wohnung und spart bei unseren eigenen Alten und Kranken. Hauptsache, wir verändern die Zusammensetzung des Volkes.

Dem Bürger ist nicht bekannt, dass wegen der eingewanderten Moslems die Politik das Strafrecht und das Tierschutzgesetz verändert hat, dass die Bäder- und Friedhofsordnung vieler Gemeinden geändert wurde? Vielen ist weiterhin nicht bekannt, dass die Moslems versuchen, ihre Kinder vom Sportunterricht zu befreien und Änderungen der Speisepläne in Schulmensen und Kantinen zu erreichen. Schon jetzt wurden Weihnachtsmärkte in „Wintermärkte“ umbenannt. Ist bekannt, dass in Berlin eine Erzieherin in einem Kindergarten mit zumeist türkischen Kindern entlassen wurde, weil sie sich weigerte, Türkisch zu lernen? Ist ferner bekannt, dass bereits zirka 3000 Moscheen in Deutschland stehen, und dass Leipzig bald eine Großmoschee für 0,2 Prozent Moslems in Sachsen erhält?

Von der moslemischen Gewaltkriminalität, der angewandten Scharia, den Schein-Richtern in diesen Parallelgesellschaften und den etwa 50 Prozent Gefängnisinsassen mit Migrationshintergrund gar nicht zu reden. Deshalb: Schluss mit der skandalösen Siedlungspolitik und dafür echte Einwanderung nach Muster Kanadas oder Australiens! Zur Erinnerung: Die Bürgerbewegungen Pegida und Legida waren und sind nicht nur ein Aufbegehren gegen die Islamisierung – sie sind auch ein Aufbegehren gegen die Regierungspolitik. **Wolfgang Rohde, Sigmaringen**

Reim auf Ärzte

Zu: Kommerz statt Heilung (Nr. 8)

Der Ärzte-Bericht erinnert an das Gedicht von Eugen Roth: „Was bringt den Doktor um sein Brot? / (a) die Gesundheit, (b) der Tod. / Drum lässt der Arzt, auf dass er lebe, / uns zwischen beidem in der Schwebe.“ **Horst Steppuhn, Braunschweig**

Pegida-Kürzel

Zu: Was Pegida mit 1989 verbindet (Nr. 1)

Ich definiere Pegida so: P (= Politisches), E (= Engagement), G (= gegen), I (= Ignoranz), D (= der), A (= Akteure in Politik und Gesellschaft). **Joachim Wiegand, Bückeburg**

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 10 – 7. März 2015

MELDUNGEN

Einzigartiger Keller-Fund

Allenstein – Original-Pergamentdokumente, überwiegend aus dem 17. Jahrhundert, die mit der Geschichte der Stadt verbunden sind, wurden in Wormditt wieder aufgespürt. Zwar waren die alten Schriftstücke schon vor ein paar Jahren im Rathaus gefunden worden, aber sie sind danach verloren gegangen. Zum Glück wurden die Dokumente nun im Kellertresor wiedergefunden. In den fünf wiederentdeck-ten Manuskripten wird über das Alltagsleben der Stadt berichtet. Man findet dort auch die Namen von Herrschern, Bischöfen und Bürgermeistern. Das älteste Dokument ist aus dem Jahr 1586 und das jüngste stammt von 1832. Sie wurden in Latein und auf Deutsch verfasst. Zwei Schriftstücke wurden von Notaren niedergeschrieben. Nach Einschätzung von Spezialisten sind die Pergamentdokumente besonders wertvoll, weil sie sehr selten sind. Die Wormditter Funde wurden dem Staatsarchiv übergeben, wo sie weiter erforscht werden sollen. *E.G.*



Pergament aus Wormditt

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nummer. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nummer. 7: Liebemühl [Miłomłyn[– Osterode [Ostróda], Baustelle. Straße Nummer. 15: Osterode [Ostróda], Reparatur der Leitplanken. Straße Nummer 16: Sensburg [Mragowo], Olsztynska Straße, Baustelle; Lyck [Ełk] – Klein Rutken [Rutki], Baumfällarbeiten. Straße Nummer 51: Thomsdorf [Tomaszkowo] – Pagelshof [Ameryka], Baumfällarbeiten. Straße Nummer 53: Ortelsburg [Szczytno], Pilsudskiego Straße, Baustelle. Straße Nummer 54: Verkehrsknoten Braunsberg Süd [Braniewo], Baustelle. Straße Nummer 57: Bischofsburg [Biskupiec], Baustelle. Straße Nummer 58: Niedersee [Ruciane] – Johannisburg [Pisz] – Bialla [Biala Piska] – Woiwodschaftsgrenze, Fällarbeiten. Straße Nummer 63: Johannisburg [Pisz] – Gehsen [Jeze] – Woiwodschaftsgrenze, Baumfällarbeiten. Straße Nummer 65: Lyck [Ełk] – Grajewo, Baumfällarbeiten. *E.G.*

Dienstleister vergibt Schengen-Visa

Deutsches Generalkonsulat konnte Flut der Anträge nicht mehr zeitnah bearbeiten

Das Deutsche Generalkonsulat in Königsberg hat die Bearbeitung von Visaanträgen an einen international tätigen Dienstleister ausgelagert. Dieser muss die Anträge innerhalb der gesetztlich vorgeschriebenen zwei Wochen bearbeiten. Diese Leistung kostet den Antragsteller jedoch zustätzliche Gebühren.



Bild: J. Tschernyschew

Neue Anlaufstelle für Visaanträge: VfS Global nimmt Dokumente entgegen und bearbeitet diese

Zukünftig kommen auf Reisewillige aus dem nördlichen Ostpreußen, die ein deutsches Schengen-Visum beantragen wollen, einige Veränderungen zu. Das deutsche Generalkonsulat in Königsberg hat beschlossen, dem Dienstleistungsunternehmen VfS Global die Bearbeitung von Anträgen für Schengen-Visa zu übertragen. VfS bezeichnet sich selbst als weltweit größten Auslagerungs- und Technologiespezialisten für diplomatische Missionen und Regierungen.

Das seit 2001 bestehende Unternehmen dient 45 Regierungen in 120 Ländern mit 1514 Visaantrags-Zentren ähnlich dem, das nun in Königsberg tätig ist. Das Zentrum führt Visa und Reisepass bezogene Dienste aus. Das polnische Generalkonsulat in Königsberg arbeitet bereits seit zwei Jahren mit VfS zusammen.

Laut Gesetz ist das Konsulat verpflichtet, Visaanträge innerhalb von 14 Tagen zu bearbeiten. Da die Zahl der Anträge für ein deutsches Visum im Königsberger Gebiet Jahr für Jahr wächst – in den Jahren 2010 bis 2014 verdoppelte sich die Zahl der Visaanträge von 21 000 auf 44 000 – hatten die Konsulatsangestellten zuletzt große Schwierigkeiten, diese Norm zu erfüllen.

Das Abarbeiten der Anträge gelang nur mit Mühe, ungeachtet der Einführung eines elektronischen Antragssystems und der Erweiterung von Em-pfangsschaltern sowie dem Umzug in das neue Konsulatsgebäude.

Ab dem 2. März können Visaanträge nun bei der VfS Global in der Sackheimer Kirchenstraße (Straße 1812 goda) ohne Voranmeldung an der Rezeption abgegeben werden. Jeder kann seine Dokumente aber auch direkt bei der Visastelle des Generalkonsulats abgeben. Es ist lediglich notwendig, zuvor einen Termin zu vereinbaren. Jedoch muss man sich auf eine längere Wartezeit einstellen. Nur in besonders dringenden Fällen kann man sich ohne vorherige Anmeldung an die Visastelle des Konsulats wenden. Die Anmeldung für einen Termin erfolgt immer über den Dienstleister VfS.

Das Generalkonsulat hat versichert, dass es sich bei dem neuen Visabearbeitungsverfahren ausschließlich um eine Veränderung im technischen Ablauf für die Bearbeitung der Unterlagen gehe. Allerdings bringt der neue Dienst auch höhere Kosten mit sich, die der Antragsteller zu zahlen hat. Außer der bisherigen Konsulargebühr ist eine zusätzliche Abgabe für das Visazentrum in Höhe von 17 Euro fällig.

Auslagerung führt zu höheren Kosten für Antragsteller

Das deutsche Generalkonsulat nimmt auch die Vergabe von französischen Schengen-Visa entgegen. Die Prozedur für die Ausgabe ist dabei dieselbe wie für deutsche Visa.

Es bleibt die Frage, ob das Verfahren einer Visabeschaffung durch eine Auslagerung tatsächlich beschleunigt werden kann oder ob es sich lediglich um eine versteckte Erhöhung der Gebühren handelt.

Jurij Tschernyschew

Gedenken an Paul Dahlke

Osterode – In Osterode wurde anlässlich des 150. Geburtstags von Paul Dahlke eine Gedenktafel für den Gründer des ersten Buddhisten-Hauses in Europa enthüllt. Nach Angaben der Organisatoren der Feierlichkeit war der deutsche Arzt und Schriftsteller früher im Ausland bekannter als in seinem Geburtsort. Wie Artur Munje von der Stadtverwaltung sagte, soll die von den Behörden angebrachte Tafel in polnischer und deutscher Sprache daran erinnern, wo Dahlke geboren wurde und wer er war. Die Tafel wurde zunächst in der Ordensburg enthüllt. Im Frühjahr wird sie in den Park in der Nähe der Bergstraße überführt, eine Stelle in Osterode, die vor allem deutsche Touristen gerne besuchen.

Freund des Buddhismus

Paul Dahlke wurde am 25. Januar 1865 als erstes von fünf Kindern eines preußischen Gendarmen im Hause Bergstraße 7, der heutigen Czarnieckiego-Straße, geboren. Da sein Vater häufig versetzt wurde, besuchte Dahlke Schulen in Osnabrück, Hannover und Frankfurt am Main. Später wurde er in Deutschland ein bekannter homöopathischer Arzt, Schriftsteller und Verbreiter des Buddhismus.

Im heutigen Osterode verbrachte er seine Kindheit, später zog er mit seinen Eltern nach Frankfurt. In Berlin beendete er seine medizinischen Studien. Damals interessierte er sich für die buddhistische Philosophie. Dahlke war der Begründer des Klosterkomplexes auf der Insel Sylt, der noch heute einer der wichtigsten europäischen Zentren des Buddhismus ist. *PAZ*

»Via Baltica« hat Vorrang

Fernverkehrsstraße soll Polen mit östlichen Nachbarn verbinden

Beratungen des Programms über den Bau staatlicher Straßen sind kürzlich beendet worden. Eines der Großprojekte, die „Via Baltica", die als „Europastraße 67" (E 67) von der litauischen Grenze bei Budzisk über Suwalki, Lyck, Lomza nach Ostrow Mazowiecki führen soll, wo sie sich mit der Straße Bialystok – Warschau trifft, erscheint auf der Grundliste und soll bis 2020 fertiggestellt werden.

Über 7,5 Milliarden. Zloty (1,8 Milliarden Euro) will der polnische Staat für den Bau der Schnellstraße S61, einen Teil der E 67, ausgeben. Sie wurde in den Kreis der bevorzugten Investitionen der Jahre 2015 bis 2023 aufgenommen. Diese Investition wurde in drei Teile aufgegliedert. Die längste Strecke, von Szczucin über Lomza nach Ostrow misst 90 Kilometer. Die geschätzten Kosten belaufen sich auf 3,3 Milliarden Zloty (795 Millionen Euro).

„Es ist bekannt, dass die größten Ausgaben beim Bau der Strecke Szczucin – Elk – Raczki (63 Kilometer) für die Jahre 2017 bis 2020 vorgesehen sind. Dieses Teilstück wird etwa 2,1, Milliarden Zloty (505 Millionen Euro) kosten. Die kürzeste und billigste Strecke Suwalki – Budzisko (24,6 Kilometer), einschließlich der Suwalker Umgehungsstraße (13 Kilometer), soll mit 1,7 Milliarden Zloty (410 Millionen Euro) fertiggestellt werden.

Es wird eine Straße mit mindestens zwei Fahrstreifen in beide Richtungen entstehen. Abzuwarten bleibt, ob die geplanten Termine auch realistisch sind. Vor Kurzem wurde berichtet, dass für die nur 13 Kilometer lange Umgehungsstraße bei Suwalki von der Bialystoker Baubehörde drei Jahre vorgesehen waren. Allein die Ausschreibung soll sich über ein Jahr erstrecken. Czeslaw Renkiewicz, Stadtpräsident von Suwalki, beantragte offiziell eine Verkürzung der Bauzeit. Der Abgeordnete Orzechowski ist davon überzeugt, dass das Bau-Tempo der verbliebenen Abschnitte der S61 langsamer verlaufen könnte und die Trasse bis zum Jahr 2020 gewiss vollendet sein werde. Die Straßenbauer meinen, allerdings inoffiziell, dass es kleine Terminverschiebungen geben könnte.

Lycker kämpfen für Wiederaufnahme der S16 in das Programm

Das Ministerium für Infrastruktur analysiert Anmerkungen zum Programm des Staatlichen Straßenbaus. In den nächsten Wochen erwartet man einen ausführlichen Bericht darüber.

Politiker der Region sind sich sicher, dass die S61 nicht zu denen gehören wird, die aus der Grundliste gestrichen werden könnten und Investitionen anderer Lobbyisten weichen müssten. Die Regierung erhält das Programm voraussichtlich im März.

Über die Nr. 16, Augustow – Lyck – Sensburg, ist nichts zu erfahren, um die die Lycker seit Langem kämpfen. Ursprünglich war diese Straße im Programm für den Ausbau von Staatsstraßen enthalten. Es heißt, dass die Lycker die Waffen noch nicht gestreckt haben und sogar zu Blockaden bereit sind. *PAZ*

Bahn wird modern

Neue Elektroloks in Ermland-Masuren

Die Woiwodschaft Ermland und Masuren wurde mit dem neuen Zug „Impuls" ausgestattet. Am 18. Februar übergab Gustaw Marek Brzezin, Marschall der Woiwodschaft, der polnischen Bahn den neuen Zug „Impuls". Das moderne elektrische Fahrzeug wurde in Südpolen in Nowy Sacz produziert und hat 13 Millionen Zloty (zirka drei Millionen Euro) gekostet. Es hat 107 Sitzplätze und kann insgesamt 250 Passagiere befördern. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 160 Stundenkilometer.



Neu eingesetzt: E-Lok in Allenstein Bild: privat

Das neue Transportmittel verfügt über Klimaanlage, Internet, Überwachungskameras und ist behindertengerecht ausgestattet. Allerdings kann der Zug nur dort verkehren, wo es schon eine elektrische Eisenbahnlinie gibt, wie zum Beispiel nach Elbing oder Soldau. Auf der Strecke Korschen – Lyck sind immer noch Dieselzüge im Einsatz. Die Jungfernfahrt des „Impuls" fand auf der Strecke Allenstein – Osterode statt. Die Woiwodschaftsverwaltung übergab der Bahn 13 Züge, die insgesamt 200 Millionen Zloty (zirka 50 Millionen Euro) kosteten.

Dank der zur Verfügung gestellten EU-Mittel für 2014 bis 2020 wird auch die Eisenbahninfrastruktur auf den Strecken Allenstein-Braunsberg, Allenstein – Soldau, Ortelsburg – Johannisburg – Lyck und Korschen –Lyck modernisiert. *Edyta Gładkowska*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

ich bin immer dankbar, wenn uns positive Reaktionen auf unsere Suchfragen erreichen, auch wenn sie bereits vor längerer Zeit veröffentlicht wurden. Gerade sie beweisen, dass unsere Ostpreußische Familie sehr intensiv gelesen wird, sodass manche kleine Frage unverhofft größere Kreise zieht. Wenn noch hinzukommt, dass ich bei der Bearbeitung des Suchwunsches Zweifel an den übermittelten Fakten und Daten hegte und deshalb an keinen befriedigenden Erfolg glaubte, ist die Überraschung umso größer, wenn sich dieser doch einstellt, auch wenn inzwischen Jahre vergangen sind. So freue ich mich natürlich über das Schreiben von Herrn **Wolfgang Fritz** aus Wetzlar, in dem er ausführlich auf die Suchwege eingeht, die seine Frage letztendlich zu einer Lösung führten. Veröffentlicht hatten wir seinen Suchwunsch in Folge 35 im September 2010. Herr Fritz hatte uns ein Foto aus Familienbesitz übersandt, das vier ehrwürdige Herren zeigte – das strenge Habit mit steifem Hut und Spazierstock bewies, dass diese Aufnahme noch vor dem Ersten Weltkrieg in einem Atelier gemacht wurde, obgleich auf der Originalaufnahme vermutlich das Jahr 1925 angegeben war. Es handelte sich bei den abgebildeten schnauzbärtigen Herren um Verwandte aus der väterlichen Linie von Wolfgang Fritz. Sein Großvater **Gustav** Fritz war mit **Charlotte Turowski** verheiratet – es ging vor allem also um diese beiden Namen. Wen zeigte nun das alte Foto wirklich? Ehrlich gesagt: Ich glaubte nicht an eine positive Resonanz. Die kam auch nicht – bis heute. Denn Herr Wolfgang Fritz teilt uns nun diese Erfolgsgeschichte mit:

„Kurz nach der Veröffentlichung meldete sich telefonisch eine Ostpreußin und teilte mir mit, dass auf dem Foto ‚Cousins' abgebildet seien, ohne genaue Namensnennung. Ich notierte mir Namen und Telefonnummer und wollte zurückrufen. Leider tat ich es nicht sofort, um dann Monate später zu erfahren, dass die Anruferin verstorben sei. Anfang 2013 meldete sich dann Frau **Angela Sp.** aus Edmonton/Kanada bei mir per E-Mail unter Hinweis auf den Artikel. Zwei Jahre später rief dann Frau **Inge K.** aus Essen bei mir an, ebenfalls mit Hinweis auf die Veröffentlichung. Erst jetzt stellte sich bei intensivem Nachforschen und dem gegenseitigen Austausch von (sehr!) vielen alten Fotos heraus, dass auf dem Atelierbild **Adolf** und **Wilhelm** Turowski abgebildet waren". Es handelt sich um die Brüder seiner Großmutter, die mehrere Geschwister hatte. So ist die Dame aus Essen eine Urenkelin eines weiteren Bruders, **Martin** Turowski, die heute in Kanada lebende Anruferin eine Urenkelin von **Auguste Seweczyk** geb. Turowski. Diese „Großtante" von Herrn Fritz war in den bisher vorhandenen Unterlagen zur Familienchronik noch nie erwähnt worden. Von einem weiteren Großonkel **Emil** Turowski gibt es Fotos, es fehlen aber alle Daten. Zwei der vier Abgebildeten auf dem in unserer Kolumne veröffentlichten Suchbild sind also einwandfrei erkannt worden, was auch bei der Datumsfrage weiterhelfen kann. Denn der dort abgebildete, schon ältere Wilhelm Turowski gilt seit 1918 als an der Westfront vermisst. Das in der *PAZ* veröffentlichte Foto dürfte vermutlich in Arys entstanden sein, denn dies war der Wohnort von **Adolf** Turowski, der dort ein angesehener Kaufmann gewesen sein muss, der mit Kraftwagen, Fahrrädern, haus- und landwirtschaftlichen Maschinen und Musikinstrumenten handelte. Auf einer Ansichtskarte aus dem Jahr 1910 grüßen die Brüder aus Arys. Nach dieser und einem weiteren Familienfoto dürfte die Aufnahme, die unser Suchbild zeigte, um 1910 entstanden sein. Ja, da ist Herr Fritz doch ein schönes Stück in seiner Familiengeschichte weiter gekommen. Und das, was ich damals schrieb, hat sich bestätigt: Für manchen Wunsch sind wir die aussichtsreichste Adresse, weil wir ja die Zeitzeugen ansprechen, die als einzig mögliche Informanten in Frage kommen.

Aber die zu finden, wird auch immer schwerer, die Zeit und damit die Vergänglichkeit kann man nicht einfach anhalten, das haben wir ja auch den Worten von Herrn Fritz vernommen – nur wenige Monate nach dem Anruf der anscheinend mit dem Suchenden verwandten Frau lebte diese nicht mehr. Aber für unsere Familienarbeit ist es typisch, dass sich nicht nur die direkt gesuchten Zeitzeugen angesprochen fühlen, sondern auch Leser und Leserinnen, die mit ihren Erfahrungen und Erkenntnissen vielleicht zu einer Lösung beisteuern könnten. Das meint auch Herr **Dirk Oelmann** aus Oranienburg, der sich mit dem Fall **Lardong** beschäftigt – also mit der Suche nach der väterlichen Linie einer heute in Litauen lebenden jungen Frau. Dass die Familie aus der Schweiz stammen muss, hat sich schon aufgrund einiger Zuschriften ergeben, nun weist Herr Oelmann aber gezielt auf eine Ansiedlung der Schweizer Emigranten dieses Namens in Minge im Memelland hin, das wegen seiner reizvollen Lage an dem gleichnamigen Fluss auch „Klein-Venedig" genannt wurde. Wie so oft bei einem alten ostpreußischen Ortsnamen meldet sich auch hier die Erinnerung zurück: Ich habe Minge einmal im Mai besucht und nie den Schlag der unzähligen Sprosser in den Weiden am Flussufer vergessen, es war traumhaft schön! In diesem nur 200 Einwohner zählenden Ort kommt der Name Lardong bei einem Lehrer und einem Arbeiterehepaar vor. Ein 1910 in Minge geborener **Fritz** Lardong fiel im November 1944 bei den Kämpfen in Pillkallen und liegt auf dem Kriegsgräberfriedhof Insterburg begraben. Leider tauchen auch hier die gesuchten Namen **Albert** und **Waldemar** Lardong nicht auf, aber Herr Oelmann meint, dass sie zu den Nachkommen der hier angesiedelten Schweizer gehören könnten. Er schreibt: „Wenn sie aus Minge stammen sollten, ist es ja nicht weit bis Kaunas. Es sind rund 200 Kilometer und ein Fußmarsch von rund 40 Stunden. Wobei es ab Heydekrug ja die Möglichkeit mit der Bahn zu fahren gab. Es sind ja einige Daten, die ich gefunden habe, aber eben leider nichts Genaues. Vielleicht hilft es ja, das Schicksal der genannten Lardongs zu klären". Wir bleiben hier weiter am Ball, denn die Ungewissheit ihrer Herkunft beschäftigt **Edita** geb. Lardong doch sehr, und wie man im Fall von Herrn Wolfgang Fritz sieht, können sich Erfolge auch nach Jahren einstellen!



Dem Verfall preisgegeben: Agnes Miegels Wohnhaus in der Königsberger Hornstraße Bild: privat

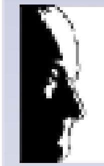
Auch bei Herrn **Jürgen Schönwald** aus Cremlingen meldeten sich hilfreiche Leser, wie wir seinem Schreiben entnehmen: „Im September 2013 brachten Sie in der Folge 36 einen eindrucksvoll formulierten Bericht über meine Suche nach den Vorfahren meines Großvaters **Richard Paul Schönwald** aus Grafenheide. Dafür möchte ich Ihnen ganz herzlich danken. Damals erhielt ich zwei Zuschriften, leider halfen sie mir in der eigentlichen Angelegenheit nicht weiter. Mein Großvater wurde am 14. Oktober 1886 in Grafenheide geboren. Folglich müssen hier auch seine Eltern gewohnt haben. Daher suche ich die Einwohnerlisten aus jener Zeit. Meine Mutter **Ella** Schönwald geb. **Scheffler** ist mit ihrer Mutter und mir, dem damals zweijährigen Sohn, im Januar 1945 aus Ostpreußen geflüchtet. Die Flucht begann in Insterburg und führte über das zugefrorene Frische Haff. Weitere Einzelheiten sind mir nicht bekannt, außer dass wir irgendwann in Basbeck, heute Hemmoor, in Niedersachsen gelandet sind. Ich suche nun Berichte, aus denen ich ersehen kann, wie die Flucht ablief. Möglicherweise gibt es Fluchtbeschreibungen von Zeitzeugen, die sich mit der Route befassen, die auch meine Mutter und Großmutter genommen haben". Leider hat Herr Schönwald wohl unsere seit Jahresbeginn laufenden Fluchtberichte, die auf dieser Familienseite als Sonderberichte erscheinen, nicht gelesen, auf denen sehr eingehend die Fluchtwege über das Frische Haff und die Nehrung beschrieben werden und auch auf entsprechende Literatur hingewiesen wird. Aber vielleicht fühlen sich auch Leserinnen und Leser angesprochen, die Herrn Schönwald ihren Fluchtweg schildern, eventuell schon von Insterburg aus, damit er die Wege seiner Mutter und Großmutter nachvollziehen kann. Dass sich noch ehemalige Fluchtgefährten der Frauen finden, dürfte wohl kaum möglich sein. (Jürgen Schönwald, Marienburgweg 8 in 38162 Cremlingen, Telefon: 05306/4267, E-Mail: jsbrief@gmail.com)

Zu dem Bild von der Kalksteiner Mühle und den dazu gestellten Fragen von Herrn **Klaus Neumann** in Folge 6/15 kam eine Zuschrift von Herrn Manfred Ruhnau aus St. Augustin: „Es gibt den Ort Kalkstein, der zwischen Wormditt und Liebstadt im Kreis Heilsberg liegt. Der Name der Mühle hat nichts mit Kalksteinmahlen zu tun. Diese Angabe habe ich auf Umwegen über Helmut Stange erfahren, der mit Herrn Peter Goldberg aus Davis, einem Braunsberger in Amerika, darüber gesprochen hat. Am 17. März fliegen drei Vorstandsmitglieder und ich nach Ostpreußen und kommen eventuell auch nach Wormditt". Vielen Dank, lieber Landsmann, für Ihre Mithilfe, die mal wieder beweist, welch ein eng gestricktes Netzwerk unsere Familie ist. Ihre Mitteilung werde ich an Herrn Neumann weiterleiten.

Der 9. März steht vor der Tür, auch vor der in der ehemaligen Hornstraße in Königsberg, die zu Agnes Miegels Wohnung führte. Durch die ich immer an diesem Märztag, ihrem Geburtstag, ging mit einem Strauß lila Tulpen in der Hand. Und so gehen die Gedanken zurück an die schönen Stunden, die ich mit ihr und dem großen Kreis der Gratulanten in diesem Haus verleben durfte, das heute noch steht – aber wie lange noch? Es scheint dem Verfall preisgegeben zu sein, wie man dem Foto entnehmen kann, das **Jörn Pekrul** auf seiner jüngsten „Königsberger Wanderung" gemacht hat. Aber die Gedenktafel mit dem Kopf der Dichterin glänzt wie frisch geputzt – und das ist tröstlich.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.



Bild: Pawlik

Liegt Ihnen auch eine Frage auf der Seele? Schreiben Sie uns: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Sie zogen aus mit Weib und Kind

Fluchtberichten in Versen, von ostpreußischen Frauen geschrieben

Es kommen viele Berichte zu dem Fluchtgeschehen vor 70 Jahren, zumeist sind es Auszüge aus handgeschriebenen Familienchroniken, aber auch gebundene Exemplare, die mehrere hundert Seiten umfassen, manchmal ein paar lose Blätter mit Aufzeichnungen, die schon bald nach der Flucht gemacht wurden und kaum noch leserlich sind. Und da die Fluchtgeneration ja mit Gedichten aufgewachsen ist, schrieben sich manche Vertriebene ihre Erlebnisse in Versform von der Seele, um ihnen mehr Ausdruck zu verleihen. Es war keine gehobene Dichtung, und die diese Verse verfasst hatten, hegten auch keinen Anspruch auf literarische Anerkennung. So gerieten sie in Vergessenheit oder verschwanden bei der Auflösung des Nachlasses. Es gibt aber auch Ausnahmen, und die betreffen nicht nur die Bewahrung der Gedichte sondern auch deren Form und Inhalt, die sie aus dem Rahmen ähnlicher Verse herausheben. Zwei solcher Gedichte hat Frau Johanna Roggatz aus Berlin, eine geborene Danzigerin, bewahrt und sie mir zugesandt. Sie schreibt dazu:

„Diese beiden Gedichte sind unmittelbar nach der Flucht entstanden und aufgeschrieben worden. Von zwei Frauen, die Bekannte meiner Mutter waren. Alle gehörten dem so genannten Neuland-Verein an, der in Eisenach sein Mutterhaus hatte unter Leitung der Russlanddeutschen G. Diehl. Man verband in diesem Bund Deutschtum mit Christentum. Aus dem Gedicht ‚Der Treck' von Marianne Köhler ist die Hilfe ersichtlich, die aus dem christlichen Glauben kommen kann. Ich habe es von einem verrotteten Papier abgeschrieben, hoffentlich finden Sie noch jemanden, der die deutsche Schrift latenisieren kann. Ich habe die Gedichte so lange gehütet, aber jetzt bin ich 86 Jahre alt und muss allmählich aufräumen". Und da hat Frau Roggatz recht getan, uns die Gedichte zu übersenden, denn sie werden in unserem Leserkreis die Aufmerksamkeit finden, die sie aus dem Vergessenwerden holt. Für unsere Familienseite ist das mit „Der Treck" betitelte Gedicht – das ich übrigens mühelos lesen kann, da ich ja mit der deutschen Schrift groß geworden bin – ein besonderer Beitrag in unserer Dokumentationsreihe über die große Flucht vor 70 Jahren. Es ist Anfang Januar 1946 in Birkelbach „in Krankheitstagen entstanden", wie Marianne Köhler notierte.

Der Treck

Sie wanderten aus mit Weib
und Kind, sie mussten die
Heimat verlassen!
Verlassen den Hof mit Stall
und Rind und allem, was sie
besaßen.
Sie wanderten aus – aus Glanz
und Glück, aus Schlössern und
aus Hütten,
und was sie erbten, Stück für
Stück, hat dann der Feind
erstritten.

Sie wanderten aus – und ihre
Welt voll Schönheit, Kultur
und Wissen,
sie sank zusammen, wie Staub
zerfällt, der Freundeskreis
zerrissen
Sie wanderten aus – oh große
Not! Sie lagen wie Bettler im
Graben,
ihr Elend, Heimweh und Hungersnot, sie konnten es nicht
mehr tragen.
Nun mahlen die Räder durch
tiefen Sand, vom Himmel fallen
die Sterne,
der Tod greift nach so mancher
Hand… Ach, Heimat was bist du
so ferne!
Es gibt keine Rückkehr für dich
und dein Kind – und doch ein
„Nach Hause kommen"
zu dem, der die Not der Verlassenheit kennt und die Last auf
sich genommen
Und musst du wandern, so
wandere aus – aus dem eigenen,
müden Herzen,
gib dich dem hin, der heute
noch trägt die Welt mit Leid
und Schmerzen.
Eine neue Ferne, ein neues
Land, ein Wandern auf sicheren
Höhen
wird dir geschenkt durch diese
Hand, wenn du willst mir ihr
gehen.
Und musst du denn wandern,
so wandere hinein in deines Gottes Erbarmen,
und Trost und Reichtum wird
um dich sein, gehörst du auch
jetzt zu den Armen

So hat damals ihr fester Glaube der vertriebenen Ostpreußin Trost und Hoffnung gegeben, und ihr Gedicht wird diese Gläubigkeit weitergetragen haben, sonst hätte Frau Roggatz es ja nicht bis heute aufgehoben. Für unsere Leser und vor allem für die Jüngeren soll es nun Zeugnis sein für das Wechselbad der Gefühle, der seelischen und körperlichen Leiden, denen die Heimatlosen ausgesetzt waren. Dass Marianne Köhler noch weitere Gedichte geschrieben hat, ist anzunehmen, vielleicht besitzen auch andere ältere Leserinnen und Leser einige Poeme oder auch Prosa aus ihrer Feder. Dass sie aus Ostpreußen stammte, dürfte gewiss sein, denn sie schrieb das Gedicht auf die Rückseite eines leeren Briefbogens, der für die Korrespondenz eines Königsberger Sportklubs bestimmt war. Auf der Vorderseite ist nämlich dessen Anschrift vermerkt: „Lawn-Tennis-Klub 1897 E.V. Königsberg i. Pr., Vereinslokal Stadthalle". Da werden Erinnerungen wach werden!

Das zweite, von Frau Roggatz gehütete Gedicht hat zweifellos eine ostpreußische Autorin, wenn auch ihr Name mir bisher nicht bekannt war: Cilla Huck. Es ist ein sehr schönes Ostpreußengedicht voller Sehnsucht nach der Heimat, aber auch voller Stolz auf die Leistung unserer Vorfahren. Auch dieses Gedicht spiegelt die Lage wieder in der sich vor 70 Jahren die Geflüchteten sahen, und deshalb werde ich es in einer der nächsten Folgen bringen, da es sich auch sehr gut zum Vortragen eignet. *R.G.*



ZUM 99. GEBURTSTAG

Marklewitz, Kläre, geb. **Enzi**, aus Adl. Wolla, und Freihausen, Kreis Lötzen, am 9. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gawehn, Albert, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, am 8. März
Saborowski, Frieda, geb. **Bobel**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 11. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Jelonnek, Herbert, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 9. März
Schlick, Irmgard, geb. **Schipper**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 6. März

ZUM 94. GEBURTSTAG

Enskat, Herbert, aus Ebenrode, am 12. März
Jarsetz, Dora, geb. **Kerstrupp**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 13. März
Luschnat, Lucie, geb. **Tetzlaff**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. März
Westphal, Walter, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 10. März
Ziemer, Margarete, geb. **Pawellek**, aus Geißlingen, Kreis Ortelsburg, am 13. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Haimburger, Sigrid, aus Kondehnen, Kreis Samland, am 5. März
Höllger, Kurt, aus Iwenheide, Kreis Elchniederung, am 7. März
Hoppe, Erich, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 7. März
Krüger, Walter, aus Neidenburg, am 10. März
Maring, Willi, geb. **fr. Majewski**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März
Mews, Käthe, geb. **Bähr**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 8. März
Meyer, Edith, geb. **Brandstädter**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 9. März
Paulus, Anna, geb. **Czeslik**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 12. März
Pogodda, Kurt, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 7. März
Sedelke, Margarete, geb. **Mrowka**, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 9. März
Selleneit, Gerhard, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. März
Wach, Hildegard, geb. **Sczuplinski**, aus Kurkau, Kreis Neidenburg, am 10. März
Weidelich, Elisabeth, geb. **Mankau**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 12. März
Wlost, Otto, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 11. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Baehr, Elisabeth, geb. **Witt**, aus Lötzen, am 9. März
Bott, Ursula, geb. **Horn**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. März
Brosch, Elfriede Lotte, geb. **Samorski**, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 7. März
Gaudl, Anneliese, geb. **Kling**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 13. März
Jonnigkeit, Walter, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 10. März
Kaldun, Erna, geb. **Nummert**, aus Strobjehnen, Kreis Samland, am 2. März
Klimmek, Irmgard, geb. **Borowski**, aus Neidenburg, am 7. März
Lüdke, Herta, geb. **Naumann**, aus Bludau, Kreis Samland, am 6. März
Pilz, Margarete, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 6. März
Preuschoff, Gertrud, geb. **Kather**, aus Trankwitz, Kreis Samland, am 8. März
Rikeit, Helene, geb. **Motzkus**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 12. März
Schultz, Elfriede, geb. **Denda**, aus Burdungen, Kreis Neidenburg, am 12. März
Thiemicke, Martha, geb. **Kruppa**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 10. März
Walter, Irmgard, geb. **Marquardt**, aus Wachoderau, Kreis Ortelsburg, am 7. März
Zientarra, Gerda, geb. **Grodde**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 12. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Alex, Siegfried, aus Grünhof-Kippen, Kreis Elchniederung, am 8. März
Barbulla, Gertrud, geb. **Sklomeit**, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, am 11. März
Bernhard, Rosemarie, geb. **Hermes**, aus Pillau, Kreis Samland, am 5. März
David, Charlotte, geb. **Sköries**, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, am 7. März
Dieperink, Hildegard, geb. **Konietzky**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 10. März
Huuck, Erwin, aus Geidau, Kreis Samland, am 6. März
Kapteina, Heinz-Erich, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 12. März
Köhler, Anita, geb. **Bogdahn**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 13. März
Schmitz, Frieda, geb. **Schwarz**, aus Blumental, Kreis Lyck, am 13. März
Schneller, Hans-Joachim, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 12. März

ZUM 90. GEBURTSTAG

Böhnke, Ernst, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 8. März
Drenseck, Lieselotte, geb. **Rattay**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 13. März
Falk, Horst, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 9. März
Günther, Lieselotte, geb. **Turowski**, aus Lyck, am 11. März
Holuba, Renate, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 12. März
Karpowski, Friedrich, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 8. März
Kloss, Paul, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 7. März
Kosiey, Elfriede, geb. **Kensy**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 9. März
Kremser, Luise, aus Nautzau, Kreis Samland, am 2. März
Liehs, Rosemarie, geb. **John**, aus Kampken, Kreis Labiau, am 9. März
Majewski, Reinhold, aus Ortelsburg, am 8. März
Merkel, Hildegard, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. März
Mollnau, Elli, geb. **Menger**, aus Neidenburg, am 12. März
Nothdurft, Hildegard, geb. **Prepens**, aus Lötzen, am 10. März
Rißland, Waltraut, geb. **Riehl**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 11. März
Rogalla, Waltraut, geb. **Rudzinski**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 12. März
Scherello Erwin, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 12. März
Tienken, Gerda, geb. **Reschies**, aus Neudescherin, Kreis Elchniederung, am 8. März
Weitschies, Gerhard, aus Schillen/Szillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 11. März
Zuschrott, Gretel, geb. **Martschausky**, aus Pöscheiten, Kreis Memel, am 12. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Alexi, Fritz, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 13. März
Bauer, Gerti, geb. **Lucka**, aus Haasenberg, Kreis Ortelsburg, am 12. März
Bestmann, Marianne, geb. **Bast**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 2. März
Donde, Horst, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. März
Eichholz, Hildegard, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 9. März
Föllscher, Gerda, geb. **Dumschat**, aus Ebenrode, am 12. März
Fuchs, Helga, geb. **Doepner**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 13. März
Gruppe, Ursula, geb. **Dotzek**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 11. März
Hardt, Elfriede, aus Bartkenguth, Kreis Neidenburg, am 11. März
Herklotz, Dorothea, geb. **Lukat**, aus Groß Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 10. März
Hille, Gerhard, aus Neidenburg, am 13. März
Krieg, Siegfried, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 12. März
Loosen, Maria, geb. **Meyer**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 12. März
Marklein, Helmut, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 9. März
Mielenz, Irmgard, geb. **Kudritzki**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 12. März
Salewski, Jürgen, aus Treuburg, am 10. März
Scheffler, Prof. Dr. Klaus, aus Wildenhoff, Kreis Preußisch Eylau, am 8. März
Schulz, Inge, aus Groß Dirschkeim, Kreis Samland, am 1. März
Smaka, Waldemar, aus Markau, Kreis Treuburg, am 12. März
Sowa, Theodor, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 9. März
Wehden, Hannelore, geb. **Zylla**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 10. März
Werner, Hedwig, geb. **Tertel**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 9. März
Will, Rudi, aus Spallwitten, Kreis Samland, am 6. März
Wittek, Ruth, geb. **Stolz**, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 8. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bemba, Waldy, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 11. März
Boese, Marga, aus Mohrungen, am 23. Februar
Brenner, Erika, geb. **Schibath**, aus Pettkuhnen, Kreis Wehlau, am 10. März
Dapper, Helga, geb. **Gerwien**, aus Posselau, Kreis Samland, am 10. März
Erdmann, Hannelore, geb. **Gusko**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 10. März
Feege, Max, aus Lentenbude, Kreis Elchniederung, am 7. März
Fischer, Gisela, geb. **Lagerpusch**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 2. März
Fischer, Ruth, geb. **Fanderich**, aus Partheinen/Mükühnen, Kreis Heiligenbeil, am 7. März
Gabka, Werner, aus Treuburg, am 8. März
Grünfeld, Gisela, geb. **Wunderlich**, aus Ebenrode, am 10. März
Gutkowski, Lothar, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 8. März
Hildebrandt, Hildegard, geb. **Richter**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 7. März
Herfort, Konrad, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 7. März
Kämmer, Hedwig, geb. **Hasselfeld**, aus Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 4. März
Kilimann, Christel, geb. **Peel**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 9. März
Lasarzewski, Kurt, aus Regeln, Kreis Lyck, am 10. März
Marks, Gerhard, aus Schwengels, OT-Dothen, Kreis Heiligenbeil, am 12. März
Marschhausen, Gisela, geb. **Skubisch**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 9. März
Matuczak, Agnes, geb. **Ruddat**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 10. März
Merten, Ilse, geb. **Dziomba**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 10. März
Neumann, Ilse, geb. **Malluck**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 10. März
Nitsch, Wolf-Dieter, aus Pillau I, Kreis Samland, am 13. März
Ostrowski, Günter, aus Lötzen, am 9. März
Pörschke, Siegfried, aus Seerappen, Kreis Samland, am 13. März
Raudszus, geb. **Pendzich**, aus Neuforst, Kreis Lötzen, am 9. März
Rockenbauer, Inge, geb. **Gruslack**, aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg, am 13. März
Romeike, Arno, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 13. März
Sperner, Traute, **geb. Klein,** aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 13. März
Splitt, Hannelore, aus Neidenburg, am 9. März
Szogs, Udo, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. März
Thomas, Heinz, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 13. März
Zittlau, Heinrich, aus Montzen, Kreis Lyck, am 8. März
Zuehlsdorff, Hubert, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 10. März

ZUM 75. GEBURTSTAG

Blaskowski, Marie, geb. **Kilimann**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 7. März
Danisch, Manfred, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 8. März
Dzienisch, Wolfgang, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, am 13. März
Glauß, Hans, aus Klein Hubnicken, Kreis Samland, am 9. März
Kasper, Georg, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 25. Februar
Kreutz, Benno, aus Kirschnehnen, Kreis Samland, am 2. März
Krinke, Elfriede, geb. **Becker**, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 9. März
Pleik, Franz-Gerhard, aus Waldau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 11. März
Schmaler, Irene, geb. **Neumann**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 10. März
Stellmacher, Manfred, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 10. März
Walther, Urte, geb. **Howe**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 11. März
Wien, Udo Horst, aus Lank/Baumgart, Kreis Heiligenbeil, am 12. März
Wietasch, Klaus, aus Watzum, Kreis Samland, am 13. März

Singen im Mai

Das ostpreußische Musikwochenende

Auch in diesem Jahr werden vom 22. bis 25. Mai wieder Lieder aus „Der wilde Schwan“ und anderen Liederbüchern im Ostheim, in Bad Pyrmont, erklingen. Unter dem Motto „Um Liedgut zu erhalten, muss es gesungen werden“, bittet Seminarleiterin Brigitte Schulz zum Ostpreußischen Musikwochenende. Unter Anleitung studierter Musiker wird es Gruppen für Gesang, Gitarre und Flöte geben.

Die erfolgreiche Veranstaltung gibt es in unterschiedlicher Form schon seit 26 Jahren. Für das Musikwochenende 2015 beträgt die Seminargebühr 75 Euro. Schüler und Studenten zahlen 35 Euro. Teilnehmer aus Ostpreußen sind von der Gebühr befreit. Unterkunft und Vollverpflegung sind frei. Weitere Informationen: Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, info@ostpreussen.de, Telefon (040) 41400823, Fax: (040) 4140 0819 oder im Internet auf www.ostpreussen.de gehen. Hier links den Button Seminare anklicken.



Seit 26 Jahren: Klingendes Liedgut aus der Heimat — Bild: PAZ

Termine der LO

Jahr 2015

13. bis 15 März: Kulturseminar, Bad Pyrmont.
11. bis 12. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
13. bis 15. April: Arbeitstagung der Landesfrauen, Bad Pyrmont.
22. bis 25. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende, Bad Pyrmont.
7. bis 14. Juni: Werkwoche in Ostpreußen, Allenstein.
20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
25. bis 27. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Funk & Fernsehen

Sonnabend, 7. März, 16 Uhr, Das Erste: W wie Wissen – Schlaflos in Deutschland. Medizin-Reportage.
Sonnabend, 7. März, 17 Uhr, SWR: Meine Traumreise von den Karpaten nach Österreich – Mit dem Traktor auf Tour.
Sonntag, 8. März, 19.30 Uhr, ZDF: TerraX – Deutschland-Saga. Neue Folgen der Geschichtsdokumentation mit Chrstopher Clark.
Sonntag, 8. März, 23.15 Uhr, Bayern: Vision – Aus dem Leben der Hildegard von Bingen. Biografiedrama, D 2009.
Montag, 9. März, 19.30 Uhr, Arte: Unterwegs auf dem Nordseeküstenradweg. D 2015.
Montag, 9. März, 22.45 Uhr, Das Erste: Die Spur der Troika – Wie die Finanzexperten in Griechenland und anderswo vorgehen. D 2015.
Mittwoch, 11. März, 20.15 Uhr, SWR: Volksdroge Valium. Medizin-Reportage.
Donnerstag, 12. März, 23.15 Uhr, SWR: Die Frau, die im Wald verschwand. Nachkriegsdrama, D 2014.
Freitag, 13. März, 20.15 Uhr, NDR: Festspiele in Mecklenburg- Vorpommern.

Anzeige

Friedhelm Schülke
Manfred F. Schukat
17389 Anklam · Hirtenstraße 7a
Telefon/Fax: (0 39 71) 24 56 88
E-Mail: M.F.Schukat@web.de

Busreisen 2015

Geschichte
Bildung
Kultur

Danzig
Masuren
Königsberg
Riesengebirge
Tallinn • Riga
Kurische Nehrung
Memelland • Baltikum
Posen • Thorn • Stettin
Breslau • Krakau • Stolp



mit Lötzen, Goldap, Rastenburg, Nikolaiken, Allenstein, Zoppot, Kaschubei und Hela

Unser Programm:

- Schiffsreise auf den **MASURISCHEN SEEN** bis **NIKOLAIKEN**
- Führung in der **„WOLFSCHANZE"** bei **RASTENBURG**
- Orgelpräsentation in der Wallfahrtskirche **„HEILIGELINDE"**
- Ausflug nach **TREUBURG** und auf den **GOLDAPER BERG**
- Besuch des **DEUTSCHEN VEREINS** in **LÖTZEN**
- Stakerkahnfahrt auf der **KRUTTINNA** (Johannisburger Heide)
- Führung in **ALLENSTEIN** und am Oberländer Kanal
- Stadtführung in **DANZIG**; Besuch der **WESTERPLATTE**
- Orgelpräsentation in der Klosterkirche zu **OLIVA**
- Besuch im Ostseebad **ZOPPOT** (längster Seesteg der Ostsee)
- Ausflug in die **KASCHUBEI** mit Folklore-Nachmittag und Aufstieg zum Turmberg (Wieżyca)
- Schiffsfahrt über die Danziger Bucht zur Halbinsel **HELA**
- Zeit zur freien Verfügung zum Besuch von **HEIMATORTEN**

7x Halbpension *(Frühstück / warmes Abendessen)*
Doppelzimmer *mit Dusche und WC*
*1.-4. Nacht = Hotel **WODNIK***** in LÖTZEN (Giżycko)*
*5.-7. Nacht = Hotel **HEVELIUS****** in der Altstadt von DANZIG*

REISEPREIS: 555,00 EUR für o.g. Leistungen inkl.
(pro Person) alle Bus- u. Schiffsfahrten, Eintritte + Busreisesteuer
\+ 5,00 EUR Auslandskrankenschutz (empfohlen)
= **560,00 EUR**

Abfahrt ab Rostock - Stralsund - Greifswald - Anklam - Stettin, ggfs. Güstrow - Neubrandenburg mit Zustieg auf der Strecke bzw. Pkw-Stellplatz / preiswerte Pension in Anklam; komfortabler **Fernreisebus** mit Kleinküche und WC



mit Insterburg, Gumbinnen, Tilsit, Gerdauen, Pillau, Cranz, Rauschen & Kurische Nehrung

Unser Programm:

- Stadtrundfahrt und Besichtigungen in **KÖNIGSBERG** mit Führung: **DOM, HANSAPLATZ, SCHLOSSTEICH…**
- Tagesfahrt nach **INSTERBURG** und **GUMBINNEN**
- Tagesfahrt nach **TILSIT, RAGNIT** und an die **MEMEL**
- Tagesfahrt nach **THARAU, FRIEDLAND** und **GERDAUEN**
- Besichtigung des Pferdegestütes **GEORGENBURG**
- Fahrt zur Seestadt **PILLAU** mit Besichtigungen
- auf den Spuren des Bernsteins in **PALMNICKEN**
- Tagesausflug auf die **KURISCHE NEHRUNG:** Sarkau, Vogelwarte Rossitten, Pillkoppen, Wanderdünen...
- Besuch der Ostseebäder **CRANZ** und **RAUSCHEN**
- Taxivermittlung zum Besuch von **HEIMATORTEN**
- ACHTUNG: Gültiger **REISEPASS** erforderlich!

7 x Halbpension *(Frühstück / warmes Abendessen)*
Hotel BALTIKA* in KÖNIGSBERG (Kaliningrad)*
EURO-Class-Doppelzimmer *mit Dusch / WC*

REISEPREIS: 580,00 EUR für o.g. Leistungen inkl. alle
(pro Person) Busfahrten, Eintritte, Gebühren und Busreisesteuern
\+ 75,00 EUR russ. Visum inkl. Beschaffung
\+ 5,00 EUR Auslandskrankenschutz (Pflicht bei GUS-Reisen)
= **660,00 EUR**

Abfahrt ab Rostock - Stralsund - Greifswald - Anklam - Stettin, ggfs. Güstrow - Neubrandenburg mit Zustieg auf der Strecke bzw. Pkw-Stellplatz / preiswerte Pension in Anklam; komfortabler **Fernreisebus** mit Kleinküche und WC



mit Greifenhagen, Pyritz, Stargard, Cammin und der Insel Wollin

Unser Programm:

- Stadtbesichtigung mit Führung in **STETTIN:** Schloss der Pommerschen Herzöge, Hakenterrasse, Jakobi-Kirche, Hauptfriedhof, Quistorp-Aue, Café 22
- Schiffsfahrt auf der **ODER** und dem Dammschen See
- Stadtbesichtigungen in **PYRITZ** und **STARGARD, GREIFENHAGEN** und **CAMMIN**
- Besuch der Kriegsgräberstätte **GLIEN**
- Orgelkonzert im Dom St. Johannes zu **CAMMIN**
- Ausflug zur Kirchenruine **HOFF** an der Ostsee
- Rundfahrt auf der Insel **WOLLIN** mit Stationen auf dem **GOSANBERG** und im Ostseebad **MISDROY**
- Zeit zur freien Verfügung + Besuch von **HEIMATORTEN**

2 x Halbpension *(Frühstück / warmes Abendessen)*
Doppelzimmer *mit Dusche / WC*
*im **NOVOTEL****** STETTIN direkt in der Innenstadt*

REISEPREIS: 219,00 EUR für o.g. Leistungen inkl.
(pro Person) alle Schiffs- und Busfahrten, Eintritte und Busreisesteuern
\+ 1,00 EUR Auslandskrankenschutz (empfohlen)
= **220,00 EUR**

Abfahrt ab Rostock - Stralsund - Greifswald - Anklam - Pasewalk - Stettin mit Zustieg auf der Strecke bzw. Pkw-Stellplatz und preiswerte Pensionen in Anklam; komfortabler **Fernreisebus** mit Kleinküche und WC



mit Bromberg, Schwetz, Graudenz, Kulm Marienwerder, Gnesen, Schneidemühl

Unser Programm:

- auf der Hinfahrt Station in **SCHNEIDEMÜHL**
- Stadtführung mit Besichtigungen in **POSEN**: Altstadt, Ring, Stadtpfarrkirche, Wilhelmsplatz, Neustadt, Kaiserschloss
- Besichtigung des berühmten Domes zu **GNESEN**
- Stadtführungen und Besichtigungen in **THORN** (UNESCO), **KULM, GRAUDENZ, MARIENWERDER** und **BROMBERG**
- Panoramaschiffsfahrt auf der **WEICHSEL** vor Thorn
- Picknick an der Weichselfähre **KURZEBRACK**
- Ausflug zur Burg des Deutschen Ordens in **SCHWETZ**
- Besuch der Gedenkstätte **POTULITZ** bei Bromberg
- Zeit zur freien Verfügung zum Besuch von **HEIMATORTEN**

4 x Halbpension *(Frühstück / warmes Abendessen)*
Doppelzimmer *mit Dusche / WC*
*1. Nacht = Hotel **RZYMSKI***** im Zentrum von POSEN (Poznań)*
*2.- 4. Nacht = Hotel **HELIOS***** im Zentrum von THORN (Toruń)*

REISEPREIS: 363,00 EUR für o.g. Leistungen inkl.
(pro Person) alle Schiffs- und Busfahrten, Eintritte und Busreisesteuern
\+ 2,00 EUR Auslandskrankenschutz (empfohlen)
= **365,00 EUR**

Abfahrt ab Rostock - Stralsund - Greifswald - Anklam - Pasewalk - Stettin mit Zustieg auf der Strecke bzw. Pkw-Stellplatz und preiswerte Pensionen in Anklam; komfortabler **Fernreisebus** mit Kleinküche und WC



mit Petzer, Trautenau, Hirschberg, Hohenelbe und Spindlermühle

Unser Programm:

- Besuch der Frauenkirche in **DRESDEN,** Station in **GÖRLITZ**
- **RIESENGEBIRGS**-Rundfahrt mit **SPINDLERMÜHLE, SPINDLERBAUDE, HOHENELBE** und **TRAUTENAU**
- Fahrt mit dem Kabinenlift auf die **SCHNEEKOPPE**
- Besuch im **SAFARI-PARK** Königinhof (Dvůr Kralové)
- Ausflug nach **HIRSCHBERG** (Jelenia Góra), **KRUMMHÜBEL** (Karpacz) mit Kirche **WANG** und zu den Schlössern **LOMMNITZ** und **STONSDORF** im Hirschberger Tal
- Besuch im Gerhart-Hauptmann-Haus **AGNETENDORF**
- Führung im schlesischen Kloster **GRÜSSAU** (Krzeszów)
- Ausflug in die **ADERSBACHER FELSEN & BAD KUDOWA**
- Station in **BUNZLAU** mit Werksverkauf in einer Keramikfabrik
- Zeit zur freien Verfügung, zum Wandern in der Umgebung und zum Aufsuchen von **HEIMATORTEN**

7 x Halbpension *(Frühstück / warmes Abendessen)*
Doppelzimmer *mit Dusche und WC*
Hotel HORIZONT* *in Petzer (Pec pod Sněžkou)*

REISEPREIS: 456,00 EUR für o.g. Leistungen inkl.
(pro Person) alle Busfahrten, Eintritte und Busreisesteuern
\+ 4,00 EUR Auslandskrankenschutz (empfohlen)
= **460,00 EUR**

Abfahrt ab Rostock - Stralsund - Greifswald - Anklam Berliner Ring - Dresden mit Zustieg auf der Strecke bzw. Pkw-Stellplatz / preiswerte Pension in Anklam; komfortabler **Fernreisebus** mit Kleinküche und WC



mit Neustettin, Stolpmünde, Leba, Lauenburg, Bütow und Kolberg

Unser Programm:

- Stadtführungen in **BAD POLZIN, NEUSTETTIN, RUMMELSBURG, STOLP, BÜTOW** und **LAUENBURG**
- Ausflug nach **STOLPMÜNDE** (Ustka)
- Besuch der Traukirche Otto v. Bismarcks in **ALT-KOLZIGLOW**
- Fahrt zur **LONTZKE-DÜNE** und nach **LEBA**
- Besichtigung des kaschubischen Freilichtmuseums **KLUCKEN**
- Besuch beim deutschen **STOLPER BUND**
- Zeit zur freien Verfügung zum Besuch von **HEIMATORTEN**
- Rückfahrt mit Station in **RÜGENWALDE** und **KOLBERG**
- Besichtigung der Kirchenruine **HOFF**

3 x Halbpension *(Frühstück / warmes Abendessen)*
Doppelzimmer *mit Dusche / WC*
Hotel ***STAROMIEJSKI******
direkt in der Innenstadt von STOLP (Słupsk)

REISEPREIS: 288,00 EUR (pro Person) für o.g. Leistungen inkl. alle Busfahrten, Eintritte und Busreisesteuern
\+ 2,00 EUR Auslandskrankenschutz (empfohlen)
= 290,00 EUR

Abfahrt ab Rostock - Stralsund - Greifswald - Anklam - Pasewalk - Stettin mit Zustieg auf der Strecke bzw. Pkw-Stellplatz und preiswerte Pensionen in Anklam; komfortabler **Fernreisebus** mit Kleinküche und WC



mit Allenstein, Osterode, Mohrungen, Elbing, Frauenburg, Neidenburg und Danzig

Unser Programm:

- Schiffsfahrt auf dem **OBERLAND-KANAL** (Rollberge)
- Stadtführung mit Besichtigungen in **OSTERODE, ALLENSTEIN, ORTELSBURG, MOHRUNGEN** und **NEIDENBURG**
- Besuch des deutschen Vereins in **OSTERODE**
- Besichtigung des Freilicht-Museumsdorfes **HOHENSTEIN** und der Stätten von **TANNENBERG** (Grunwald)
- Station in **ELBING** mit Besichtigung der Innenstadt
- Schiffsfahrt über das **FRISCHE HAFF** nach **KAHLBERG**
- Orgelkonzert im Dom zu **FRAUENBURG**
- **OSTPREUSSISCHES SOMMERFEST 2015** in Masuren
- Zeit zur freien Verfügung; Taxivermittlung in jeder Stadt zum Besuch von **HEIMATORTEN**
- auf der Rückreise Führung und Stadtbummel in **DANZIG**

6 x Halbpension *(Frühstück / warmes Abendessen)*
HOTEL MASURIA**** *am Eising-See bei Osterode / Allenstein*
Doppelzimmer *mit Dusche / WC*

REISEPREIS: 516,00 EUR (pro Person) für o.g. Leistungen inkl. alle Bus- und Schiffsfahrten, Eintritte und Busreisesteuer
\+ 4,00 EUR Auslandskrankenschutz (empfohlen)
= 520,00 EUR

Abfahrt ab Rostock - Stralsund - Greifswald - Anklam - Stettin, ggfs. Güstrow - Neubrandenburg mit Zustieg auf der Strecke bzw. Pkw-Stellplatz / preiswerte Pension in Anklam; komfortabler **Fernreisebus** mit Kleinküche und WC



mit Grüssau, Schweidnitz, Oppeln, Zakopane, Hohe Tatra

Unser Programm:

- Stationen in **BUNZLAU, OPPELN** und **ST. ANNABERG**
- Stadtführung mit Besichtigungen in **BRESLAU:** Rathaus, Ring, Aula Leopoldina, Dom, Jahrhunderthalle, Botanischer Garten
- Panorama-Schiffsfahrt auf der **ODER** in Breslau
- Führung im Barockkloster **GRÜSSAU** bei Waldenburg
- Besichtigung der Friedenskirche in **SCHWEIDNITZ** (UNESCO)
- Besuch der Kriegsgräberstätte **GROSS-NÄDLITZ**
- Stadtführung mit Besichtigungen in **KRAKAU**: Kościuszko-Höhe, Marienkirche, Tuchhallen, Wawel, Jüdisches Viertel Kazimierz
- Panorama-Schiffsfahrt auf der **WEICHSEL** in Krakau
- **3x „ABEND IN KRAKAU“** auf dem Hauptmarkt
- Ausflug zum größten poln. Wintersport- & Kurort **ZAKOPANE**
- Fahrt mit dem Kabinenlift auf den **BESKID** (2.012m ü.N.N.)
- Zeit zur freien Verfügung und zum Besuch von **HEIMATORTEN**

6 x Halbpension *(Frühstück / warmes Abendessen)*
Doppelzimmer *mit Dusche / WC*
1. - 3. Nacht = ***ORBIS-NOVOTEL****** *in BRESLAU (Wrocław)*
4. - 6. Nacht = ***Hotel WYSPIAŃSKI****** *in KRAKAU (Kraków)*

REISEPREIS: 537,00 EUR (pro Person) für o.g. Leistungen inkl. alle Schiffs- u. Busfahrten, Eintritte, Busreisesteuern
\+ 3,00 EUR Auslandskrankenschutz (empfohlen)
= 540,00 EUR

Abfahrt ab Rostock - Stralsund - Greifswald – Anklam – Berlin bzw. Pkw-Stellplatz / preiswerte Pensionen in Anklam; komfortabler **Fernreisebus** mit Kleinküche und WC



mit Insterburg, Gumbinnen, Tilsit, Gerdauen, Pillau, Cranz, Rauschen & Kurische Nehrung

Unser Programm:

- Stadtrundfahrt und Besichtigungen in **KÖNIGSBERG** mit Führung: **DOM, HANSAPLATZ, SCHLOSSTEICH…**
- Tagesfahrt nach **INSTERBURG** und **GUMBINNEN**
- Tagesfahrt nach **TILSIT, RAGNIT** und an die **MEMEL**
- Tagesfahrt nach **THARAU, FRIEDLAND** und **GERDAUEN**
- Besichtigung des Pferdegestütes **GEORGENBURG**
- Fahrt zur Seestadt **PILLAU** mit Besichtigungen
- auf den Spuren des Bernsteins in **PALMNICKEN**
- Tagesausflug auf die **KURISCHE NEHRUNG:** Sarkau, Vogelwarte Rossitten, Pillkoppen, Wanderdünen…
- Besuch der Ostseebäder **CRANZ** und **RAUSCHEN**
- Taxivermittlung zum Besuch von **HEIMATORTEN**
- ACHTUNG: Gültiger **REISEPASS** erforderlich!

7 x Halbpension *(Frühstück / warmes Abendessen)*
Hotel BALTIKA*** *in KÖNIGSBERG (Kaliningrad)*
EURO-Class-Doppelzimmer *mit Dusche / WC*

REISEPREIS: 580,00 EUR (pro Person) für o.g. Leistungen inkl. alle Busfahrten, Eintritte, Gebühren, und Busreisesteuern
\+ 75,00 EUR russ. Visum inkl. Beschaffung
\+ 5,00 EUR Auslandskrankenschutz (Pflicht bei GUS-Reisen)
= 660,00 EUR

Abfahrt ab Rostock - Stralsund - Greifswald - Anklam - Stettin, ggfs. Güstrow - Neubrandenburg mit Zustieg auf der Strecke bzw. Pkw-Stellplatz / preiswerte Pension in Anklam; komfortabler **Fernreisebus** mit Kleinküche und WC



Unser Programm:

- Flug von **BERLIN**-Tegel nach **RIGA** und zurück
- **KURISCHE NEHRUNG** mit **NIDDEN**, Thomas-Mann-Haus, Wanderdünen, Fischerkirche, Schwarzort, Festung Süderspitze
- Stadtführung in **MEMEL** mit Besuch im Simon-Dach-Haus und im deutsch-litauischen Hermann-Sudermann-Gymnasium
- Ausflug nach **HEYDEKRUG, RUSS**, Vogelwarte **WINDENBURG**
- Besichtigung des Bernsteinmuseums in **POLANGEN** (Palanga)
- Station am litauischen **BERG DER KREUZE** bei Siauliai sowie in **MITAU** (Jelgava) und **LIBAU** (Liepaja)
- Stadtführung in **TALLINN** mit Altstadt, Domberg, Katharinental
- Stadtführung in **TARTU** (Dorpat) und Station am **PEIPUSSEE**
- Stadtführung in **RIGA** mit Altstadt und Jugendstil-Viertel
- Panoramaschiffsfahrt auf der **DÜNA** (Daugava)
- Ausflug zum Ostseebad **JURMALA** bei Riga
- Besuch der Kriegsgräberstätte in **SALDUS** / Kurland
- Zeit zu freien Verfügung und zum Besuch von **HEIMATORTEN**

9 x Halbpension *(Frühstück / warmes Abendessen)*
Doppelzimmer *mit Dusche / WC*
1. - 4. Nacht = Hotel ***KLAIPEDA******* *in MEMEL (Klaipeda/Litauen)*
5. - 7. Nacht = Hotel ***L´ERMITAGE******* *in TALLINN (Estland)*
8. - 9. Nacht = Hotel ***OLD RIGA PALACE****** *in RIGA (Lettland)*

REISEPREIS: 1.000,00 EUR (pro Person) für o.g. Leistungen inkl. Hin-/Rückflug, alle Schiffs- und Busfahrten, Eintritte, Gebühren und Busreisesteuern
\+ 10,00 EUR Auslandskrankenschutz (empfohlen)
= 1.010,00 EUR

Abfahrt ab Rostock - Stralsund - Greifswald - Anklam - Berlin mit Zustieg auf der Strecke bzw. Pkw-Stellplatz / preiswerte Pension in Anklam; komfortabler **Fernreisebus** mit Kleinküche und WC

An: Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam

Anmeldung zur Busfahrt

Termin: ……… nach: ………

Name, Vorname: ……… Geb.-Dat.: ………

PLZ, Wohnort, Straße, Telefon: ………

1.) ………

2.) ………

3.) ………

Welcher Heimatort/-kreis soll besucht werden ? ………

Pkw-Stellplatz in Anklam: JA / NEIN / WANN? ………

Pensionsplätze in Anklam: JA / NEIN / WANN / WIEVIEL ? ………

Gewünschter Zustieg auf der Strecke: ……… Unterschrift: ………

Auslandskrankenschutz: JA / NEIN ? ……… Datum: ………

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesverband – Mittwoch, 18. März, 18 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Schloßstraße 92, Stuttgart: „Die Mennoniten und ihre Köstlichkeiten" – Vortrag von Karla Weyland, Landeskulturreferentin. Aus dem Inhalt: Menno Simons wurde 1496 in Witmarsum in der heutigen niederländischen Provinz Friesland als Bauernsohn geboren. Er schlug die geistliche Laufbahn ein und wurde 1524 zum Priester geweiht. Unter dem Einfluss von Martin Luther und anderer Reformatoren legte er 1536 sein Amt nieder. Menno starb am 31. Januar 1561 in Bad Oldesloe in Holstein.

Holland war im Krieg gegen Spanien und so wurden alle Männer als Soldaten eingezogen. Da die Mennoniten sich weigerten, Waffen zu benutzen, wurden sie verfolgt und verjagt. Schon nach der ersten Verfolgungswelle in Holland führte Menno Simon die Mennoniten zunächst in die Schweiz, dann nach Preußen und über Danzig in das Danziger Werder (1556). Dort legten sie blühende Siedlungen an, bauten Deiche und entwässerten das Land. Anschließend besiedelten sie das Marienburger Werder und Teile Ostpreußens. Die Mennoniten waren überwiegend Bauern, Deichbauern und Kaufleute.

Die Ratsordnung der Stadt Danzig erwirkte, dass die Mennoniten sich nicht in der Stadt niederlassen und kein Handwerk ausüben durften. Es blieben ihnen nur die Handweberei und das Herstellen von Spirituosen. Daraus machten sie allerdings das Beste, unter anderem das „Danziger Goldwasser"!

Es erwartet Sie ein interessanter Vortrag mit anschließender Diskussion, zu dem Sie, Ihre Freunde und Bekannten herzlich eingeladen sind. Der Eintritt ist frei.

Heidelberg – Sonntag, 15. März, 15 Uhr, Hotel Leonardo, Bergheimerstraße 63: Nach der gemütlichen Kaffeetafel findet die Jahreshauptversammlung statt. Danach unterhält Herr Tschirner mit einem heiteren Film über die Finanzen von der Steinzeit bis heute. Gäste sind herzlich willkommen.

Ludwigsburg – Mittwoch, 18. März, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch

Reutlingen – Sonnabend, 7. März, 14 Uhr, Zentrum für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6: Jahreshauptversammlung mit obligatorischem Heimatessen: Grützwurst mit Sauerkraut. Auch nach 70 Jahren Flucht und Vertreibung wollen wir unsere Gebräuche in wachsamer Erinnerung halten. Die Vorstandsfrauen kochen nach überliefertem Rezept. Das Prgramm: Nach der Kaffeetafel folgt der Jahresrückblick der 1. Vorsitzenden Ilse Hunger, danach der Bericht der Kassenwartin Marianne Praß sowie der Kassenprüferin Helga Dehmer-Kaun und der Frauengruppenleiterin Erika Manzau-Schmidt. Danach folgen die Totenehrung und Glückwünsche zu 80. beziehungsweise 90. Geburtstagen sowie Ehrungen langjähriger Mitglieder. Der gemütliche Teil wird auch nicht zu kurz kommen. Wir laden alle Mitglieder und Freunde unserer unvergessenen Heimat von Herzen ein. Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldung unter Telefon (07121) 52541.

Ulm – Der Termin für das monatliche Treffen der Kreisgruppe im März in den Ulmer Stuben muss wegen Überschneidung verlegt werden. Bisher geplant: 14. März, 14.30 Uhr. Neuer Termin: 7. März, 14.30 Uhr.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 14. März, Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordensschloss Ellingen, Schloss-Straße 9, 91792 Ellingen: Landeskulturtagung. Das Tagungsprogramm:

9.30 Uhr: Eröffnung und Einführung in das Programm durch den Landeskulturreferenten Dr. Jürgen Danowski.

9.50 Uhr: Andacht und Kurzvortrag „Reformation in Preußen" von Pfarrer Klaus Plorin.

10.15 Uhr: „Wenn Seufzer Luftballons wären – Die Geschichte der deutschen Flüchtlinge des Lagers Rye in Dänemark 1945–1948, Vortrag von Annette Jakobsen, Dänemark. Danach Kaffeepause.

11.30 Uhr: „Das Kriegsende 1945 aus litauischer Sicht", Vortrag von Dr. Joachim Tauber, Lüneburg. Danach Tagungspause und Mittagessen.

14 Uhr: Rundgang durch die Ausstellungsräume des Kulturzentrums mit Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums. Danach Kaffeepause.

15 Uhr: „Der große Unbekannte – Preußens Staatsgründer Albrecht von Brandenburg-Ansbach", Vortrag von Peter Bräunlein, Ansbach.

17 Uhr Tagungsabschluss durch Jürgen Danowski.

Wie im Vorjahr schon wird kein Tagungsbeitrag erhoben. Kaffee und Kuchen wird in den Pausen gereicht Das Mittagessen werden wir in dem „Schlossbräustübl" gegenüber dem Schloss einnehmen. Weitere Informationen: (0981) 4884949 oder per E-Mail: dr.juergen.danowski@gmx.de .

Bamberg – Mittwoch, 18. März, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: Vortrag: „Schlesien im Spiegel der Geschichte".

Hof – Sonnabend, 14. März, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Monatliche Zusammenkunft. Gäste sind willkommen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Landshut – Dienstag, 17. März, 14 Uhr, Gasthaus „Zur Insel": Gemeinsames Treffen

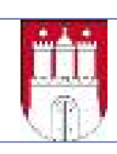


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Dienstag, 10. März: Besuch der Ausstellung „Künstlerkolonie Nidden – Paradies auf der Kurischen Nehrung". Die Ausstellung in der Kunstschau Lilienthal zeigt mehr als 100 Gemälde und Dokumente, von denen sich viele in der Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg befanden. Da diese dort wegen des derzeit laufenden Umbaus des Museums nicht gezeigt werden können, bietet sich eine einmalige Gelegenheit, diese großartigen Bilder hier in der Nähe zu sehen. Wenn Sie an der gemeinsamen Besichtigung teilnehmen möchten, fahren Sie mit der BSAG-Linie 4S um 14.04 Uhr ab Domsheide, beziehungsweise um 14.10 Uhr ab Hauptbahnhof und erreichen die Haltestelle „Truper Deich" um 14.34 Uhr. Frau Schramm wird die Teilnehmer dort an der Haltestelle abholen und sie in die 200 Meter entfernte Kunstschau begleiten. Der Eintritt beträgt 5 Euro. Frau Schramm wird die Gruppe dann auch durch die Ausstellung führen. Sie bittet um telefonische Anmeldung (04298) 698765. Nach der Führung können Sie den Nachmittag im Museumscafé gemütlich ausklingen lassen.

Frauengruppe – Jeder dritte Donnerstag im Monat, 15 Uhr, Hotel zur Post, Bahnhofsplatz 11, 28195 Bremen: Treffen.



HAMBURG

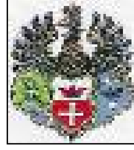
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Donnerstag, 26. März, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg (S1, S2, S3 bis Stadthausbrücke, U3 bis Rödingsmarkt, Bus 37 bis Haltestelle Michaeliskirche): Delegiertenversammlung der Landesgruppe. – Sonnabend, 28. März, 10 bis 16 Uhr, Haus der Heimat: Ostermarkt der mittel- und ostdeutschen Landsmannschaften. Angeboten werden heimatliche Spezialitäten. Auch der Ostpreußenstand ist dabei.

KREISGRUPPEN



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

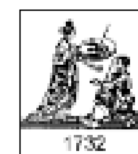


Königsberg – Dienstag, 17. März, 12.30 Uhr, Café Harmonie, Alsterdorfer Straße 579, Hamburg-Ohlsdorf: Königsberger-Klopse-Essen. Für ein unterhaltsames Programm ist gesorgt. Anmeldungen bis Mittwoch, 11. März bei Brigitte Reimer, Telefon (040) 873495, oder Christel Kaufmann (abends), Telefon (040) 6720489.



Osterode – Einladung zum Frühlingsfest am Sonnabend, den 21. März, um 14. Uhr, in das Restaurant Ribling (früher Krohn) Magnolienzimmer, Fuhlsbüttler Straße 755, 22337 Hamburg. Das Restaurant liegt direkt am U/S-Bahn Ausgang Fuhlsbüttler Straße. Wir beginnen mit einer gemeinsamen Kaffeetafel, um bei einem gemütlichen Nachmittag mit Liedern und Erzählungen den herannahenden Frühling zu begrüßen. *Günter Stanke*

SALZBURGER

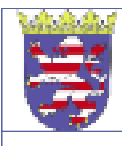


Sonnabend, 7. März, 13 Uhr, Hotel „St. Raphael", Adenauerallee 41: Die Landesgruppe Hamburg / Schleswig-Holstein / Nordniedersachsen des Salzburger Vereins trifft sich mit diesem Programm:

1) Vortrag „Religion und Glaubenssachen in Ostpreußen Anfang des 20. Jahrhunderts"

2) Film: „Unterwegs im Norden Ostpreußens – eine kulturhistorische Reise" (Teil I)

Mitglieder des Vereins und Gäste sind herzlich willkommen.

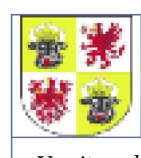


HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Lahn-Dill – Montag, 9. März, 18.30 Uhr, Restaurant Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128, 35578 Wetzlar: Grützwurstessen. Danach sprechen Friederike Preuß und Karla Weyland zum Thema „Was Essen zum Genuss macht". Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 10. März, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 55: „Heiteres aus Masuren" – Treffen der Frauengruppe. – Sonnabend, 14. März, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: „Den eigenen Willen richtig regeln." – Ingrid Reiß, Diplom-Sozialarbeiterin und Familientherapeutin, spricht über Vorsorge im Falle der eigenen Entscheidungsunfähigkeit durch rechtlich wirksame Vollmacht, Betreuungsverfügung und Patientenverfügung. Zuvor Kaffeetafel



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Sonnabend, 14. März, 10 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus", Baustraße 48–49, Anklam (Stadtzentrum/Nähe Markt): Großes Frühlingstreffen der Ostpreußen. Dazu sind alle Landsleute aus Ostpreußen, Danzig und Westpreußen mit Angehörigen sowie alle Interessenten von nah und fern sehr herzlich eingeladen. Im Mittelpunkt steht das Gedenken an das Kriegsende vor 70 Jahren und damit verbunden an Flucht, Vertreibung und den Verlust der Heimat. Ehrengast ist Pfarrer Uwe Holmer, der in der Wendezeit Erich Honecker und seine Frau aufgenommen hat. Eigens zu diesem Anlass nimmt der russische „Kant-Chor Gumbinnen" eine weite Anreise aus dem Königsberger Gebiet auf sich, um in Anklam dabei zu sein. Das Heimattreffen wird vom Posaunenchor Friedrich-Bansin festlich umrahmt. Wie immer ist für Königsberger Klopse, Kaffee, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher, Landkarten und genügend Parkplätze gesorgt. Erwartet werden 500 bis 600 Besucher.

– Ankündigung –

Die Ostpreußen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern treffen sich am Sonnabend, dem 26. September, von 10 bis 17 Uhr in der Sport- und Kongresshalle Schwerin, Wittenburger Straße 118. Dort werden mehr als 2000 Besucher erwartet. Angehörige und Interessenten von nah und fern sind ebenfalls herzlich eingeladen. Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert. Für die Gäste ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet. Angesagt haben sich sieben Chöre aus Ostpreußen (Masuren, Königsberg, Memelland), der Shanty-Chor „De Klaashahns" aus Rostock-Warnemünde und das Landespolizeiorchester Mecklenburg-Vorpommern. Ehrengäste sind der Botschafter der Republik Litauen in Deutschland, Deividas Matulionis, die Justizministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Uta-Maria Kuder, und der Bundessprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Busse und Fahrgemeinschaften werden durch die örtlichen Ostpreußen-Gruppen organisiert – bitte dort erkundigen. Hotelplätze vermittelt die Tourist-Information Schwerin, Telefon (0385) 5925212. Die Sport- und Kongresshalle ist mit der Stadtbuslinie 11 sehr gut vom Hauptbahnhof erreichbar.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Sonnabend, 14. März, 9.15 Uhr, Bahnsteig 2, Bahnhof Buxtehude: „Erlebnis Speicherstadt Hamburg" – Gemeinsamer Ausflug.

Oldenburg – Mittwoch, 11. März, 15 Uhr, Stadthotel Oldenburg: Vortrag von Dr. Jörn Barfod, Kustos am Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg über „Alfred Partikel und die Königsberger Kunstakademie". Gäste sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Dienstag, 10. März, 16.30, Hotel „Ibis": Blumenthaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 20. März, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu", Blumenthaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe, – Sonnabend, 21. März, 11 Uhr, Parkhotel: Jahreshauptversammlung mit Grütz-wurstessen. Anmeldung bis 10. März bei Else Tober, Telefon 1393614 – Donnerstag, 26. März, Gaststätte „Bürgerbräu": Literaturkreis.

Rinteln – Donnerstag, 12. März, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen wird Joachim Berg Filmausschnitte aus seinem Heimatarchiv vorführen. Neben den Mitgliedern der Gruppe und Freunden sind interessierte Gäste aus Nah und Fern ebenfalls herzlich willkommen. Weitere Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder über: rebuschat@web.de

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Die diesjährige Frühjahrs-Delegierten-, Kultur- und Frauentagung findet am 14. März wieder in Oberhausen statt. Beginn: 10 Uhr. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen. Wahlen stehen an. Wir haben wieder ein interessantes Programm zusammengestellt und freuen uns besonders, dass wir Dr. Mario Kandil für einen Vortrag über Bismarck gewinnen konnten. Interessant werden auch die Ausführungen von Dr. Becker sein, der über seine Eindrücke in Ostpreußen sprechen wird. Sehr erfreut sind wir, dass die Broschüren von Professor Hartmut Fröschle „Die Deutschen in Polen 1918–1939“ und Schultze-Rhonhofs „Danzig und Ostpreußen zwei Kriegsanlässe 1939“ großes Interesse finden. Wir möchten es nicht versäumen, auch Ihnen diese Broschüre ans Herz zu legen. Sie wird auch auf unserer Tagung zu erwerben sein. *Brigitte Gomolka*

Bad Godesberg – Jeder erste Mittwoch des Monats, Stadthalle Bad Godesberg: Treffen der Frauengruppe – Jeder dritte Mittwoch des Monats, 15 Uhr, Erkerzimmer, Stadthalle Bad Godesberg: Stammtisch.

Dortmund – Montag, 16. März, 14 Uhr, Landgrafenschule, Eingang Märkische Straße: Heimatliches Beisammensein. Gäste sind willkommen.

Düsseldorf – Montag, 9. März, 19 Uhr, Ausstellungsraum, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: „Russen, Juden, Deutsche“ – Eröffnung der Fotoausstellung (9. März bis 30. April) von Michael Kerstgens. – Freitag, 13. März, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Sonnabend, 14. März, 10 Uhr, Oberhausen: Delegierten-, Kultur-, und Frauentagung. – Sonnabend, 14 März, Konferenzraum, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH): Vortrag „Frühling in Schlesien“. – Dienstag, 17. März, 19 Uhr, Konferenzraum, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH): Sergej Lochthofen stellt seine Bücher „Grau“ und „Schwarzes Eis“ vor. – Freitag, 20. März, 15 Uhr, Konferenzraum, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH): Vorbesprechung der Studienreise nach Polen. – Mittwoch, 25. März, 18 Uhr, Konferenzraum, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH); „Jakobowsky und der Oberst“, Filmvorführung mit Einführung von Professor Volkmar Hansen alässlich des 70. Todestages von Franz Werfel.

Mülheim an der Ruhr – Dienstag, 10. März, 15 Uhr, Handelshof: Jahresabschlussberichte der Vorsitzenden, der Frauengruppe und Kassenberichte. Danach: Referat zum Thema „Ostpreußische Persönlichkeiten“ und Königsberger-Klopse-Essen. Nach dieser Veranstaltung wird sich die Kreisgruppe auflösen, da es nur noch wenige Teilnehmer gibt.

Essen – Freitag, 20. März, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: „Der Habicht – edler Jäger mit akrobatischem Geschick – Der Vogel des Jahres 2015“. Referent: Ulrich Hoffman

Remscheid – Jeder zweite Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, Gemeindehaus der evangelischen Johannes-Kirchengemeinde in der Eschenstraße: Treffen der Frauengruppe. – Jeder dritte Donnerstag im Monat, 14.30 Uhr, „Zunftstuben“, Palmstraße 10: Treffen der Ostpreußenrunde.

Siegen – Die Frauengruppe der Ost-und Westpreußen trifft sich regelmäßig an jedem 3. Dienstag im Monat um 14 Uhr ab sofort im barrierefreien Café Patmos in Siegen-Geisweid in der Sohlbacher Straße.

Witten – Montag, 16. März, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: „Westpreußen von Graudenz bis zur Weichselmündung“.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Sonnabend, 7. März, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: „Ännchen von Tharau.“ – Referat von Alfred Zachau



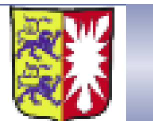
SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Sonnabend, 11. April, 10 Uhr, St. Matthäusgemeinde, Zinnsendorferstraße, 09116 Chemnitz: Kirchentag der evangelischen Gemeinschaft der Ostpreußen. Der Kirchentag beginnt mit dem Gottesdienst gehalten vom Pfarrer i. R. Klaus Plorin. Im Anschluß wird ein Grußwort des CDU-Kreisverbandes von Ralph Burckhard übermittelt. Der Vortrag vom Direktor des Kulturzentrums aus Ellingen, Wolfgang Freyberg, wird mit großer Spannung erwartet. Am Nachmittag wird uns der Kindergarten der Gemeinde mit einem schönen Kulturprogramm erfreuen.

Im Vorfeld werden am 10. und am 17. März drei Mitglieder unserer Landesgruppe der Jungen Gemeinde von ihren Erlebnissen erzählen: „Meine Notkofirmation in Königsberg“ mit Erna Felber und „Erlebnisse meiner Flucht aus Königsberg“ mit Hannelore Kedzierski sowie „ Meine Erlebnisse als Wolfskind“ mit Gertraut Groß. Alle Landsleute sind auf das herzlichste eingeladen. *Alexander Schulz, Landesvorsitzender*

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelmi-

Fehmarn – Dienstag, 10. März, 15 Uhr, Haus im Stadtpark, 23769 Burg: Dr. Christoph Hinkelmann vom Ostpreußenmuseum in Lüneburg zeigt eine Dia-Show über den Winter in Ostpreußen.

Flensburg – Freitag, 20. März, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé Mathildenstraße 22: Die Flensburger Polizei zum Thema, „Hausbesuche von ungebetenen Gästen“.

Neumünster – Mittwoch, 11. März, 15 Uhr, „Restaurant am Kantplatz“: Nach der Jahreshauptversammlung berichten Zeitzeugen über „70 Jahre Flucht und Vertreibung“.

Pinneberg – Sonntag, 15. März, 16 Uhr, Restaurant „Mondea“, Mühlenstraße 70d: Jahreshauptversammlung. Die Tagesordnung: 1. Begrüßung durch die Vorsitzende mit Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung. 2. Totenehrung. 3. Bericht der Vorsitzenden. 4. Verlesen und Genehmigung des Protokolls der Jahreshauptversammlung vom 9. März 2014. 5. Bericht der 2. Vorsitzenden über die Aktivitäten 2014. 6. Bericht des Schatzmeisters mit Aussprache. 7. Kassenprüfbericht mit Antrag auf Entlastung des Vorstands. 8. Vorstellen des Wirtschaftsplans für das Jahr 2015. 9. Neuwahlen des Vorstands. Zur Wahl stehen an: Erster Vorsitzende/r, Schatzmeister/Kulturwart, Schriftführer, 1 Kassenprüfer, 2 Beisitzer. 10. Ehrungen. 11. Anträge (bitte bis 3 Tage vorher in schriftlicher Form). 12. Verschiedenes und Vorschau auf das Programm für 2015. Ab 18 Uhr Gemeinsames Essen. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen, da sonst eine neue Versammlung einberufen werden muss. In heimatlicher Verbundenheit im Namen des Vorstands Rosemarie Schmidt Vorsitzende, Waldenauer Marktplatz 11, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 62667.



Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

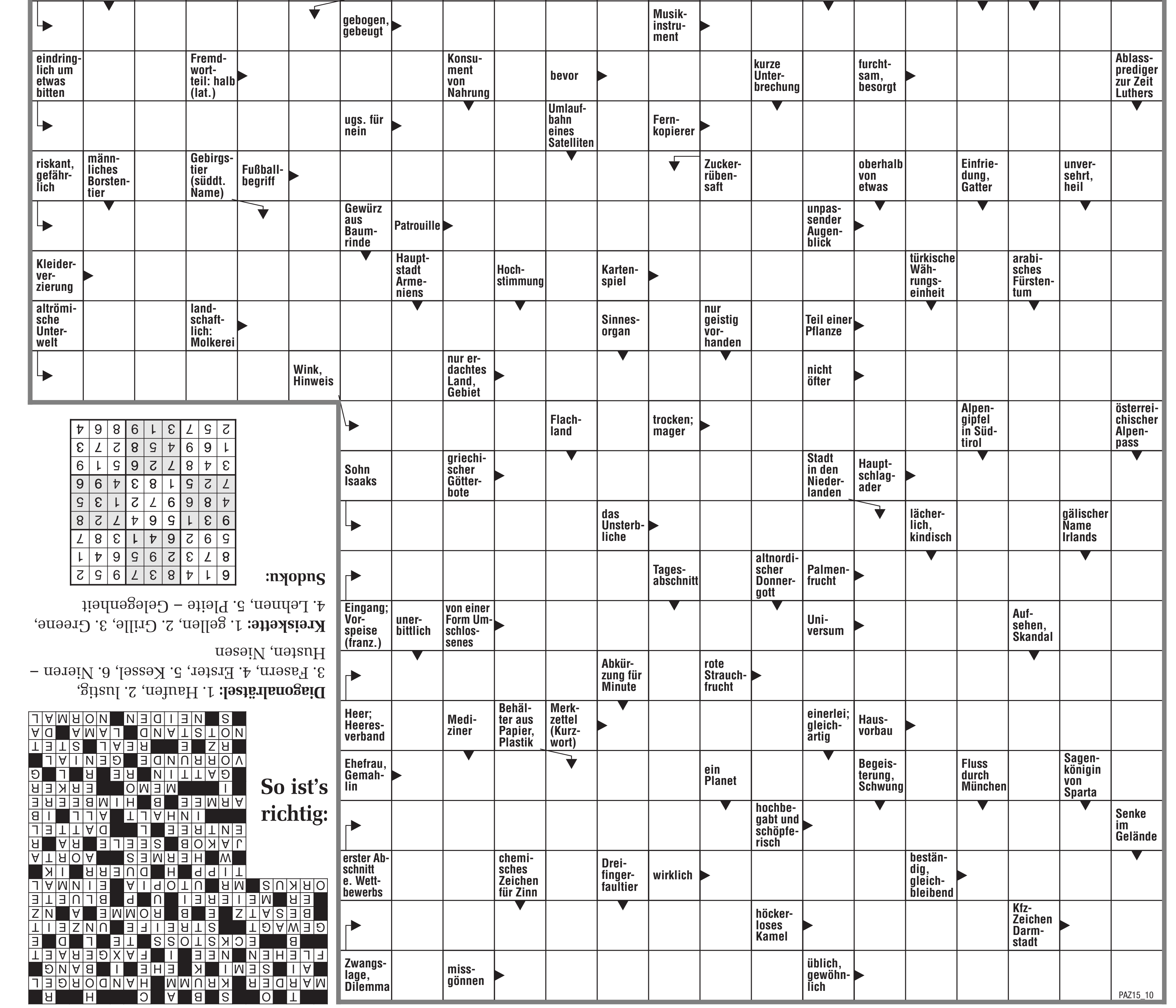
Zum Tode von Wolfgang Wever

Mit großem Bedauern melden wir den Tod des ehemaligen Vorsitzenden der Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein. Er starb am 30. Januar 2015.

Wolfgang Wever, Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande, wurde am 11. Juli 1929 als einer der Söhne des letzten Landrates des Kreises in Bartenstein geboren, besuchte dort die Volksschule und bis zur Flucht im Jahr 1945 die Oberschule für Jungen. Mit seinen Klassenkameraden hielt er zeitlebens einen engen freundschaftlichen Kontakt, so auch bei der Begründung der Namenspatenschaft des ostpreußischen mit dem württembergischen Bartenstein. Nach dem Ende seiner erfolgreichen beruflichen Tätigkeit in der Wirtschaft ließ er sich von der Kreisgemeinschaft in die Pflicht nehmen, gewiss auch in der Verbundenheit mit dem Wirken seines Vaters.

Als Nachfolger von Arnold Schulz wurde er am 9. Juni 2001 zum Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Bartenstein gewählt. Er sah seine Aufgaben im Erhalt der Kreisgemeinschaft und – das war ihm besonders wichtig – im Erhalt von „Unser Bartenstein“. Ihm lag daran, in den nachfolgenden Generationen das Interesse dafür zu wecken, wo die Wurzeln ihrer El-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20



Sudoku

6								
8	7		2				4	
			6	4	1			
9	3		5	6		7		
	8		9		2		3	
		5		8	3		9	6
			7	2	6			
	6				8		7	3
								4

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

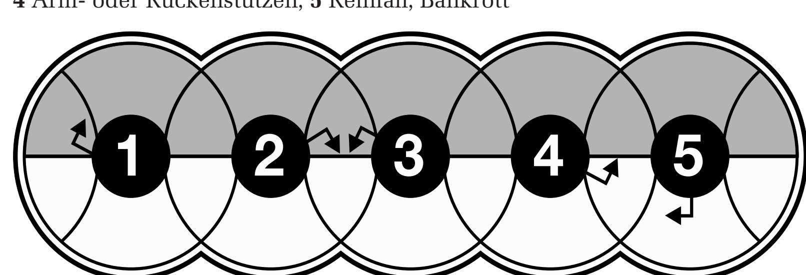
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Erkältungserscheinungen.

1 Menge, große Anzahl
2 fröhlich, vergnügt
3 Fädchen, Fiber (Mehrzahl)
4 Sieger, Bester
5 großes Kochgefäß
6 Körperorgan (Mehrzahl)

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen günstigen Zeitpunkt.

1 durchdringend schallen, **2** zirpendes Insekt, **3** englischer Autor (Graham), **4** Arm- oder Rückenstützen, **5** Reinfall, Bankrott



Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 19

tern und Großeltern lagen. Mit Bedauern sah er, „dass die Geschichte, Kultur und Literatur unserer Heimat in der Bundesrepublik sträflich vernachlässigt“ wird.

Er bereitete die Feier „50 Jahre Patenschaft des Kreises Nienburg mit dem Kreis Bartenstein“ im September in Nienburg vor und organisierte noch eine Reise mit 46 Teilnehmern nach Bartenstein und Masuren vom 14. bis 23. September 2004. Dann zwangen ihn zunehmende Altersbeschwerden, sein Amt in jüngere Hände zu legen. Nun müssen wir von ihm Abschied nehmen. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie. Wir danken Wolfgang Wever und wollen die Erinnerung an sein Wirken in Ehren halten.

Der Vorstand der Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Martin Coch – Wir gratulieren

Es ist uns eine Freude, einem unserer ganz besonders verdienten Landsleute zum Geburtstag gratulieren zu dürfen. Martin Coch feiert seinen 80. Geburtstag!

Geboren ist Martin Coch am 22. Februar 1935 in Heiligenbeil. Zuletzt wohnte er in Heiligenbeil Abbau. In unserer Kreisgemeinschaft hat Martin Coch sehr viele Funktionen ausgeübt:

So war er von 2006 bis 2007 kommissarischer Kirschspielvertreter für Grunau Alt Passarge. Von 2005 bis 2013 war er 1. Kirchspielvertreter für Heiligenbeil–Land.

Weiter war er längere Zeit Stadtvertreter für Heiligenbeil-Stadt-Mitte und -Süd (kommissarisch) bis er 2013 aus gesundheitlichen Gründen von seinen Ämtern zurücktreten musste. Außerdem war er noch als Gemeindevertreter von Wermten, Karben (2001 bis 2013), Preußisch Bahnau (2005 bis 2013), Dt. Bahnau (2006 bis 2013), Wangnicken (2009 bis 2013) und Thomsdorf (2013) tätig. Martin Coch wurde ausgezeichnet mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Kreisgemeinschaft im Jahr 2005 und dem Goldenen Ehrenzeichen der Kreisgemeinschaft 2011. Martin war und ist mit seiner freundlichen und ausgleichenden Art uns immer ein sehr geschätzter und beliebter Landsmann und Freund. Lieber Martin, im Namen des Vorstandes gratulieren wir ganz herzlich und wünschen zu Deinem Ehrentag Gottes Segen!



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Wahlaufruf

Die vierjährige Wahlperiode zur Ratsversammlung der Kreisgemeinschaft endet zum Zeitpunkt der Jahreshauptversammlung, jedoch spätestens mit Ablauf dieses Jahres. Nach unserer Satzung ist daher eine Neuwahl für den Zeitraum bis 2019 notwendig. Das Gremium der Ratsversammlung besteht aus zwölf Mitgliedern. Wir bitten Sie deshalb jetzt um Ihre Kandidatenvorschläge zur Wahl der Mitglieder der Ratsversammlung.

Vorschlagsberechtigt sind alle eingetragenen Mitglieder der Kreisgemeinschaft und alle ehemaligen Bewohner der Stadt und des Landkreises Insterburg sowie deren Nachkommen und auch deren jeweilige Ehepartner. Es sind aber nur solche Kandidaten vorzuschlagen, die auch eingetragene Mitglieder der Kreisgemeinschaft sind. Die Kandidatenvorschläge sind bis spätestens zum 30. April 2015 an die Geschäftsstelle in Krefeld zu senden.

Aktiv wahlberechtigt ist jedes eingetragene Mitglied sobald es das 18. Lebensjahr vollendet hat. Das passive Wahlrecht gilt ab dem vollendeten 20. Lebensjahr. Das Stimmrecht ist nicht übertragbar. Der Kandidatenvorschlag muss enthalten: Name, Geburtsdatum, Geburtsort, jetzige Wohnanschrift, ausgeübter Beruf, Passbild sowie Name und Wohnanschrift des Vorschlagenden. Ergänzend sollen nach Möglichkeit Motivation und Bereitschaft zur Mitarbeit angegeben werden.

Allen wahlberechtigten Mitgliedern der Kreisgemeinschaft werden die Wahlunterlagen im Mai per Post zugesandt. Den Wahlaufruf sowie die Wahlordnung und die Satzung stellen wir auch auf unserer Homepage www.insterburger.de unter „Wahlen 2015“ als PDF-Datei bereit. *Der Vorstand, Reiner Buslaps, Jürgen Pantel, Jürgen Böhlke*



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Im September: Treffen in Minden

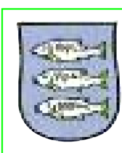
Das Jahr 2015 hält für uns Deutsche, besonders aber für die deutschen Heimatvertriebenen, wichtige Daten der Erinnerung bereit, unglückliche und erfreuliche. 70 Jahre sind vergangen, dass bei uns Flucht, Vertreibung und Verschleppung über die ostpreußische Bevölkerung hereinbrachen.

Vor 65 Jahren, am 17. September 1950, wurde die Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg e.V. in Hamburg gegründet. 60 Jahre ist es her, dass der Kreis Minden – heute Kreis Minden-Lübbecke – die Patenschaft über unseren Heimatkreis übernahm. In der von Landrat Wehking, MdB, dem 1. Kreisvertreter der Heimatkreisgemeinschaft, Fritz Teichert, überreichten Patenschaftsurkunde, die die Wappen des Landkreises Königsberg und des Landkreises Minden trägt, heißt es wörtlich: „Somit übernimmt der Landkreis Minden am heutigen Tage feierlich und vor aller Öffentlichkeit die Patenschaft für den Landkreis Königsberg (Pr.). Es geschieht dies zu dem Zeitpunkt, in dem die Bundesrepublik Deutschland die Souveränität wiedererlangte in der Zuversicht, dass das Recht auf Heimat als von Gott geschenktes Grundrecht verwirklicht werden muss.“

Seit dieser Zeit hat sich das Patenschaftsverhältnis vertrauensvoll und von Seiten des Landkreises Minden-Lübbecke hilfreich entwickelt und die Heimattreffen, die zweijährlich durchgeführt werden, sowie die Ausschusssitzungen finden in Minden statt. Am 9. Juli jährt sich das Patenschaftsverhältnis also zum 60. Mal. Wir wollen dieses denkwürdige Ereignis beim Kreistreffen am Wochenende des 5. und 6. September 2015 in Minden feierlich und besinnlich, aber auch in guter Laune und fröhlich in heimatlicher Verbundenheit begehen. Es soll zur Würdigung des Patenschaftsverhältnisses ein Stein aufgestellt werden, der während des Treffens enthüllt werden soll.

Wir versprechen ein interessantes Programm, das sich mit den aktuellen Begebenheiten unserer Heimat befasst und einen munteren Samstagabend, an dem gezeigt werden wird, dass die Ostpreußen ein lustiges Völkchen sind. Die Veranstaltungen und auch das Essen finden im Hotel Holiday Inn in Minden statt, wo alle Bequemlichkeiten (vor allem ein Fahrstuhl) vorhanden sind. Übernachtungsmöglichkeit bietet ebenfalls das Hotel Holiday Inn. Wir verhandeln noch wegen günstiger Preise. Das genaue Programm und die Fragen der übrigen Organisation werden wir Ihnen in der *PAZ* und im „Samlandbrief“, Ausgabe Sommer 2015, vorstellen. *Gisela Broschei*

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



LÖTZEN

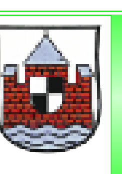
Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellung

Sonnabend, 21. März, 15.30 Uhr (geöffnet ab 12 Uhr), Ausstellungsraum, Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung): „Die Kurische Nehrung mit Maleraugen gese-hen“ – Ausstellungseröffnung mit einem Einführungsvortrag. Agata Kern, Dr. Barfod und Teilnehmer der Malreise werden anwesend sein. Der Eintritt ist frei.

Die Ausstellung zeigt einerseits die Ergebnisse einer Malreise auf die Kurische Nehrung (litauischer Teil, Nidden) im Juli 2014. Sie wurde von der Kulturreferentin für Ostpreußen, Agata Kern, organisiert, von der in Lüneburg ansässigen Künstlerin Gudrun Jakubeit betreut und von Dr. Jörn Barfod vom Ostpreußischen Landesmuseum wissenschaftlich begleitete. Die Tage auf der Kurischen Nehrung trugen viele vorzeigbare Früchte. Die entstandenen Aquarelle, Skizzen und Zeichnungen beweisen in ihrer Vielfalt, welch eine schöne Herausforderung auch heute und noch immer die auf der Kurischen Nehrung zu entdeckenden Motive für Künstleraugen darstellen.

Reizvoll ist andererseits auch der Blick in die Vergangenheit zur Ergänzung. Dies gelingt in der Gegenüberstellung mit Beispielen von Bildwerken, die Künstler in den Jahren vor 1945 auf der Kurischen Nehrung geschaffen haben. Berühmte und weniger bekannte Maler werden in einer Auswahl von etwa 25 Werken vertreten sein. Darunter sind Ernst Mollenhauer, Karl Eulenstein, Eduard Bischoff und Carl Knauf, aber auch Fritz Burmann, Richard Th. Birnstengel und Hans J. B. Kallmeyer als Leihgaben des Ostpreußischen Landesmuseums. Den Besuchern dieser Ausstellung soll Nidden, die Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung, bewusst gemacht werden. Über das rein Informative dieser Ausstellung hinaus kann durch sie vielleicht Reise- und Entdeckerlust geweckt werden – in den litauischen Teil Ostpreußens.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Herzog-Albrecht-Schule

Die Schulgemeinschaft trauert um ihren Schulkameraden Klaus Quitschau. Er verstarb im Alter von 88 Jahren am 16. Februar in Lübeck. Wir haben mit ihm ein führendes Mitglied unserer Schulgemeinschaft verloren. In seiner mehr als zwanzigjährigen Tätigkeit als Schatzmeister und stellvertretender Schulsprecher hat er sich bleibende Verdienste erworben. Unser Mitgefühl gilt seiner Ehefrau Elfriede, die ihm als gebürtige Tilsiterin bei allen Veranstaltungen treu zur Seite stand

Neuerscheinung

Im Ergebnis eines russisch-deutschen Gemeinschaftsprojekts liegt das Buch „Tilsitskie Dominanty“ vor. Die Tilsiter Kunsthistorikerin Tatjana Urupina und der Fotokünstler Jakov Rosenblum dokumentieren in dem Buch den kulturhistorischen und baukünstlerischen Reichtum der Stadt, sowohl den bereits verlorenen als auch den noch zu erhaltenden, in Wort und Bild. Auf 352 Seiten und mit 510 Fotos ist es den Autoren gelungen, das Gesicht der Stadt lebendig zu machen und ihre Aura den Menschen zu präsentieren. Der Buchtext liegt zwar nur in russischer Sprache vor, gleichwohl vermittelt das Werk mit seinen 510 großformatigen Fotos samt deutschen Bildtexten auch dem deutschen Interessenten eindrucksvolle Einblicke in das Antlitz der „Stadt ohne Gleichen“. Interessenten können das Buch auf Spendenbasis erwerben bei der Stadtgemeinschaft Tilsit, PF 241, 09002 Chemnitz.

Gehüpft wie gesprungen

Mehr als nur ein Kinderspiel – Im Rheinland kümmern sich Vereine um seltene Sportarten wie Seilspringen oder Völkerball

Seilspringen, Völkerball oder Trampolinspringen kennt jeder aus der Kindheit. Doch inzwischen werden diese typischen Kinderspiele und Schulsportarten unter ernsten Wettkampfbedingungen ausgetragen. Besonders im Rheinland wird die Tradition dieser Sportarten gepflegt.

Die Seile rotieren mit einem Tempo, dass einem schon beim Zusehen schwindelig wird. Die akrobatischen Einlagen, welche die Seilspringerinnen vom Vohwinkler Sport- und Turnverein vollbringen, haben nichts mehr mit dem fröhlichen Hüpfen zu tun, mit dem so mancher in der Kindheit seilzuspringen versuchte. „Deshalb bezeichnen wir unsere Sportart auch nicht als Seilspringen, sondern – wie in England – als ‚Rope Skipping‘," sagt Trainerin Britta Meya. Das sportliche „Rope Skipping" geht weit über das hinaus, was man unter „Seilspringen" versteht: Es sind auch akrobatische und Show-Elemente dabei.

Das ideale Einstiegsalter für das sportliche Seilspringen liegt bei etwa bei neun Jahren. Die Sportart ist mehr etwas für Kinder und Jugendliche, wie Meya konstatiert. „Es fehlen qualifizierte Lehrer für Erwachsene", sagt sie. Der Grund: Es gibt noch keine Trainer-Ausbildung für Seilsprung. Gesunde Füße und Beine, Beweglichkeit, Kondition, Ausdauer und ein schlanker Körperbau sind Eigenschaften, die ein guter Seilsprung-Sportler mitbringen sollte. Sieben Vereine gibt es im Bereich des Rheinischen Turner-Bundes, die eine Seilsprung-Abteilung betreiben. Sie sind in Wuppertal, Bad Godesberg, Krefeld, Düsseldorf und Neuss angesiedelt.

Meya ist 1999 zum Seilspringen gekommen. Sie hatte im Fernsehen einen Beitrag über diese Sportart gesehen. „Es war Liebe auf den ersten Blick", sagt sie. Sie besorgte sich ein Seil, etwas Literatur, schnappte sich ihre Kinder und begann, mit dem Nachwuchs als talentierte Motivationshilfe Seilspringen zu trainieren.

Rund 80 Mädchen und sage und schreibe ein Junge gehören heute zur Seilsprung-Abteilung des Wuppertaler Vereins. Dass sie inzwischen nicht nur an Landesmeisterschaften und Deutschen Meisterschaften, sondern auch an Europa- und Weltmeisterschaften erfolgreich teilgenommen haben, sei hier am Rande erwähnt. Seilspringen ist ein kreativer Sport. Man kann einzeln für sich Sprünge üben, aber auch als Mannschaft. Man kann sogar eine Show einüben. Es gibt eine Musikbegleitung. Und Seilspringen macht auch den Kindern Spaß.

Völkerball ist eine ähnliche Sportart, die viele von uns als Freizeitbeschäftigung für Kinder und Jugendliche, aber auch aus dem Schulsport kennen. Als offizielles Turn- und Wettkampfspiel wurde es aber erst 1987 beim Deutschen Turnfest in Berlin durch den Deutschen Turner-Bund anerkannt.

Beim Völkerball spielen zwei Mannschaften auf einem Volleyballfeld ohne Netz gegeneinander. Der Zweck des Spiels: Die gegnerischen Spieler sollen mit dem Ball getroffen und der Reihe nach ausgeschaltet werden. Gewonnen hat diejenige Mannschaft, die alle Spieler des Gegners ausschalten konnte. Gefragt sind Gewandtheit, Treff- und Fangsicherheit, ein Auge für die Situation, Ausdauer und Schnelligkeit.



Beinarbeit gefragt: Die choreografischen Inszenierungen der Seilspringer benötigen viel Training Bild: pa

„Zumindest für den Freizeitbereich ist das richtig", sagt Gaby Evers. Sie ist die Gründerin der Völkerball-Abteilung des SV Spellen aus dem niederrheinischen Voerde. Wurfkraft und Ballgefühl sind weitere Eigenschaften, die beim Völkerball wichtig sind.

Völkerball ist ein Spiel für Mädchen und Frauen; Männer sind nur im Freizeitbereich, nicht aber bei offiziellen Veranstaltungen erlaubt. Im Turnierbereich wird Völkerball in der Halle gespielt. Im Freizeitbereich kann Völkerball auch auf einer Wiese oder dem Schulhof gespielt werden.

Der SV Spellen ist einer von mehreren Völkerball-Vereinen im Rheinland. Im Turnverband Rechter Niederrhein sind allein sieben solcher Vereine zusammengeschlossen. Die Konkurrenz kommt beispielsweise aus den Orten Rees, Dinslaken, Hiesfeld und Oberhausen.

„Ich selbst komme aus dem Turnbereich. Wir Spellener wollten 1994 beim Deutschen Turnfest in Hamburg teilnehmen und sind dort als Hobbymannschaft im Völkerball angetreten", blickt Evers in die Anfänge der Voerder Mannschaft zurück. Irgendwann wollten sie dann professioneller werden und haben sich um die Anerkennung durch den Rheinischen Turnerbund bemüht.

Völkerball ist noch heute eine Randsportart mit Freizeitcharakter. Eher familiären Charme haben die Veranstaltungen. Dort ist es dann möglich, dass mehrere Mannschaften zu einem Spieltag in einer Turnhalle zusammenkommen und mehrere Spiele nebeneinander durchgeführt werden. Es ist durchaus üblich, dass sich die mit angereisten Eltern bei einer Tasse Kaffee miteinander unterhalten und im Eingangsbereich der Turnhalle selbst gebakkener Kuchen oder belegte Brötchen angeboten werden.

Trampolinspringen ist hingegen eine Einzel- wie Mannschaftssportart, die dem Turnen zugerechnet wird. Im Wettkampf umfasst eine Übung auf dem Trampolin zehn Sprünge. Erlaubt sind Landungen auf beiden Füßen, im Sitzen, auf dem Rücken oder auf dem Bauch. Der letzte Sprung einer Übung muss immer in den Stand geturnt werden. Beim Trampolinspringen gibt es Sitzsprünge, Hochsprünge, Bauchsprünge, Grätschen, Hokken und Salti.

„Eine gute Übung zeichnet sich durch eine sichere und korrekte Ausführung sowie gestreckte Körperglieder aus, zum Anderen durch eine hohe Schwierigkeit", erzählt Ursula Weber, Trainerin bei der Turnerschaft Buchholz aus Duisburg. Die Haltungsnoten werden von fünf Kampfrichtern bestimmt. Für zehn perfekte Sprünge kann man pro Kampfrichter zehn Punkte bekommen. Beim wettkampfmäßigen Trampolinspringen gibt es Pflichtübungen und Kürübungen. Pflichtübungen sind zehnteilige Übungen mit vorgegebenen Elementen. Kürübungen werden aus zehn beliebigen und verschiedenen Sprungelementen kombiniert.

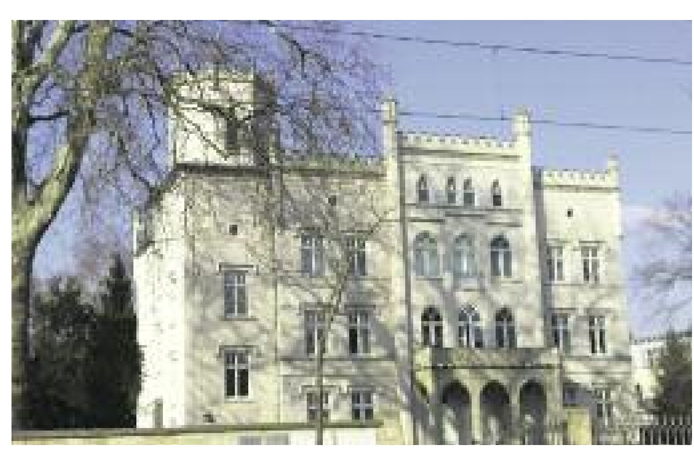
Gute Trampolinspringer sind eher drahtig, schlank, nicht zu groß und durchtrainiert. „Mich persönlich", so sagt Weber, „fasziniert das Fliegen und das Flugerlebnis." Gut für sie, denn so manch anderer, der sonst nur auf dem Sofa herumturnt, wird auch hier allein schon beim Zuschauen schwindelig. *Andreas Rüdig*

Spaziergang in der Enklave

Abseits der Barockpracht – Das Preußische Viertel in Dresden

Die meisten Stadtteile der sächsischen Landeshauptstadt, welche aus einem winzigen wendischen Fischerdorf namens Drežďany hervorging, tragen Namen, deren Wurzeln ebenfalls im Slawischen liegen. Eine der wenigen Ausnahmen hiervon ist das Preußische Viertel, das aber auch erst zur Mitte des 19. Jahrhunderts entstand.

Bis dahin wurde auf dem Areal im Dresdener Norden Ackerbau betrieben, so zum Beispiel durch den Grafen Camillo Marcolini-Ferretti, welcher es unter Kurfürst Friedrich August III. bis zum Kabinettsminister sowie Generaldirektor der Künste brachte und sich schließlich um 1790 ein Haus auf seinen Ländereien errichten ließ, welches als das erste Bauwerk Dresdens im neogotischen Stil gilt und zudem für den Beginn der Besiedlung des Geländes steht. Ansonsten zeigt noch der Stadtplan von 1849 nur zwei weitere Gebäude im späteren Preußischen Viertel: das Linckesche Bad an der Elbe und eine Kaffeefabrik an dem kleinen Flüsschen Prießnitz.



Beste Lage: Villa an der Bautzner Straße Bild: Kaufmann

1861 erhielt das Gelände unweit der Dresdner Neustadt dann allerdings die erste Straße, woraufhin sofort ein Bauboom einsetzte. Üblicherweise entstanden dabei edle, manchmal sogar schlossähnliche Villen mit allerlei Stilmerkmalen der Tudorgotik, die zur Zeit des Historismus ihr großes Comeback erlebte. Dabei waren es vor allem böhmische und preußische Baumeister, durch die diese Architekturform nach Sachsen gelangte, was ein möglicher Grund dafür ist, dass sich für den neuen Stadtteil Radeberger Vorstadt bald die alternative Bezeichnung „Preußisches Viertel" einbürgerte.

Ansonsten gibt es noch eine zweite, gleichfalls recht plausible Erklärung für die Namensgebung. Viele derer, die sich in dem Quartier zwischen Prießnitz, Elbe und Dresdner Heide niederließen, waren höhere Offiziere, denn das Militärgelände der Albertstadt mit seinen Exerzierplätzen und Kasernenkomplexen lag in unmittelbarer Nähe. Und diese Militärs benahmen sich eben „preußischer" als die ansonsten betont zivil auftretenden Normal-Dresdner.

Jedenfalls avancierte das Viertel zu einem hochattraktiven Wohngebiet – und noch heute nutzen Wohnungsmakler den einstigen guten Ruf dieses Stadtteils, um ihre Immobilien überteuert an den Mann zu bringen: Das Preußische Viertel habe schon immer zu den Bestlagen Dresdens gehört; und die großen Wohnungen in den prächtigen Villen seien ihren Preis unbedingt wert. Dabei verschweigt die Maklerlyrik allerdings die eklatanten Probleme, welche es mittlerweile gibt: Der Verkehrslärm durch die Bautzner und Radeberger Straße sowie die Stauffenbergallee hat erheblich zugenommen, weswegen manche Einwohner jetzt sogar schon Tempo-15-Zonen fordern. Überdies fehlen vernünftige Fußwege sowie Einkaufsmöglichkeiten, Kitas und Spielplätze, außerdem werden seit geraumer Zeit viele der schönen alten Straßenbäume gefällt.

Trotz allem lohnt ein Rundgang durch das Preußische Viertel noch immer, denn hier zeigt sich das historische Dresden einmal nicht von seiner barockgesättigten Seite. *Wolfgang Kaufmann*

Auf schmalem Gleis

Verlässliche Dampfrösser – Sachsens Schmalspurbahnen

Es wird viel von Vernetzung und Netzwerken geredet. Bereits 100 Jahre vor dem Aufkommen des Internets erbrachte das deutsche Eisenbahnnetz eine beispiellose Verbindungsleistung. Bahngleise führten von den Standorten der Industrie und Landwirtschaft an fast jedem Punkt in Deutschland. Dafür sorgte eine Menge von Sekundärbahnen. Auf schmaler Spur wurden die Wagen weit in die Provinz verteilt. An den dörflichen Haltepunkten lud der Fuhrunternehmer des Ortes die Fracht auf die Pferdewagen und führte sie direkt ins Haus. Bereits nach der Jahrhundertwende ließen sich Stadtbewohner von den Kleinbahnen in die abgelegenen Reize des städtischen Umlandes entführen.

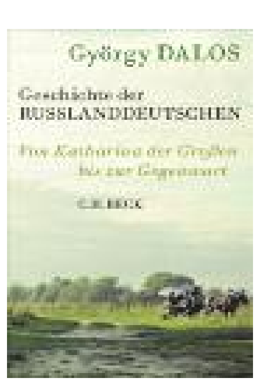
Als Tochtergesellschaft regionaler Verkehrsverbünde unterhält die Sächsische Dampfeisenbahngesellschaft noch drei Linien mit regelmäßigem Fahrplan. Mit der Fichtelbergbahn kann die höchstgelegene Stadt Deutschlands, Oberwiesenthal im Erzgebirge, erreicht werden. Zwei weitere Bahnen sind vor den Toren Dresdens zu finden. Die Lößnitzgrundbahn fährt von Radebeul Ost durch das Moritzburger Teichgebiet bis nach Radeburg, der Geburtsstadt des Zeichners Heinrich Zille. Dieser Kleinbahn fiel zeitweise eine starke wirtschaftliche Bedeutung zu.

Während des Autobahnbaus 1937/38 verkehrten hier täglich bis zu 48 Güterzüge. Der Güterverkehr wurde erst 1990 komplett eingestellt. Es nahmen dann vor allem die Schüler des Hochlands mit ihren Monatskarten die Bahnfahrt zum Gymnasium nach Radebeul in Anspruch. Für die Einzelfahrt ist ein erheblich höherer Fahrpreis zu entrichten als für den Autobus. So ist es ganz natürlich, dass die Züge meist nur bei bestem Ausflugswetter einigermaßen ausgelastet sind. Dann wird auch ein offener Wagen angehängt. Zu verschiedenen Anlässen werden historische Züge eingesetzt, und zum jährlich stattfindenden Karl-May-Fest wird sogar ein berittener Überfall auf das Dampfross nachgestellt.

Einen anderen Charakter hat die Weißeritzbahn. Die dienstälteste öffentliche Schmalspurbahn Deutschlands fährt aus dem einstigen Industrierevier Freital in das Osterzgebirge. Entlang des Flusses windet sie sich durch den wildromantischen Rabenauer Grund. Weißeritz heißt in den westslawischen Sprachen Bystrica, was die Reißende bedeutet. Es musste infolge des Hochwassers von 1897 die Strecke höhergelegt werden. Das Sommerhochwasser von 2002 verwüstete die Bahnanlagen erneut. Lange Zeit war ein Wiederaufbau fraglich. Doch seit 2008 verkehren die Züge nun regelmäßig auf der unteren Hälfte bis nach Dippoldiswalde.

Bald sollen auch die restlichen sieben Haltepunkte wieder angefahren werden. Weil aber der höher gelegene Teil der Strecke vollständig vom Hochwasser unterspült wurde, verwandelt sich die Rekonstruktion der Weißeritzbahn dort in einen Neubau. Damit entsteht im 21. Jahrhundert eine Schmalspurstrecke quasi im Retrostil. Noch in diesem Jahr sollen die Züge ab Freital-Hainsberg wieder bis nach Kipsdorf verkehren. *S. Hennig*

Schmalspur-Freunden geht hier das Herz auf: Festival im Bahnhof Moritzburg entlang der Lößnitzgrundbahn Bild: pa



Lieder über die Wolga

230 Jahre Russland-Deutsche

Russland und die Deutschen – das ist auch eine 230-jährige Siedlungsgeschichte. Schon seit dem Mittelalter siedelten Deutsche im Kiewer Reich, doch erst unter Zarin Katharina der Großen kam es seit 1764 zur massenhaften Ansiedlung deutscher Kolonisten im Süden des Zarenreichs, in den von den Türkenkriegen entleerten Landstrichen.

Der in Berlin lebende, mit mehreren literarischen Preisen ausgezeichnete Schriftsteller und Historiker György Dalos hat die „Geschichte der Russlanddeutschen von Katharina der Großen bis zur Gegenwart“, so der Buchtitel, nachgezeichnet. Dalos wurde 1943 in Budapest geboren. Sein wechselvoller Werdegang als Oppositioneller in einem Land des Ostblocks führte ihn 1984 nach Berlin und wenig später nach Wien. In vorherigen Sachbüchern hat er sich unter anderem mit der Geschichte Ungarns und dem Untergang des sowjetischen Imperiums auseinandergesetzt. „Nun verfolgt er in einer meisterhaften Darstellung“, so der Verlag im Werbetext, „die Schicksalswege einer deutschen Minderheit in Russland.“

Trotz aller sprachlichen Könnerschaft, hätte man sich allerdings ein inhaltlich besser strukturiertes Buch gewünscht. Vor allem, da es den Anspruch vertritt, eine universelle Geschichte der Russlanddeutschen abzuliefern. Auch werden die frühen Jahre der Siedler aus der Mitte Europas im fernen Russland zu knapp erörtert. Mit großen Versprechungen wurden unter Katharina der Großen verarmte Bauern aus Bayern, Baden und Hessen zur Niederlassung eingeladen. Ihnen folgten Mennoniten aus Böhmen und Westpreußen sowie Württembergische Schwaben. Die Mennoniten interessierte in erster Linie das Recht auf freie Religionsausübung und die Befreiung vom Militärdienst. Garantiert wurden den deutschen Zuwanderern außerdem eine befristete Steuerfreiheit, regionale Selbstverwaltung und Reisegeld.

Dalos berührt die wirtschaftlichen und religiös-kulturellen Verhältnisse, doch man vermisst Berichte über den Kampf der Kolonisten ums Überleben, über Missernten und Überfälle kalmückischer und kirgisischer Reiterstämme, sowie den Wettbewerb mit den Pionieren anderer Nationalitäten um das beste Ackerland.

Mit Versprechungen angelockt

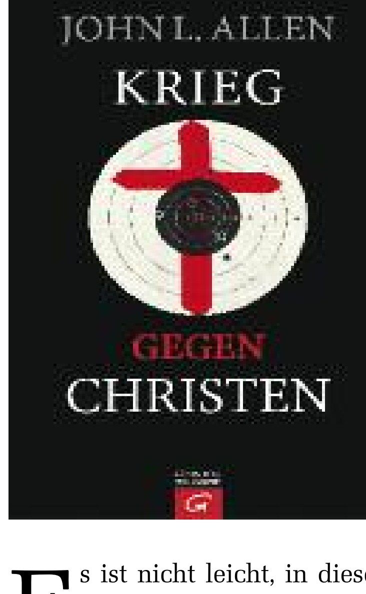
Erst mit der „Genesis eines Konflikts“, so die Überschrift des zweiten Kapitels, also mit der Konkretisierung der deutschen Frage in Russland, die mit der Aufhebung der Privilegien der Deutschen zusammenfällt, wird die Erzählung allmählich ergiebiger. Das tragische Schicksal der Russlanddeutschen zeichnete sich ab. Die Entwicklung spitzte sich im Ersten Weltkrieg zu, als im Zarenreich eine Pogromstimmung gegen die Deutschen im Lande aufkam. Es waren Vorboten der Katastrophen im stalinistischen 20. Jahrhundert. Obwohl vom Nationalsozialismus kaum betroffen, wurden die Deutschrussen im Zweiten Weltkrieg zum Sündenbock abgestempelt. Wie viele Russlanddeutsche in den Sondersiedlungen und Lagern der Arbeitsarmee in Sibirien umgekommen sind, ist nicht völlig geklärt (Siehe auch Seite 10).

György Dalos erzählt mitfühlend von ihrem Leiden, während das Sowjetregime mit aller Macht versuchte, Sprache, Religion und Kultur der Deutschstämmigen zu unterdrücken. Er berichtet von der Sehnsucht der Umgesiedelten nach dem Fluss ihrer Heimat, von ihren Liedern über die Wolga. So ist es trotz der genannten Schwächen eine insgesamt überzeugende Darstellung geworden.

D. Jestrzemski

***György Dalos: „Geschichte der Russlanddeutschen. Von Katharina der Großen bis zur Gegenwart“,** Verlag C.H. Beck, München 2014, gebunden, 330 Seiten, 24,95 Euro*





»Märtyrerblut«

Christenverfolgung heute: Eine bestürzende Bestandsaufnahme

Es ist nicht leicht, in dieser Welt ein Christ zu sein. Wohl denen, die ihren Glauben an einem sicheren Ort ausleben dürfen. Zur Zeit werden durchschnittlich elf Christen pro Stunde wegen ihres Glaubens getötet. Mehr als eine halbe Milliarde Christen leiden unter gesetzlichen und sozialen Repressionen sowie Formen physischer Gewalt. Christen sind mittlerweile die am stärksten bedrängte religiöse Gruppe überhaupt. Weltweit richten sich bereits 80 Prozent aller Akte der Verfolgung und Diskriminierung von Gläubigen gegen Angehörige der verschiedenen christlichen Konfessionen.

Für John Allen, einen katholischen Journalisten aus den USA, der vorzugsweise über den Vatikan berichtet, ist das Grund genug, aufzuwachen und den globalen „Krieg gegen Christen“ zum Hauptthema der Gegenwart zu machen. Daher legt er nun auch ein Buch mit diesem Titel vor, wobei der letzte Anstoß hierzu vom New Yorker Erzbischof und Kardinal Timothy Dolan kam. Der hatte Parallelen zum Holocaust gezogen und angeregt, die Christen mögen ihren Leidensweg doch genauso detailliert dokumentieren wie dies die verfolgten Juden taten.

Und genau das versucht Allen, indem er eine lange und manchmal etwas redundante, aber immer um höchste Akribie bemühte Auflistung von Fallbeispielen vorlegt, die auf seriösen Quellen wie dem „International Bulletin for Missionary Research des Center for the Study of Global Christianity“ basiert. Seine nach Kontinenten geordnete Zusammenstellung zeigt, dass Christen in 139 Ländern verfolgt werden. Dabei tragen die Gläubigen in Nordkorea das mit Abstand größte Risiko. Die kommunistische Führung dort hat wahrscheinlich schon einige hunderttausend Christen auf dem Gewissen; darüber hinaus sitzt etwa jeder vierte Vertreter der nordkoreanischen Christenheit in einem KZ-ähnlichen Lager ein.

Ansonsten droht Christen natürlich vor allem in der islamischen Welt Gefahr: Rund drei Viertel der Länder, in denen sie permanent um Leib und Leben bangen müssen, sind muslimische Staaten. Dazu zählt auch die Türkei. Über deren EU-Tauglichkeit wird immer noch blauäugig diskutiert, obwohl Ankara nichts tut, um Gewalttaten gegen Christen nachhaltig zu unterbinden, stattdessen trägt der türkische Staat selbst noch zur Diskriminierung bei.

Gleichzeitig warnt Allen aber davor, dem Irrtum zu verfallen, dass man Christen nur da verfolge, wo sie diktatorischen Regimes im Wege stehen oder schlicht und einfach eine Minderheit verkörpern. So kam es während der drei Kongokriege zwischen 1996 und 2009 zu unzähligen Massakern an Christen, obwohl 70 Prozent der Kongolesen Katholiken oder Protestanten sind. Oder nehmen wir die USA, Großbritannien, Schweden, Kanada und Frankreich: Auch in diesen (noch) christlich dominierten Staaten werden Gläubige seit einiger Zeit behördlich verfolgt, wenn sie es wagen, von ihrem verfassungsmäßig verbrieften Recht Gebrauch zu machen, sich aus Glaubensgründen gegen Homosexualität und Abtreibung auszusprechen. Zum Beweis dessen führt Allen unter anderem den Fall eines Pfarrers der Pfingstkirche an, der 2004 in Schweden ins Gefängnis musste, weil er gepredigt hatte, die Homosexualität sei ein „tiefsitzendes Krebsgeschwür der ganzen Gesellschaft“.

Schuld sind auch Feiglinge im Vatikan

Als noch gefährlicher bezeichnet der US-Journalist freilich den Mythos von der Eigenverantwortlichkeit der Christen: Es sei menschenverachtend und unsinnig zu behaupten, diese hätten sich ihre Verfolgung selbst zuzuschreiben – beispielsweise aufgrund früherer Verfehlungen der Kirche (Stichwort: Kreuzzüge und Inquisition) oder wegen zu offensiver Missionierungsbemühungen. Hinter solchen Äußerungen, mit denen die Opfer zu Tätern gemacht werden, stecken laut Allen religionsfeindliche Ideologen des Westens oder Feiglinge im Vatikan und anderswo.

Tatsächlich geben die knieweichen Reaktionen auf ein Ereignis wie die kürzlich erfolgte Enthauptung von 21 koptischen Christen durch libysche Sympathisanten des Islamischen Staates dem Autor hier Recht. So bangte der Apostolische Vikar in Tripolis, Bischof Giovanni Martinelli, welcher praktisch als Stellvertreter des Papstes in der Region fungiert, unmittelbar nach der Mordtat: „Hauptsache, es gibt keine brüsken Stellungnahmen.“

Ansonsten sieht Allen einen – fast schon zynisch anmutenden – positiven Aspekt des globalen Krieges gegen Christen, den er am Schluss seines Buches anführt: Dass die Christenheit momentan so viele Märtyrer hervorbringe, könne den Missionierungsprozess in Asien und Afrika beschleunigen – getreu der Devise des großen Kirchenvaters Tertullian: „Das Blut der Märtyrer ist der Same neuer Christen.“

Wolfgang Kaufmann

***John L. Allen: „Krieg gegen Christen“,** Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2014, gebunden, 367 Seiten, 24,99 Euro*



Deutscher Geisterfahrer?

Ex-Wirtschaftsminister Clement war vom Buch begeistert. Wir nicht!

Über ein Buch als Warnruf“, freut sich Ex-SPD-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement. Es warne völlig zu Recht vor der wieder real gewordenen Gefahr, dass wir uns auf den tatsächlichen oder vermeintlichen Stärken unseres Landes ausruhen könnten. Die Rede ist von „Die Deutschland-Blase. Das letzte Hurra einer großen Wirtschaftsnation“. Der Autor Olaf Gersemann, Jahrgang 1968, Ressortleiter Wirtschaft in einer Tageszeitung, schrieb ein Buch, das der Verlag als Kassandra-Ruf sehen möchte: „Deutschland geht es gut. Wie lange noch und auf wessen Kosten?“

Trotz der lobenden Worte von Clement – hat er das Buch wirklich gelesen? – und der brisanten Thematik, fällt es inhaltlich eher schwach und wenig empfehlenswert aus. Der Autor geriert sich als wissender Warner: „Unsere lange Glückssträhne geht zu Ende.“ Sicher ist er sich da allerdings nicht und widerspricht sich des Öfteren. „Wir sind Griechenland sehr viel ähnlicher, als wir glauben wollen“, behauptet er, um dann ausführlich die rapide Einmaligkeit des griechischen Bankrotts zu behandeln. Er referiert Zahlen, die wenig glaubhaft anmuten: Bei PC-Kenntnissen würden Deutsche 18 Plätze hinter Österreich und sechs hinter Griechenland stehen. Er teilt die Meinung, die oft geäußert und nie bewiesen wurde, dass Deutschland „Arbeitskräfte aus dem Ausland“ holen soll, um dann einzuräumen, dass man kaum „genügend Fachkräfte“ aus dem „Mittleren Osten oder Nordafrika“ bekommen werde. Da sich von dort vor allem Unqualifizierte „in großer Zahl nach Deutschland orientieren“.

Ginge es nach Gersemann, sollten sie wohl schon um ihrer selbst willen schleunigst andere Länder ansteuern. Mit tiefschwarzem Pessimismus und höhnischer Verachtung beschreibt er Deutschlands Lage: Das vermeintliche Wirtschaftswunder sei bald vorbei. „Exportüberschüsse“ geschehen „auf Kosten Dritter“. Das duale Ausbildungssystem mache uns im Ausland zu Geisterfahrern. Unser effizienter Mittelstand sei Eigenlob. Der schrumpfende Erfolg hänge am Triumvirat Maschinenbau, Metall- und Autoindustrie. Böse Worte, denen der Autor wohl selbst nicht glauben mag. Generell sieht er Deutschland als Wirtschaftsnation, die den Anspruch hat, „eine der führenden und wohlhabendsten der Welt zu sein und zu bleiben“.

Wolf Oschlies

***Olaf Gersemann: „Die Deutschland-Blase. Das letzte Hurra einer großen Wirtschaftsnation“,** Deutsche Verlags-Anstalt, München 2014, gebunden, 320 Seiten, 19,99 Euro*

In bester Historiker-Tradition

Ein großer Wurf ist John Darwin mit seinem 482-Seiten-Opus über die Geschichte des Britischen Empire gelungen

Das britische Empire bestand fast 500 Jahre. Fast symbolisch endete es 1997 mit der Rückgabe Hongkongs an China. Es war, wie der in Oxford lehrende Historiker John Darwin schreibt, „auf seinem Zenit zwischen 1830 und 1940 ziemlich sicher das größte Imperium in der bisherigen Weltgeschichte“. Über alle fünf Erdteile erstreckte es sich. Eine zivilisatorische Leistung, die ohne Beispiel ist.

Darwin (66) hat schon mehrere Studien zu imperialer Herrschaft vorgelegt. „Das unvollendete Weltreich“ aber ist wie ein Summum opus, dem man Respekt, ja Bewunderung nicht versagen kann. Es ist ebenso frei von nationalistischem Stolz wie von klassenkämpferischer Kapitalismuskritik. Es bringt eine Unmenge von Fakten, die selbst historisch bewanderten Lesern unbekannt sind, und resümiert das unausweichliche Ende nach 1945 in typisch britischem Understatement: „Es entwickelte sich eine ganz neue Welt. Eine neue geopolitische Ordnung wurde geboren. Es gab keinen Weg zurück.“

Zwar verlangt das Buch vom Leser einige Konzentration, trotzdem liest man es mit wachsendem Interesse. Da hierzulande eher der Blick auf die rein europäische Geschichte gepflegt wird, ist es wenig bekannt, dass etwa zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges längst ein Wettrennen zwischen den westeuropäischen Seemächten um Stützpunkte und Handelsniederlassungen in aller Welt im Gange war. Anfangs hatten Spanien und die Niederlande die Nase vorn, aber schon Mitte des 18. Jahrhunderts war Großbritannien allen voraus, woran auch der Verlust der nordamerikanischen Kolonien nach 1783 nichts mehr änderte. Schon zu dieser Zeit waren Australien und Neuseeland, die meisten Inseln der Karibik, vor allem aber Indien fest in britischer Hand.

Darwin erzählt diese faszinierende Geschichte nicht chronologisch, sondern ebenso plausibel wie anhaltend spannend in thematischer Abfolge. Er beschreibt die unterschiedlichen Methoden der Herrschaftsaneignung und Sicherung, informiert über Siedler und Besiedlungen und beschreibt – hier vielleicht etwas allzu knapp – die Rolle von Religion, Weltanschauung und Kultur bei der Ausbreitung von britischer Lebensart, die ja bis heute in Staaten wie Indien, Malaysia und in den schon früh zu „Dominien“ gewordenen Ländern wie Australien, Neuseeland und Kanada zu spüren ist.

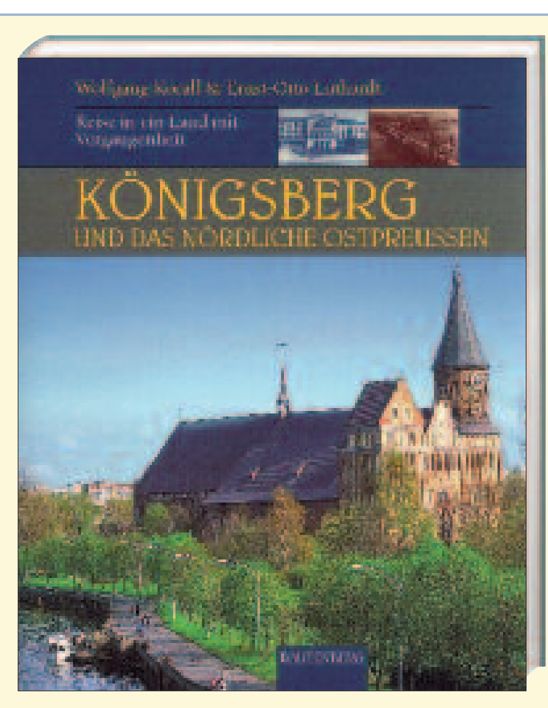
Imperium über zwei Erdteile

Die Beherrschung eines so riesigen Imperiums glich einem Balanceakt; nie konnte man sich in London seiner Herrschaft völlig sicher sein. „Hauptmotiv war der Profit“, nennt Darwin den ebenso realen wie mächtigen Antrieb aller Entscheidungen. Und doch war auch Sendungsbewusstsein dabei. Die Zuversicht, für ein solches Werk geschaffen zu sein, beruhte, so der Autor, „vor allem auf der Überzeugung, das Britische Empire sei einzigartig und unvergleichlich“. Wer die Jahrzehnte nach Ende des Zweiten Weltkrieges in Erinnerung hat, der weiß, wie bitter den Briten damals das Einholen des Union Jack allenthalben gefallen ist, 1947 in Indien, in den 1960er Jahren in Afrika, wenig später der Rückzug aus „east of Suez“, am Ende Hongkong.

Wie gesagt, ein großer Wurf, geschrieben in bester britischer Historikertradition. Als deutscher Leser fragt man sich in Erinnerung an das letztjährige Gedenken zum Ersten Weltkrieg etwas fassungslos, wie verblendet die damaligen deutschen Eliten um Wilhelm II. glaubten, ein so starkes, in der Prägung weiter Teile der Welt so erfahrenes Land wie Großbritannien überrunden zu können. Da war der deutsche Nationalökonom Friedrich Naumann klüger, als er 1915, mitten im Krieg, schrieb: „Darin liegt die englische Elastizität, dass sie das, was wir Prinzipien nennen, als Arbeitsmethoden ansieht, eine instinktive, ruhige Anpassungsfähigkeit bei unerschütterlicher Selbstsicherheit.“

Dirk Klose

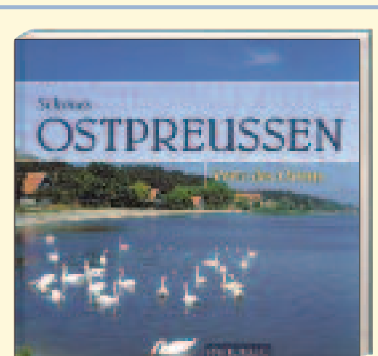
***John Darwin: Das unvollendete Weltreich. Aufstieg und Niedergang des Britischen Empire 1600–1997.** Campus Verlag, Frankfurt am Main 2013, gebunden, 482 Seiten, 39,90 Euro*



Wolfgang Korall/Ernst-Otto Luthardt
Königsberg und das nördliche Ostpreußen
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Königsberg – die ehemalige Hauptstadt Ostpreußens, fasziniert mit einzigartiger Kultur, zahlreichen Kirchen und Kunstdenkmälern. Die steinernen Zeugnisse wurden zum Teil wieder aufgebaut, enge Gassen und historische Speicher laden in diese bedeutende Stadt am Pregel und an der alten Bernsteinstraße ein. In der Umgebung der Stadt lockt das nördliche Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder und der weiten Küste. Über 180 Bilder porträtieren Königsberg und das nördliche Ostpreußen in all seinen Facetten. Ein zusätzlicher Bildteil mit historischen Aufnahmen führt in die alte Hauptstadt und ihre Umgebung. Der Band eignet sich für jeden Liebhaber Ostpreußens, insbesondere für denjenigen, der in der Region historische Wurzeln hat." 253 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533109 Gebunden mit Schutzumschlag **24,95 €**

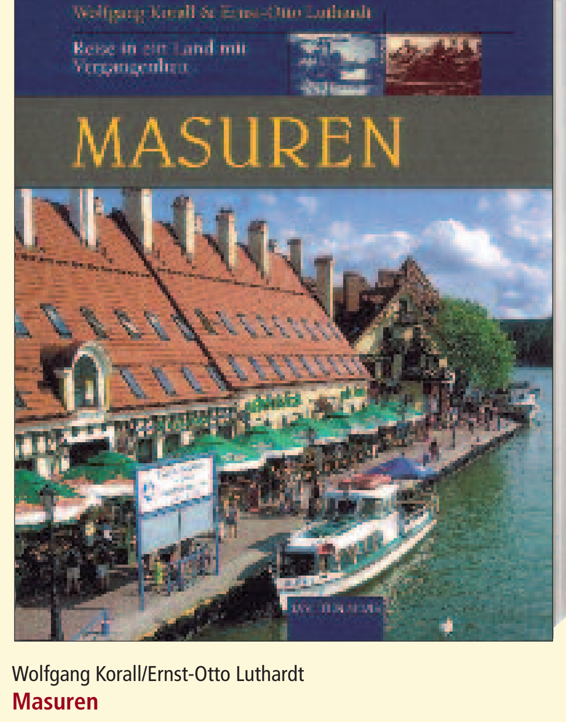


Michael Welder
Schönes Pommern
Pommern, das Land am Meer, ist mit seinen herrlichen Stränden und Landschaften eine Perle des Ostens. In den einundsechzig Farbaufnahmen dieses Bildbandes wird Pommern in seiner landschaftlichen Vielseitigkeit porträtiert. 61 farbige Abbildungen. 60 Seiten
Nr. P 3030 Gebunden **4,95 €**



Michael Welder
Schönes Ostpreußen
Ostpreußen ist mit seinen herrlichen Landschaften Städten und Dörfern eine Perle des Ostens. In den zahlreichen Farbaufnahmen dieses Bildbandes wird Ostpreußen porträtiert und der Text gibt einen guten Überblick über die Geschichte der Region. 60 farbige Abb. 60 Seiten
Nr. P 1100 Gebunden **9,95 €**

Michael Welder
Schönes Schlesien
Schlesien ist mit seinen herrlichen Landschaften Städten und Dörfern eine Perle des Ostens. Wie kaum in einer anderen Region verbindet sich hier eine reiche, alte Kultur mit einzigartiger Naturschönheit. 62 farbige Abbildungen. Der Text gibt einen guten Überblick über die Geschichte der Region. 60 Seiten
Nr. P 4026 Gebunden **9,95 €**

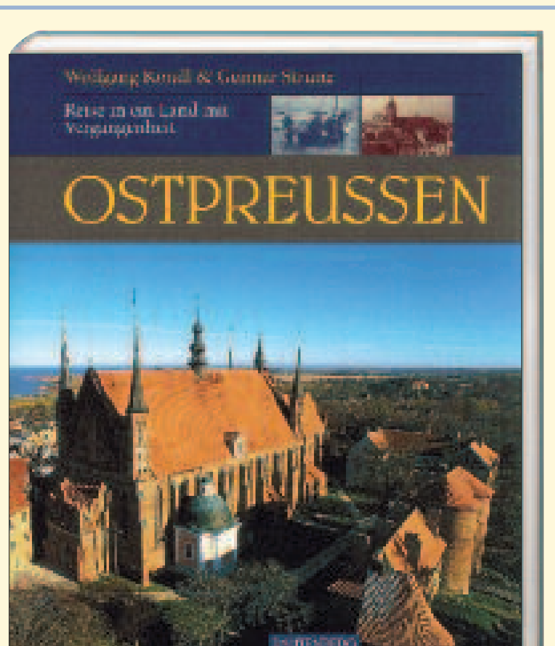


Wolfgang Korall/Ernst-Otto Luthardt
Masuren
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Auf eine Reise durch das heutige Masuren im Nordosten Polens lädt dieser aufwändig gestaltete Bildband mit aktuellen Fotos ein.
Ein historischer Teil lässt Vergleiche mit dem alten Masuren zu und weckt bei vielen Erinnerungen an Kindheit und Jugend.
Inmitten einer herrlichen Natur erzählen steinerne Baudenkmäler von jahrhundertealter Geschichte. Masuren zusammen mit Ermland und dem Oberland wird mit seinen einzigartigen Wald- und Seenlandschaften, sowie gemütlichen Städten und Dörfern beschrieben.
Von Frombork (Frauenburg) am Frischen Haff über Elblag (Elbing) und Olsztyn (Allenstein) bis nach Elk (Lyck) führt die Bilderreise durch das einzigartige Naturparadies. 226 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533082 Gebunden mit Schutzumschlag **24,95 €**

Ralf Freyer & Wolfgang Korall/Ernst-Otto Luthardt
Die Kurische Nehrung
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Die Kurische Nehrung ist eine 98 Kilometer lange Halbinsel zwischen Memel und Sarkau, von der heute 52 Kilometer zu Litauen und 46 Kilometer zu Russland gehören. Die Nehrung besteht ausschließlich aus Sand mit riesigen Wanderdünen, die in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder Ortschaften unter sich begruben. Die Große Düne bei Nidden, eine der größten Dünen Europas, wird auch die „ostpreußische Sahara" genannt. Heute ist die Nehrung wieder ein beliebtes Reiseziel geworden, das einst auch von Persönlichkeiten wie Thomas Mann geschätzt wurde. Über 160 Bilder zeigen diese in Europa einzigartige Landschaft mit ihren Naturschutzgebieten und Dörfern zwischen den weiten Dünen in aktuellen Aufnahmen. Ein 32-seitiger Teil mit hist. Aufnahmen ergänzt das Werk. 225 Abb. 160 S.
Nr. P 533125 Gebunden mit Schutzumschlag **24,95 €**

Rudolf K. Becker
Kleines ostpreußisches Wörterbuch
26 Scherenschnitte, Gebunden mit Schutzumschlag. 160 Seiten
Nr. P 1354 **12,95 €**

Sprache und insbesondere der Dialekt ist ein besonderes Identifikationsmerkmal für Heimat. Damit die liebenswerte ostpreußische Sprache nicht verlorengeht, ist dieses kleine Wörterbuch erschienen, zur Information für Nachfahren der Ostpreußen, die schon nicht mehr mit dem Dialekt aufwuchsen, für Nicht-Ostpreußen, aber auch für Ostpreußen, die sich bei der vergnüglichen Lektüre vielleicht an manchen verschütteten Sprachschatz erinnern. Von „abbeißen", einen Schnaps trinken, bis „zusen", schlafen hält dieses Wörterbuch einen vielseitigen Wortschatz bereit.
26 Scherenschnitte ergänzen dieses Werk ostpreußischer Begriffe.



Wolfgang Korall/Gunnar Strunz
Ostpreußen
Reise in ein Land mit Vergangenheit
Auf eine Reise durch das heutige Ostpreußen lädt dieser aufwendig gestaltete Bildband mit aktuellen Fotos ein. Über zwei Jahre hat der Fotograf und Osteuropa-Experte Wolfgang Korall die Region auf zahlreichen Reisen besucht und auch das Memelland nicht vergessen. Ein umfangreicher Bildteil mit historischen Fotografien ergänzt das Werk und lässt den Vergleich mit dem alten Ostpreußen zu, weckt bei vielen Erinnerungen an Kindheit und Jugend. Besonders im polnischen Teil sind die alten Stadtbilder erhalten geblieben oder wieder hergestellt worden. Von Nimmersatt nach Königsberg, von Elbing nach Nikolaiken wird eine einzigartige Landschaft beschrieben: Masuren mit seinen dunklen Wäldern und kristallklaren Seen, der einzigartige Oberländische Kanal, die Kurische Nehrung mit dem Naturschauspiel der Wanderdünen. Großbildbandformat. 224 Abbildungen. 160 Seiten
Nr. P 533070 Gebunden mit Schutzumschlag **24,95 €**

Helga Kutz-Bauer
Königsberger Schnittmuster
Von Glück und Not 1807-1923
Ostpreußischer Familienroman
385 Seiten/Gebunden
Nr. P 533140 **14,95 €**

Vier Generationen von Frauen werden in diesem spannenden, vielschichtigen Epos beschrieben. Im Mittelpunkt der Handlung steht die Marketenderin Carine. Viele Jahre hat sie das Heer Napoleons begleitet. Jetzt ist sie den Krieg leid und beschließt ihr Kind in Königsberg aufziehen. Schnell bekommt sie Kontakt zu der einheimischen Bevölkerung. Ihre Kenntnisse in der Heilkunde und ihre Begabung für Handarbeiten sichern ihren Lebensunterhalt und bringen ihr Freundschaften. Das Land wird Carine zur Heimat. Schnell ist ihr Sohn erwachsen und geht seiner Wege. Einige Jahre später vertraut er seiner Mutter seine Tochter Sophie zur Erziehung an. Mit dem Heranwachsen von Maries Kindern endet dieser erste Band.

Paul Fechtner
Der Zauberer Gottes
Eine Komödie
128 Seiten/Gebunden
Nr. P 1039 **12,95 €**

In seiner ersten von sieben in dem Jahrzehnt zwischen 1938 und 1948 entstandenen Komödien „Der Zauberer Gottes" beschreibt Paul Fechter das Leben des einstigen volkstümlichen Pfarrers Michael Pogorzelski, dessen Leben und Wirken sich an zwei Enden des Preußenlandes vollzogen hat – an der östlichen Grenze des Deutschen Reiches zwischen Ragnit, Angerburg und dem Kreis Lyck, andererseits in der Landeshauptstadt Königsberg. Es ist allerdings keine einfache historische Biographie, sondern ein Werk freier dichterischer Gestaltung, in der er seine Vorstellung eines Zauberers als Flucht aus der bedrückenden Realität verwirklicht.



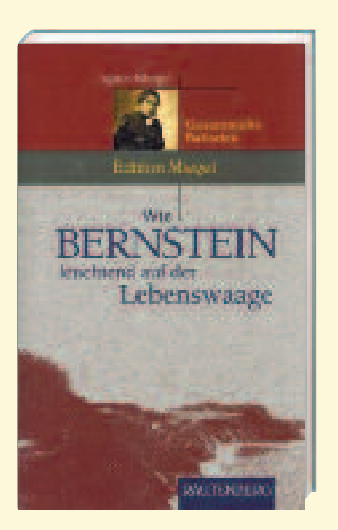
Paul Fechtner
Der Zauberer Gottes
Eine Komödie
128 Seiten/Gebunden
Nr. P 1039 **12,95 €**

In seiner ersten von sieben in dem Jahrzehnt zwischen 1938 und 1948 entstandenen Komödien „Der Zauberer Gottes" beschreibt Paul Fechter das Leben des einstigen volkstümlichen Pfarrers Michael Pogorzelski, dessen Leben und Wirken sich an zwei Enden des Preußenlandes vollzogen hat – an der östlichen Grenze des Deutschen Reiches zwischen Ragnit, Angerburg und dem Kreis Lyck, andererseits in der Landeshauptstadt Königsberg. Es ist allerdings keine einfache historische Biographie, sondern ein Werk freier dichterischer Gestaltung, in der er seine Vorstellung eines Zauberers als Flucht aus der bedrückenden Realität verwirklicht.



Helga Kutz-Bauer
Königsberger Kreuzwege
Von glücklichen Tagen und schrecklichen Zeiten 1923-1945
Ostpreußischer Familienroman
358 Seiten/Gebunden
Nr. P 533141 **14,95 €**

Die Fortsetzung des Romans Königsberger Schnittmuster schildert, wie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Diktatur und Krieg in das Leben der Menschen eingreifen. Im Mittelpunkt des 2. Bandes stehen Friede und Trude, die Töchter von Marie. Friede schafft es, eine Ausbildung in einer Handelsschule abzuschließen. Sie lernt den gutsituierten Otto kennen, heiratet ihn gegen den Widerstand seiner Mutter. Am Tag der Geburt seines ersten Kindes muss Otto als Sanitäter zum Wehrdienst einrücken. Trude bekommt zwei Kinder, bevor sie ihren Hans heiraten kann. Unter dramatischen Umständen fliehen beide Frauen am Ende des Krieges in den Westen. Dort treffen sie fast die gesamte Familie wieder.



Agnes Miegel
Wie Bernstein leuchtend auf der Lebenswaage
Gesammelte Balladen
Die Erneuerung der Ballade war das Werk einer Zwanzigjährigen. Mit Ihren Imaginationen und Geschichten, ihren Balladen und Liedern wurde Agnes Miegel die Dichterin der Bernsteinküste und eine der angesehensten Dichterinnen Königsbergs und Ostpreußens. 264 Seiten/Gebunden
Nr. P 1798 **12,95 €**



Agnes Miegel
Die Frauen von Nidden
Gesammelte Gedichte unserer Mutter Ostpreußens
In „Die Frauen von Nidden" ist das lyrische Spätwerk der Dichterin versammelt, das autobiographisch mancherlei Aufschlüsse und Erkenntnisse gibt. In den nachgelassenen Gedichten spürt man schmerzvolles Erinnern an die alte Heimat. 264 Seiten/Geb.
Nr. P 1849 **12,95 €**

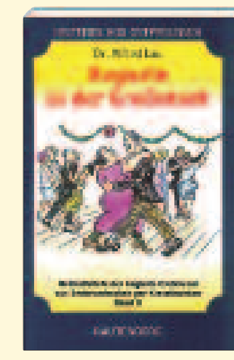


Agnes Miegel
Alt-Königsberger Geschichten
Zwischen Altstadt, Kneiphof und Löbenicht
Agnes Miegel nimmt uns mit zu den geliebten Stätten ihrer Kindheit. In dreiundzwanzig meisterhaft geschriebenen Geschichten und drei Gedichten lässt sie die versunkene Welt ihrer Heimat in leuchtenden Farben kaleidoskopartig auferstehen. Sie nimmt uns mit auf eine Wanderung zu Häusern und Orten, die wir durch ihre lebendige Beschreibung wie durch die Augen eines neugierigen liebenden Kindes betrachten können. Sie erinnert sich an glückliche Kindertage, in denen sie sich bei liebevollen Eltern und Verwandten geborgen wusste, an Ausflüge mit der Familie, die in ihr eine große Liebe zur Natur weckten und an fröhliche Familienfeiern, die sie so lebendig beschreibt, dass man meint, sie selbst mitzuerleben. Durch die Zeilen schimmert aber auch immer wieder der Schmerz um das unwiederbringlich Verlorene: Um die verlorene Stadt Königsberg, das verlorene Land Ostpreußen und die verlorene Zeit. 240 Seiten
Nr. P 533169 Gebunden **12,95 €**



Dr. Alfred Lau
Auguste in der Großstadt
Heimatbriefe der Auguste Oschkenat – Band 1
120 Seiten
Gebunden mit farb. Überzug
Nr. P 1301 **9,95 €**

Die Heimatbriefe der Auguste Oschkenat aus Enderweitschen sind in diesen beiden Bänden von dem allerersten bis zu der Nummer 56 versammelt. In ihrem unverwechselbaren Stil und herrlichem ostpreußischen Dialekt schildert Auguste den lieben Elterchens ihre turbulenten Erlebnisse als Dienstmädchen in der Großstadt Königsberg. Die unverfälschte Art des Schreibens macht die Lektüre zu einem unvergesslichen Vergnügen. Der bereits von dem Bändchen „Plachandern und Quiddern auf Deiwel komm raus" bekannte Dr. Alfred Lau hat mit den Heimatbriefen der Auguste zwei Büchlein zusammengestellt, die an die alte Heimat erinnern.



Dr. Alfred Lau
Auguste in der Großstadt
Heimatbriefe der Auguste Oschkenat – Band 2
160 Seiten
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 1300 **9,95 €**



Dr. Alfred Lau
Humor aus Ostpreußen
Zusammengestellt aus der „Georgine"
144 Seiten. Gebunden mit farbigem Überzug
Nr. P 1304 **9,95 €**



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Linke attackieren Demonstranten

Dresden – Nach der jüngsten Pegida-Kundgebung kam es zu „wechselseitigen verbalen Provokationen“ zwischen Aktivisten eines „Flüchtlings“-Zeltlagers vor der Dresdener Semper-Oper und einigen Anhängern der Pegida, so die Polizei. Die Pegida-Teilnehmerzahl ist erneut angewachsen auf 6200 bis 10000. In Leipzig sind fünf Anhänger der Legida von Linken attackiert und verletzt worden. Gegen Rogida in Rostock kam es ebenfalls zu schweren linken Ausschreitungen. *H.H.*

Rechte Großdemo in Rom

Rom – Bei einer Kundgebung der rechtsbürgerlichen Partei „Lega Nord“ haben sich in Rom vergangenen Sonnabend mehr als 60000 Menschen versammelt. Sie forderten den Rücktritt der sozialdemokratischen Regierung und kritisierten die USA und die EU scharf. Per Video-Schaltung war auch die Chefin des französischen „Front National“, Marine Le Pen, dabei. FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache schickte ein Grußwort. *H.H.*

ZUR PERSON

Mutiger Rebell und Putinhasser

„Ein Russland ohne Putin“, lautete seine Devise. Seit **Boris Nemzow** (55) bei seiner Kandidatur für das Präsidentenamt 2008 gescheitert war, glaubte er nicht mehr an ein Russland mit freien Wahlen, solange es Wladimir Putin gebe. Nemzow, der unter Boris Jelzin in den 90er Jahren eine rasante politische Karriere hingelegt hatte, galt als einer der größten Putinhasser. Mit 33 Jahren war er 1992 jüngster Gouverneur in seiner Heimatstadt Gorkij (heute Nischnij Nowgorod), mit 37 wurde er stellvertretender Ministerpräsident. Der studierte Strahlenphysiker war ein Reformer. Er privatisierte sowjetische Kolchosen und Sowchosen, er holte westliche Investitionen in die Region und entließ die kommunistischen Kader.

Mit Anatolij Tschubajs, dem Chef-Reformer der Jelzin-Ära, strukturierte er den russischen Energiesektor um, indem er die Monopole der Gas-, Strom- und Eisenbahnunternehmen auflöste. Nemzow galt als aussichtsreichster Nachfolger Jelzins. Als dieser jedoch Wladimir Putin ins Präsidentenamt verhalf, sank Nemzows Einfluss. Putins Tschetschenienkriege kritisierte er ebenso wie die aktuelle Ukrainepolitik. Im Westen wurde der charismatische Politiker wegen seiner prowestlichen Haltung gelobt. Nemzow hatte 2004 die orangene Revolution in der Ukraine ebenso unterstützt wie heute Poroschenkos Westkurs.



Mit der Gründung mehrerer liberaler Parteien und Bewegungen wollte Nemzow die Opposition bündeln. Da dies nicht gelang, entwickelte er sich zum Wortführer der außerparlamentarischen Opposition und pflegte sein Image als unerschrockener Rebell, der die Mächtigen herausfordert. Am 27. Februar fiel der Vater von vier Kindern, die er mit drei Frauen hatte, einem Attentat zum Opfer, dessen Hintergründe ungeklärt sind. *MRK*



Hyänen auf der Pirsch

Wie man die Leute hinter die Fichte lockt, wie die Nahles uns den Riester macht, und wie die reichen Griechen entkommen können / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wie plündert man Leute aus? Das weiß der bekannte Hütchenspieler am besten: Er sorgt dafür, dass die arglosen Mitspieler den Überblick verlieren. Danach zieht er sie problemlos ab.

Gier und Angst sind sehr hilfreich, wenn es gilt, die Mitmenschen hinter die Fichte zu locken. Vom Rausch des „Haben! Haben!“ erfasst oder in Panik versetzt sind selbst grundvernünftige Zeitgenossen bereit, einen Blödsinn mitzumachen, für den sie uns bei normaler Temperatur den Vogel zeigen würden.

Wieder abgekühlt erkennen sie zwar meist den Schwindel. Hinterher ist man eben immer schlauer, aber dann ist es zu spät: Reingelegt!

Das mit der Panik geht so: Wenn Sie den Leuten beispielsweise eine völlig überteuerte Altersrente verhökern wollen, müssen Sie denen Angst machen davor, dass sie entweder fast bis zum Grabstein arbeiten werden oder ihren Lebensabend auf dem Wohlstandsniveau eines bengalischen Korbflechters verbringen müssen. Es sei denn, sie kümmern sich jetzt ganz dringend um „Vorsorge“. Aber nicht irgendwie, sondern exakt so, wie Sie es ihnen aufschwatzen.

Dieses Spiel läuft gerade. Eine gewaltige Welle der Altersarmut rolle auf uns zu, warnen Experten und Sozialverbände. „Kommt jetzt etwa die Rente mit 83?“ krakeelt es aus dem Internet-Auftritt eines Magazins. Darüber lauert auch schon die vermeintliche Rettung: „Arbeitsministerin Nahles plant neue Pensionskasse.“ Na also.

Obwohl, Moment mal – sagten wir nicht eben, hinterher sei man immer schlauer? Dieses Bubenstück kennen wir doch schon! Rund 15 Jahre ist es erst her. Erst schickten sie sogenannte Experten in alle Ecken und Talkshows des Landes, um uns vor der verhängnisvollen „Versorgungslücke“ bange zu machen. Und als wir alle ganz außer Atem waren vor Schrecken, stellte Arbeitsminister Walter Riester seine Falle auf: die „Riester-Rente“.

Der Verfasser dieser Zeilen zählte zu den Deppen, die hineingelaufen sind. Neulich erst bekam er eine weitere Kostprobe davon, in was für einen Mist ich da getappt bin. In der jährlichen Abrechnung fiel auf, dass die mir wieder gut 50 Euro „Abschluss- und Vertriebskosten“ abgezogen haben. Im Kleingedruckten stand, dass diese Kosten auf fünf Jahre verteilt eingetrieben würden.

Ach ja? Aber der Abschluss ist doch schon viel länger her als fünf Jahre! Die freundliche Stimme in der „Hotline“ klärte mich auf, dass die Frist bei jeder noch so kleinen Änderung beim Gehalt von vorne losgehe, obwohl dabei weder etwas „abgeschlossen“ noch „vertrieben“ wird.

Wenn man so leicht ans Geld der Bürger kommt, sollte man es doch gleich nochmal versuchen, müssen sich Nahles' Experten gedacht haben. Die Arbeitsministerin wird sicher beteuern, dass ihre Pensionskasse ganz, ganz anders sei als der Riester-Schmu.

> Mit einer neuen »Pensionskasse« wird die Ministerin dem Kollegen Schäuble die Kassen füllen

Na ja, wer's glaubt. Was aber hat die Politik eigentlich davon, wenn die Versicherer so tolle Geschäfte machen?

Nun, das Geld muss größtenteils „sicher“ angelegt werden. Das verlangt der Gesetzgeber, also die Politik. „Sicher“ sind aus Sicht der Politik vor allem die Bundesanleihen des Herrn Schäuble. Der Trick: Schäuble zahlt gar keine Zinsen mehr, sondern nimmt sogar welche, wenn man ihm Geld leiht. Bei Bundesanleihen bis zu sieben Jahren Laufzeit sind die Zinsen „negativ“, und sogar bei Laufzeiten darüber derart mickrig, dass selbst die kümmerlichste Inflation den Minizins mehr als gänzlich auffrisst.

Heißt: Der Schuldner kassiert Zinsen, der Gläubiger muss sie erbringen, der Pensions-Sparer wird geschröpft. Für den verschuldeten Staat ist das natürlich großartig. Doch da die Abzocke allzu grotesk ist, muss dafür gesorgt werden, dass immer genügend „dummes Geld“ hereinkommt, das diesen Selbstbetrug bereitwillig mitmacht. Geld von Leuten also, die gar nicht ahnen, wie dreist man sie über den Tisch zieht. Da kommt Andrea Nahles gerade recht mit ihrer neuen Pensions-Idee.

Über diese Kasse erschließt sie dem Finanzminister eine schöne neue Geldquelle. Die Gelackmeierten werden erst in vielen Jahren zu spüren bekommen, dass sie über den Löffel balbiert wurden. Dann sind Nahles und Schäuble längst selbst in Pension, und das wird ganz gewiss keine „Nahles-Pension“ sein.

Da sage noch einer, die Koalitionsparteien harmonierten nicht richtig miteinander. Weit gefehlt: Sie jagen so perfekt koordiniert wie ein Rudel Hyänen. Kein Wunder also, dass ein CDU-„Rentenexperte“ die Nahles-Idee spontan spitze fand. Finanzminister Schäuble sagt in der Öffentlichkeit lieber nichts dazu, sonst würden die wahren Absichten allzu deutlich durchscheinen.

Das mit der Koordinierung klappt allerdings nicht überall so geschmiert wie bei den Berliner Hyänen. Wir Deutsche sind eben Perfektionisten und daher manchmal erschrocken, wie dilettantisch manch europäischer Partner beim Beutefang vorgehen.

Noch am Sonnabend verkündete Griechenlands Ministerpräsident Alexis Tsipras, dass es nach dem im Juni auslaufenden Hilfsprogramm für sein Land kein drittes Program mehr geben werde. Doch nur zwei Tage später verplapperten sich seine europäischen Kollegen. Über ein drittes Programm werde sogar schon verhandelt, petzten EU-Kommissionsvize Valdis Dombrovski und Spaniens Wirtschaftsminister Luis de Guindos. Dombrovski faselte was von „neuerlicher finanzieller Instabilität“ und Guindos sagte, man wolle Athen „zusätzliche Flexibilität einräumen“.

Wir wissen, was das heißt: weiter rein mit unserem Geld ins Fass ohne Boden. Die Nahles-Pensionskasse sollte noch dieses Jahr ihre Arbeit aufnehmen. Euro-Gruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem dürfte ziemlich sauer sein darüber, dass das alles jetzt rauskommt. Verzweifelt versucht er, den Schaden einzudämmen. Aber wie?

Einfach zu lügen, es gebe kein drittes Programm, könnte später auf ihn zurückfallen. Also bestritt er lediglich, dass die „Verhandlungen“ über ein drittes Rettungspaket bereits im Gange seien. Das ist geschickt: Wie will man schon genau bestimmen, wo die Grenze verläuft zwischen bloßen „Konsultationen“ und echten „Verhandlungen“? So kann er sich leicht herausreden, wenn alles ans Licht kommt.

In Griechenland hat man derweil ganz andere Sorgen. Als strammer Linker will Tsipras endlich den „Reichen“ ans Leder. Als echter Grieche muss er aber dafür sorgen, dass es genau dazu niemals kommt.

Hier war die Lösung schnell gefunden: Fürs Erste grollt und droht der neue Ministerpräsident nur in Richtung seiner Superreichen, die kaum oder gar keine Steuern zahlen. Damit gibt er ihnen Zeit, ihr Geld noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen.

Die verstehen den Wink. Woche für Woche heben sie Milliarden von den Konten ab. In Berlin oder London stehen gutbetuchte Hellenen Schlange, um ihre Millionen in Top-Immobilien anzulegen. An der Spree können sie sich beim Blick von ihrer Penthouse-Terrasse über die kleinen Deutschen da unten amüsieren, wie sie hastig ins Büro eilen, um für das Geld zu schuften, mit dem alsbald die griechische Bank „gerettet“ wird, von der sie gerade ihr Vermögen abgezogen haben. Selten kann man europäische Solidarität so hautnah erleben und genießen.

Tsipras muss jetzt nur noch den Stand der Einlagen bei den Hellas-Banken beobachten. Wenn er weit genug unten ist, kann er sicher sein, dass „seine“ Reichen ihr Schäfchen im Trockenen haben und in voller Wucht losschlagen mit seinen Programmen zur Reichenbesteuerung. Kurz darauf wird er, ganz enttäuscht, nach Brüssel melden, dass die griechischen Reichtümer leider alle weg seien und nun doch wieder die „Partner“ einspringen müssten. Die alten Tricks sind doch immer noch die besten, vor allem, wenn man es nur mit Idioten und Komplizen zu tun hat.

MEINUNGEN

Der französische Autor ***Michel Houellebecq*** *fürchtet im „Spiegel“ (28. Februar) um die* ***Demokratie in Europa****:*

„Die wahre Bedrohung der Demokratie liegt in der wachsenden Kluft zwischen dem Volk und den politischen und medialen Eliten, die in seinem Namen zu sprechen vorgeben. Dann kann es meiner Meinung nach zu Unruhen kommen, zu etwas Chaotischem und vielleicht Gewalttätigem.“

Thomas Böhm*, Chef des Portals „Journalistenwatch.com“, (2. März) erinnert daran, dass auch die* ***Zerstörung der beruflichen Existenz*** *ein Mittel der* ***Nazis*** *zur Vernichtung von Gegnern war und wundert sich, wie sehr dieses Mittel* ***heute wieder*** *angewendet wird gegen Leute mit der „falschen“ Meinung:*

„Dem einen wird ‚betriebsbedingt‘ gekündigt, wenn er auf der ‚falschen‘ Demo mitmarschiert, dem anderen werden die Aufträge entzogen, weil er auf Facebook nicht ‚korrekt‘ gepostet hat, und dem dritten wird die Kundschaft abspenstig gemacht, weil er unerlaubt ein Plakat des politischen Gegners ins Fenster gehängt hat. Es ist immer wieder interessant, wie eng die Nazis von damals mit den Linken von heute, was die Methoden der politischen Auseinandersetzung betrifft, verbunden sind.“

Matthias Weik *und* ***Marc Friedrich warnen*** *im „Handelsblatt“ (27. Februar):*

„Die Bilanz der Wertegemeinschaft und des Euros ist verheerend: Etliche Länder sind volkswirtschaftlich gesehen auf dem Niveau von vor 20, 30 Jahren, Millionen Menschen sind ohne Arbeit, ohne Perspektive ... Es wird eine Altersarmutswelle auf Europa zukommen, die jegliche Vorstellungskraft übersteigt.“

Warum verlassen die ***Griechen*** *den für sie zu harten Euro nicht? Ifo-Chef* ***Hans-Werner Sinn*** *gibt in der „Wirtschaftswoche“ (27. Februar) die Antwort – weil sie sich so* ***Geld*** *einer anerkannten Währung* ***einfach selbst drucken*** *können:*

„Die Drucklizenz ist wesentlich mehr wert als die paar Groschen, die Finanzminister Schäuble bewilligte. Dies erklärt auch, warum sich Griechenland so fest an den Euro klammert, obwohl es eigentlich austreten und abwerten müsste, um wieder wettbewerbsfähig zu werden und neue Arbeitsplätze für die Bevölkerung zu schaffen. Das Schöne am Euro ist, dass man sich Geld drucken darf, das anderswo als gesetzliches Zahlungsmittel akzeptiert wird.“

Der Berliner Politikwissenschaftler ***Herfried Münkler*** *fordert die* ***Deutschen*** *im „Focus“ (28. Februar) auf, in Europa endlich den Platz einer behutsam führenden* ***„Macht der Mitte“*** *einzunehmen:*

„Seit Friedrich Barbarossa sind die Deutschen mit der Rolle einer Macht in der Mitte nicht glücklich geworden – genauso wenig wie die europäischen Nachbarn ... Die geopolitische Lösung von 1945 bis 1989 lief darauf hinaus, dass es keine Mitte mehr gab ... Aber jetzt ist die Mitte wieder da, und sie wird mehr gebraucht als je zuvor. Also müssen die Deutschen und ihre Nachbarn lernen, mit ihren historischen Traumata umzugehen.“